

Geführt täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Regierung. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Interaktions-Gebühr beträgt für die fünfjährige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Kosten 20 Pf. In der für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Amt 1, Nr. 1508  
Telegraph-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 7. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Oesterreich und die deutschen Zuckerprämien.

Zentrumsabgeordnete, und zwar in erster Linie die süddeutschen Mitglieder des Zentrums, haben besonderen Werth darauf gelegt, Oesterreich, unseren politischen Bundesgenossen, nicht durch Ueberspannung der deutschen Ausfuhrprämien zu reizen und zu Gegenmaßregeln herauszufordern. In der Zuckersteuer-Kommission waren es daher auch die Angehörigen dieser ausschlaggebenden Partei, die den Antrag stellten, die deutsche Prämie etwa in ähnlicher Höhe wie die österreichische festzusetzen.

Ueberraschender Weise ignorirte der Vertreter der Reichsregierung — allerdings kein Vertreter des auswärtigen Amtes, auch nicht Süddeutschlands — ganz und gar diese zweifellos sehr beachtenswerthen Gesichtspunkte. Er erklärte vielmehr gerade eine möglichst hohe Prämie für wünschenswerth, um andere Konkurrenzstaaten zur Herabsetzung und Aufhebung ihrer Prämien geneigter zu machen. Es war die alte Spiegelfechtere, die wir schon schilderten. (S. Nr. 98.)

Dem der Haupt-Konkurrenzstaat ist Oesterreich, und gerade in Oesterreich stellt sich von Woche zu Woche und von Tag zu Tag immer schlagender heraus, daß das Vorgehen deutscherseits dort beantwortet werden wird nicht mit einer zerknirschten Einladung zur gemeinsamen Abschaffung jeder Prämie, sondern mit einem verzweifelten Anlauf zu neuen Prämienzuschüssen. Verzweifelt, weil die österreichischen Konsum- und Finanzverhältnisse ein solches Opfer an die Zuckerausfuhr viel schwerer empfinden lassen würden.

Diese Brückensicherung Oesterreichs ist doppelt verkehrt, da Oesterreich bisher mindestens dieselbe Bereitwilligkeit zur Abschaffung der Prämien bewiesen hat wie Deutschland.

Bekanntlich sind die ersten Anregungen zu einer gemeinsamen Verständigung in dieser Frage ausgegangen nicht von Berlin, sondern von Wien. Die deutsche Regierung hat hier bisher keinerlei Initiative entwickelt. Der österreichische Finanzminister Plener war es, der im Vorjahre die Wiener Verhandlungen zu stande brachte; eine solche Aktion würde gar keinen Sinn gehabt haben, wenn auf der Seite Oesterreichs nicht die größte Bereitwilligkeit zu einer entscheidenden Vereinbarung bestanden hätte. Ueber die Haltung Deutschlands dagegen ist noch immer der undurchdringliche Schleier des Geheimnisses gebreitet. Wir bezweifeln, daß diese Haltung die Verständigung zu fördern geeignet war. Doch gleichviel, jedenfalls ist der mit der neuen deutschen Zuckersteuer-Vorlage eingeschlagene Weg ein solcher, daß wir in den nächsten Jahren weiter vom Ziele entfernt sein werden, wie jemals früher.

Schon als der Antrag Paasche im Reichstag eingebracht war, ließen sich die Anfänge einer entsprechenden

österreichischen Gegenaktion wahrnehmen. Der österreichische „Zentralverein für Rübenzucker-Industrie“ — wir wissen ja, was solche einflußreiche wirtschaftliche Interessensverbände politisch zu bedeuten haben — begann sofort eine Agitation für die Steigerung der österreichischen Prämie. Die österreichisch-ungarische Zuckerindustrie habe bisher hoffen können, „in sich selbst Kraft genug zur Bekämpfung der Krise zu finden... eine Erhöhung der deutschen Prämie wäre aber das Signal zu einem Vernichtungskampf gegen die unter viel ungünstigeren Bedingungen arbeitenden Zuckerindustrien der anderen Staaten.“ Der Verein ersucht daher zunächst, der deutschen Regierung die Rückwirkungen auf Oesterreich zur Kenntniß zu bringen. Wolle trotzdem Deutschland wirklich zum Angriff vorgehen, so bleibe für Oesterreich nur der Ausweg, seine Ausfuhrvergütungen um denselben Betrag wie Deutschland zu erhöhen. Es scheint, als sei die deutsche Regierung damals auch noch vor dem offenen Abbruch aller Verständigungsversuche mit Oesterreich zurückgeschreckt; die dilatorische Behandlung des Antrages Paasche dürfte mit darauf zurückzuführen sein.

Unterdeß ist die preussische Regierung durch den agrarischen Lärm derart eingeschüchtert worden, daß sie um jeden Preis den Antrag Paasche zur Verwirklichung zu bringen strebt. Entsprechend ist auch in Oesterreich die Bewegung für Erhöhung der Prämien angeschwollen.

Die dortige Stimmung kommt vielleicht am besten zum Ausdruck in einer Schrift von G. Hodel, dem Führer der nordböhmischen Zuckerfabrikanten („Zur Zuckersteuerfrage anno 1896. Prag). Es heißt da in dem Abschnitt über die „Prämienerrhöhung“:

Wenn die vor Jahren schon, sowie noch heute und zwar haben ebenso wie drüben ausgegebene Parole „Gleiche Waffen“ keine bloße rhetorische Phrase ist, sondern als ein Postulat der einfachen Billigkeit und Gerechtigkeit angesehen werden muß, dann ist die Antwort (Oesterreichs) schon gegeben.

Daß übrigens eine solche Rücksichtnahme unserer größeren Entfernung vom Weltmarkte, der geringeren Ausbeuten u. selbst in dem deutschen Gesetze vom Jahre 1891 ihre legislative Betätigung fand, indem man in demselben unserer im Jahre 1888 stipulirten Prämie pr. 1,00 fl. eine von 1,25 M. entgegengesetzt hatte, ist bereits erwähnt worden.

Wenn nun die deutsche Prämie in Zukunft (nach der Regierungsvorlage) 4.— M. betragen soll, so entspräche dies in unserem Gelde einer solchen von 2,40 fl. und wenn wir auch die im Jahre 1891 bestandene Differenz zwischen den beiderseitigen Prämien von 0,75 fl. heute nicht mehr ganz in Anspruch nehmen wollen, so müssen wir als Ausgleich unserer besonderen Lage zum wenigsten 00 Kr., und als Ausfuhrzuschuß somit drei Gulden als gerecht und notwendig bezeichnen, unter welche herabzugehen von dem Grundsatz: „Gleiche Waffen“ abzugehen diese.

Es muß wiederholt werden:  
Gleiche Waffen — drei Gulden Prämie.

Die Interessentenvereinigungen haben natürlich überall ähnliche Forderungen in Beschlüssen und Petitionen geäußert. Doch auch im österreichischen Parlament ist die Strömung schon offen hervorgetreten. Eine eingebrachte Resolution des böhmischen Abgeordneten Schnal verlangt:

„Die Regierung wird aufgefordert, in der kürzesten Zeit, sicher aber im Laufe dieser Session, nach Uebereinkunft mit der ital. ungarischen Regierung zum Schutze unserer Zuckerindustrie vor fremder Konkurrenz einen Gesetzentwurf anzuarbeiten, welcher als Hauptpunkte enthalten würde:

1. Die Erhöhung der Exportprämie für Rohzucker von 1,00 fl. auf 3,25 fl. und eine angemessene Prämienerrhöhung für Zucker von mehr als 99,5 pCt. Polarisation ohne jede Einschränkung.“

Das geht mithin noch über die Hodel'schen Wünsche hinaus. Wie weit die österreichische Regierung bereits für diese Pläne gewonnen ist, wissen wir natürlich im Augenblick nicht zu sagen. Bezeichnend ist jedenfalls, daß die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ unseres Bundes der Landwirthe, vor ein paar Wochen (in einer Wiener Korrespondenz vom 18. März) die Prämien-Vermehrung seitens Oesterreichs bereits wie eine feststehende Thatsache behandelte — zu derselben Zeit, in der die geschäftskundigeren Parlamentarier des Bundes das deutsche Gesetz noch als Vorläufer der allgemeinen Abschaffung aller Prämien anpriesen.

In der letzten Sitzung der Zuckersteuer-Kommission ist nunmehr auch diese schillernde Seifenblase in nichts zerplatzt. Hier widerlegten sich nämlich die Zuckeragrarier selbst dem Antrag Müller-Julda, das Gesetz und mithin auch die neue deutsche Prämie mit dem Jahre 1903 euden zu lassen. Die Zuckerinteressenten erklärten ausdrücklich, daß ihnen das Aufheben der Prämien mit dem Jahre 1903 allzu gefährlich erscheine. Der Reichs-Schatzsekretär bekämpfte ebenfalls den Endtermin, weil man die Prämien als Kampfmittel — beim Abschluß der neuen Handelsverträge zu Anfang des nächsten Jahrhunderts nicht entbehren könne! Dieselben maßgebenden Personen, die mit dem Köder der raschen internationalen Aufhebung der Prämien nach parlamentarischen Stimmen für das Gesetz angelten, glauben somit im Innersten ihres Herzens auch an den Fortbestand des erhöhten deutschen Ausfuhrzuschusses im Jahre 1903!

Damit sind alle beschönigenden Vorwände in sich zusammengefallen, welche die neue Vorlage manchem sonst Widerstrebenden annehmbar erscheinen ließen. Es bleibt nichts mehr übrig wie die Liebesgabe, nicht an die Landwirtschaft im allgemeinen, sondern an den verhältnismäßig noch am günstigsten dastehenden Zweig derselben.

Wir sind gespannt, ob sich im Reichstag und Bundesrath unter diesen Umständen noch eine Mehrheit für das Ergebnis der Kommission finden wird. Auf jeden Fall wird dieselbe nicht mehr leugnen können, daß sie den Krieg, nicht den Frieden unter den prämiengewährenden Staaten bringen und fördern wird.

### 19 Tene. (Nachdruck verboten.) Roman von Nicolaus Krauß.

Als ihn der Bankier zaghafte und zweifelnd ansah, fuhr er mit der Hand in die innere Tasche seines Jacketts und legte eine große lederne Geldtasche auf den Teller. Jetzt schenkte ihm der Bankier die Karte hin; während sie noch lag, sagte der Hetsch schon „Nest!“, kalt und gleichgültig, als ginge das Spiel um Aushere. Da er klein war und ganz zusammengeknickt dafah der Bankier aber von oben herabgab, hatte er durch einen Blick erpäht, was für eine Karte er bekommen würde. Jetzt zog der Bankier ab, eine Sekunde nur „gustirte“ er, dann warf er jubelnd die Karten auf.

„Zwanzig.“  
„Dus!“ kam die Antwort. „Was schaust mi denn so an? Seit die Welt sieht, macht die Sau und der Zehner einundzwanzig...“

Der Streicher Franz fuhr sich mit beiden Händen an den Kopf, der wie ein rothes Tuch brannte, erastete dann die beiden Karten, mit denen er verspielt hatte, riß sie in Fetzen, warf sie in die Stube und leuchte:

„Die verfluchten Saukatten, die verdammten!“

Während der Wirth ein neues Spiel holte, meinte der Hetsch, der die gewonnenen Banknoten ruhig und gelassen, eine nach der anderen in die verschiedenen Fächer seiner Brieftasche legte:

„Wärs' D' hangangen mit Deiner Bank... Aber ich hab' mir's ja gleich denkt, daß D' net spielen kannt.“

Jetzt wollte der Franz erst recht nicht nachgeben, extra net. Aber so viel er auch nachsetzte, eine „anständige“ Bank bekam er nie mehr zusammen. Von den Anderen ging der eine mit zweihundert, ein anderer mit fünfhundert Gulden „heim“. Der Wirth hatte schon zwei Zehnernoten in seinem

Gelase, ihm allein fiel keine Karte. Er wechselte den Stuhl, aber auch das half nichts. Alle Mittel versuchte er, setzte bald auf die geraden, bald auf die ungeraden „Augen“, wartete ab, ob ihm das rechte oder das linke Auge jucken würde, hob den rechten Fuß über den linken, dann wieder diesen über den rechten, das Resultat war immer dasselbe: Ab und zu gewann er eine Kleinigkeit, schon aber das nächste Spiel fraß wieder den Gewinn und noch mehr dazu. Längst waren die verwurzelten Gulden, die er in der Wüste getragen, fortgeflogen, und immer wieder hatte er „großes“ Geld herausnehmen müssen. Sein Verlust hatte ihn fahrig gemacht; das eine Mal setzte er einen Gulden auf ein Ab, gewann, wie es voraussehen war, und ärgerte sich, weil es nur ein Gulden war, den er heransgestochen; gleich darauf warf er einer lumpigen Sieben eine Zehnerbanknote nach, und fluchte, als er verloren hatte. Während die andern „mit Verstand“ spielten, genau überlegten, ob sie noch „laufen“ und was sie sehen sollten, nach den bereits gefallenen Blättern kalkulirten und kombinirten, was noch herauskommen könnte, wirtschaftete der junge Bauer auf Gerathewohl in den Nebel hinein. So mußte er verspielen. Und dann schimpfte und fluchte er, schlug mit der Faust auf den Tisch, daß die Biergläser eine Polka tanzten, that groß, jammerte und trank dabei eine halbe Maas nach der anderen.

Bald begann er auch, seine Mitspieler zu hänseln, zu frozzeln, zu papiern.

„Wirth, bring Licht, der Muck kann nig mehr sehen mit seinen Glogern.“

„Hetsch, es müßt's entweder an Glückshimmel in enfern Geldbeutel hab'n, oder a Beiml von an unschuldigen Kindl.“

„Wenn der Markgraf nu amal so d' Kart'n austheil, thu' i nimmer mit.“

„Na ja. Fünf über ein! Eöll ist a Kunst!...“

Hab's is in der Egerstadt aus'macht untereinander, daß's mi hent' ausjadeln wollt'?“

Die anderen Bauern thaten, als hörten sie die Sticheleien nicht, um so sorgsamer aber spielten sie.

Gegen acht Uhr meldete sich der Hunger. Man machte eine Pause, um Abendbrot zu essen. Keiner that sich etwas zu gute. Beim Spiel, ja, da konnte man etwas riskiren, das kam wieder herein; was man aber dem Wirth einmal gezahlt hatte, das war weg, wie's Würstel vom Kraut. Nur der dicke Muck als etwas Warmes, gelochtes Rauchfleisch, die Anderen begnügten sich mit einigen Streifen Gallert, die sie „Gestandenes“ nannten, der Hetsch zog eine Knackwurst aus der Tasche und forderte vom Wirth ein Stück trockenes Brot. Der junge Streicher aß keinen Bissen; mit den Händen in den Hosentaschen und weit auseinander gespreizten Beinen saß er da und spekulierte und simulirte, wie er seinen Verlust wieder hereinbringen sollte. Das verspielte Geld hatte er vom Brauer in der Stadt für gelieferte Gerste erhalten. Zinsen wollte er davon bezahlen, und das, was der „Alte“ an baarem Gelde auf seinen „Auszug“ zu kriegen hatte. Da hatte ihn der Teufel wieder ins Reitenberger Wirthshaus führen müssen. Er hatte es gewünscht, daß der Muck und der Hetsch und die anderen reichen Bauern, wie nach jedem Getreidemarkt, auch heute wieder „Einundzwanzig“ spielen würden. Schon einige Mal hatte er mitgehalten und stets hatte er verspielt. Vor acht Tagen noch hatte er seiner Mutter die Hand darauf gegeben, keine Karte mehr anzurühren, und jetzt saß er trotzdem wieder unter den ausgepöckelten Spielern des ganzen Egerlandes, und das Geld, das er so nothwendig brauchte, war zum allergrößten Theil fort, weg, als wäre es niemals in seinen Händen gewesen. Er mußte es wieder gewinnen, unter jeder Bedingung.

(Fortsetzung folgt.)



# Politische Uebersicht.

Berlin, 6. Mai.

Zum Reichstage geht dieselbe Feier weiter. Heute war in der fortgesetzten zweiten Beratung des Margarinegesetzes der hauptsächlichste Streitpunkt der Kommissionsbeschlüsse (§ 6), wonach der Kaufmann Butter und Margarine in getrennten Räumen aufbewahren, verpacken und feilhalten muß. Natürlich soll das Feilhalten von Margarine erschwert, der Vertrieb von Margarine eingeschränkt werden, indem der Kaufmann gezwungen wird, um der Margarine willen einen Raum mehr zu mieten. Der Paragraph wurde in namentlicher Abstimmung mit 151 gegen 113 — mit den Parteien der Linken stimmten die Nationalliberalen dagegen — angenommen. Und danach hatte der konservative Abgeordnete v. Poddelski noch den Muth, es als den einzigen Zweck des Gesetzes hinzustellen, daß jede Waare die ihr zukommende Bezeichnung erhalte! § 7, Bezeichnung der Gefäße und der Umhüllung betreffend, weicht wenig vom bisherigen Gesetz ab; für ihn stimmten auch unsere Parteigenossen. Lebhaft umstritten war wieder der § 9, der den Bundesrath ermächtigt, für Butter im Verkauf einen Minimal Fettgehalt und einen Maximalwasser- und Salzgehalt vorzuschreiben. Ein Antrag Herbert-Wurm, der diese Grenzen sofort gesetzlich fixiren wollte, wurde abgelehnt. Dagegen drangen dieselben Antragsteller durch mit der Forderung, den von der Kommission abgelehnten § 11 der Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach das Gesetz auf solche Erzeugnisse keine Anwendung findet, die nicht zum Genuße für Menschen bestimmt sind. Die §§ 12 und 12a enthalten Strafbestimmungen, und zwar schlägt die Kommission verschärfte Strafen — u. a. Gefängnißstrafe im ersten Wiederholungsfall — vor. Benzmann wies darauf hin, daß diese Strafen theilweise schwerer als diejenigen wegen Nahrungsmittelfälschung seien. Vergeblich! Herr Bachem erklärte namens des „unabhängigen“ — übrigens heute recht animirten — Zentrums: ein Tag Gefängniß sei doch nur eine Bagatelle. Auch ein Antrag Mollenhuth, der die Strafe ausdehnen wollte auf Arbeitgeber, welche den Arbeitern statt der kontraktlich zugesicherten Butter Margarine verabreichen, fand natürlich keine Gnade bei den Herren, die sich zu den Hütern von Treu und Glauben aufwerfen. Morgen: Rest der heutigen Tagesordnung; außerdem Abgabetarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal.

**Der Maximalarbeitstag und die deutsch-soziale (antifemistische) Reformpartei.** In dem Hamburger deutsch-sozialen Blatte wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Verhalten der deutsch-sozialen Reformpartei im Reichstage bei der Besprechung des Maximalarbeitstages in Bäderei mit dem Programme der Partei, das den „Maximalarbeitstag nach Maßgabe der einzelnen Betriebe“ fordere, unvereinbar sei. Zu dieser Mittheilung bemerkt das Agrarier-Organ, die „Deutsche Tageszeitung“ wohlwollend:

„Der Hinweis erscheint uns nicht unberechtigt. Wir haben seinerzeit die deutsch-soziale Partei auf das bedenkliche der Aufnahme des Maximal-Arbeitstages in ihr Programm hingewiesen, sind aber mit unserm Hinweise ziemlich kurz abgefertigt worden. Es würde sich für die Partei empfehlen, bei der nächsten Prüfung des Programms in diesem Punkte eine Aenderung einzutreten zu lassen.“

Recht so! Kann man sich eine bitterere Satire ausdenken auf den Schwindel, den die „deutsch-sozialen“ Antifemiten mit den sozialreformerischen Forderungen ihres Programms getrieben haben, als die Verleugnung des Maximalarbeitstages durch die Deutsch-Sozialen, sobald sie bei dem Bäderei-Arbeiterschutz auf die Probe gestellt wurden? Diese Deutsch-Sozialen sind bei Lichte besehen und an ihren eigenen Thaten gemessen nichts als eine kleinbürgerliche junktöpferische Interessenpartei. Wollen sie ehrlich sein, so müssen sie sich schleunigst die geborgten sozialreformerischen Pfauensfedern aus ihrem Krähengefieder herauszupfen.

**Gegenüber der Darstellung des Herrn v. Mirbach über seine Unterredung mit Singer** anlässlich der Kaiser Wilhelm-Gedächtnisfeier bringen wir hier nochmals den Bericht zum Abdruck, den wir über jene Unterredung veröffentlicht haben:

„Die Kaiser Wilhelm-Gedächtnisfeier, die Stadt Berlin und der Oberhofmeister der Kaiserin. Die „Volk-Zeitung“ berichtet über Anstrengungen, die von dem Oberhofmeister der Kaiserin Herrn v. Mirbach gemacht werden, um die Stadtverordneten-Versammlung für einen Beitrag zu der Kaiser Wilhelm-Gedächtnisfeier zu gewinnen.“

Im Anschluß hieran können wir mittheilen, daß auch bei sozialdemokratischen Stadtverordneten der Versuch gemacht worden ist, sie für diese Angelegenheit zu interessieren.

Das Komitee für den Bau der Kirche scheint der Meinung zu sein, daß es sich bei einem städtischen Beitrag für den Kirchenbau nicht eigentlich um die Befriedigung eines kirchlichen Bedürfnisses handle, sondern daß der von der Stadt zu leistende Beitrag — dessen Höhe eine halbe Million Mark betragen soll — mehr der Beteilung an einem Denkmale gleich käme, welches mit dieser Kirche zum Andenken an den Kaiser Wilhelm I. in Berlin errichtet werden soll.

In diesem Sinne wünschte das Komitee seinen Antrag auf einen Beitrag der Stadt in der Stadtverordneten-Versammlung aufgeführt zu sehen, und die Besuche des Herrn v. Mirbach bei einzelnen Stadtverordneten sollten dazu dienen, sich über die Aussichten eines etwaigen Antrages zu informieren.

Von sozialdemokratischer Seite ist dem Herrn Freiherren kein Zweifel darüber gelassen worden, daß ein Antrag auf einen städtischen Zuschuß zu den Kosten der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche von den sozialdemokratischen Stadtverordneten nicht nur abgelehnt, sondern auch in der Diskussion energisch bekämpft werden würde. Auch der Hinweis, daß viele Arbeiter bei dem Bau beschäftigt werden würden, könnte an dieser Absicht nichts ändern, denn wer einmal den prinzipiellen Standpunkt einnimmt, daß die Errichtung von Kirchen nicht im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt liegt, kann sich durch den Umstand, daß ein solcher Bau die Gelegenheit zur Beschäftigung von Arbeitern bietet, nicht in seiner Entschiedenheit beeinflussen lassen.

Da es den Anschein hat, daß eine eingehende, namentlich auch widerspruchsvolle Diskussion des Antrages den Gefühlen des Komitees nicht entspricht, wir auch Grund zu der Vermuthung haben, daß man einen etwaigen Antrag auf städtische Beihilfe für die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche nicht einer zweifelhaften Abstimmung in der Stadtverordneten-Versammlung aussetzen geneigt ist, so erübrigt sich eine Beschlusfassung der städtischen Körperschaften über diese Angelegenheit vielleicht dadurch, daß der Antrag garnicht erst beim Magistrat gestellt wird.

Die Wichtigkeit dieses Berichts hat Herr v. Mirbach, trotzdem er in seiner eidesstattlichen Zeugenaussage vor Gericht darauf bezug nahm, damals nicht in Zweifel ge-

zogen. Einem späteren Wiederabdruck des Berichts am 31. Oktober 1895 nach dem Kameel-Inskriptions-Prozess hatten wir die Bemerkung nachfolgen lassen:

„Ein Vergleich ergibt zweifellos, daß sich der Freiherren von Mirbach des Inhalts der Unterredung nur recht ungenau zu erinnern vermocht hat und daß wesentliche Theile derselben seinem Gedächtniß entschwunden sind. Aber auch über die Zeit der Unterredung mit Singer befindet sich Herr von Mirbach in einem starken Irrthum. Nicht Ende 1892 oder Anfang 1893, wie Herr von Mirbach behauptet hat, fand die Unterredung statt, sondern im letzten Drittel des Monats Januar 1894. Der Bericht über die Unterredung wurde in der Nummer 21 unseres Blattes vom 26. Januar 1894 in der ersten Beilage auf der dritten Seite zweite Spalte veröffentlicht.“

Wir ziehen aus diesem Vorgang die Lehre, daß jedem Menschen Ungenauigkeiten bei eidlichen Aussagen unterlaufen können. Für die zur Rechtsprechung berufenen Richter ergibt sich auch aus diesem Falle die Mahnung, vorsichtig zu prüfen, ehe sie schwere Strafen wegen thätlich falscher Aussagen verhängen. Unsere Parteigenossen müssen vielfach — wir erinnern nur an den Fall Schröder und Genossen — irrtümliche Aussagen mit Zuchtband büßen.

Auf diese Bemerkungen zielt augenscheinlich Herr v. Mirbach mit einigen Auslassungen in seiner jüngsten Rede hin, in denen er von verschiedenen Blättern, darunter auch vom „Vorwärts“ sagt:

„Sie bemerken, natürlich in einer Form, für welche sie gerichtlich schwer zu belangen waren, eine ungenaue, aber vollständig belanglose Angabe der Zeitungen über das Datum meines Besuches bei Singer, um meine eidlichen Aussagen in Zweifel zu ziehen und mir gewissermaßen einen schätzlichen Reineid anzuhängen. Die genauen richtigen Angaben über meine Aussagen, welche fast alle Zeitungen brachten, verschwiegen sie natürlich.“

Unsere von Herrn v. Mirbach jetzt angegriffene Bemerkung hatte den Zweck, zur Vorsicht bei der gerichtlichen Aburtheilung über unrichtige Aussagen vor Gericht zu mahnen. Uebrigens können wir unsere Verwunderung nicht zurückhalten, daß Herr v. Mirbach, wenn er meint, wir hätten uns in bezug auf seine Aussage auf einen irrtümlichen Bericht gestützt, erst jetzt mit einem Protest dagegen herauskommt, anstatt uns damals sofort eine Berichtigung zugehen zu lassen.

**Wie die polnischen Landesgenossen in Preußen behandelt werden,** zeigt drastisch ein Entscheid des Bezirksausschusses zu Oepeln, den wir hier im Wortlaut wiedergeben:

Oepeln, den 2. Mai 1896.  
In Erwiderung auf das am 6. März d. J. bei der Polizeiverwaltung zu Königsbütte gestellte Gesuch um Ertheilung eines Wandergewerbescheines für das Jahr 1896 werden Sie hiermit aufgefordert, eine von einem gerichtlich vereideten Dolmetscher angefertigte Uebersetzung nachstehender Druckschriften:

1. Z Przeslosci 2000—1887 przez Edwarda Belamy,
2. Prawdziwa historia Jozuego Dawidsona,
3. Wibar Pism,
4. Początki Cywilizacyi,
5. Soeyalisci ida,

sowie eine gleichfalls von einem vereideten Dolmetscher angefertigte Uebersetzung mehrerer Nummern der „Gazeta Robotnicza“ aus neuester Zeit einzureichen.

Der Bezirksausschuß.  
Begner.

An den Kolporteur Herrn Johann Dylong zu Königsbütte.

Die hier verzeichneten Schriften sind polnische Uebersetzungen von: 1. Bellamy's Rückblick aus dem Jahre 2000; 2. Die wahre Geschichte des Josua Davidson; 3. Passalle's Schriften; 4. Friedrich Engels' „Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates“; 5. Hoffmann's Broschüre „Die Sozialdemokraten kommen“. Die „Gazeta Robotnicza“ ist bekanntlich eine in Berlin erscheinende sozialdemokratische polnische Zeitung. Wer in dem Entscheid des Bezirksausschusses genannte Kolporteur Dylong, der übrigens schon seit Oktober v. J. bei Pontius und Pilatus herumgelaufen ist, um den Wandergewerbeschein zu bekommen, ist, nebenbei bemerkt, in Wilkow verhaftet worden, weil er einem Abonnenten der „Gazeta Robotnicza“ eine Nummer dieser Zeitung ins Haus gebracht hatte. Bei dem Abonnenten wurde gehäusucht und ihm die Nummer weggenommen. Bis heute ist nichts davon bekannt, daß wegen der Nummer von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet wäre. Selbstverständlich wird Beschwerde geführt. Der etwa 16jährige Sohn des Kolporteurs, der bei der Polizeiverwaltung in Königsbütte als Schreiber angestellt war, ist wegen der Verhaftung seines Vaters entlassen worden.

Was sagt die deutsche Schriftstellerwelt zu der Sorte von Pressfreiheit, die durch den Entscheid des Oepelner Bezirksausschusses für die polnischen Landesgenossen etabliert ist? Ist es nicht eine Unbegreiflichkeit, von einem armen Kolporteur zu verlangen, er möge eine von einem vereidigten Dolmetscher verfaßte Uebersetzung von Werken beschaffen, die einen Umfang von vielen Druckbogen haben? Ist unter der Regide des viel verspotteten weiland deutschen Bundestages viel Aergeres passirt, als jetzt im glorreichen Deutschen Reiche dem armen polnischen Volke passirt, dessen Söhne auf den 66er und 70er Schlachtfeldern ihr Blut verpriesen und durch ihre Tapferkeit die Grundlage mit schaffen helfen mußten, auf der dann das Deutsche Reich errichtet werden konnte? Wie wenig ihnen das „dankbare Vaterland“ ihren Opfermuth gedankt hat, das zeigt wohl genügend der Entscheid des Oepelner Bezirksausschusses.

**Eine Ausstellung-Rede.** Bei Eröffnung der schweizerischen Landesausstellung in Genf hielt der eidgenössische Bundespräsident Lachenal eine Rede, in der er u. a. sagte:

„Die Ausstellung ist eine achtunggebietende Kundgebung unserer nationalen Thätigkeit und zugleich ein lebendiges Sinnbild. Nur dadurch ist sie zustande gekommen und hat eine solche Bedeutung erlangt, daß alle Kantone, ja fast jedes Dörfchen der Schweiz in regem Wettstreit sich bemüht haben, zu zeigen, was ein arbeitsames und friedliebendes Volk zu leisten vermag. Dieses Volk, das so viele blutige Kämpfe ausgefochten hat, wird zwar immer bereit sein, für die Wahrung seiner Unabhängigkeit zu den Waffen zu greifen; aber es hofft, daß weder der Schnee seiner Berge noch das Grün seiner Felder je wieder vom Blute der Streiter sich röthen werde; was es vor allem wünscht, ist die siegreiche Belämpfung der Naturhindernisse, die die Fruchtbarmachung des oft fargen Bodens seines Vaterlandes, die Eindämmung der übermächtigen Kraft unserer der Industrie dienlichen Gewässer und die immer intensivere Förderung des einheimischen Handels und Verkehrs.“

Es will auch die sittlichen Schäden heben, Aufklärung und Bildung nach allen Seiten

hin sich verbreiten sehen; denn in der Gesellschaft des kommenden Jahrhunderts wird der Unwissende im Kampfe ums Leben untergehen. Unsere Demokratie trachtet danach, der Gerechtigkeit unter den Menschen allgemeiner Geltung zu verschaffen, die Zahl der Armen und Enterbten zu vermindern und dahin zu gelangen, daß unsere Alpenhöhen nicht nur ein Hort des Rechtes und der Freiheit, sondern auch des allgemeinen Wohlergehens sind, wo jeder Bürger dem andern die hilfreiche Bruderhand reicht.“

Möge recht lange Friede herrschen auf Erden! Gewiß, unsere Neutralität befriedigt nicht nur unsere Interessen, sondern sie entspricht auch unserm republikanischen Gefühl. Unser Wunsch wäre, die uns umgebenden Mächte möchten mit einander nur auf dem Felde der Arbeit und der Förderung des Gemeinwohls wetteifern, und Behmuth ergreift uns, wenn wir bedenken, wie viel Gutes und Schönes geschaffen werden könnte mit den Summen, die jetzt in den gähnenden Schlund der Kriegsrüstungen geworfen werden.

Unserm Lande wird oft die Ehre zu theil, zum Schiedsrichter in internationalen Streitigkeiten erlesen zu werden, und die zivilisirten Nationen, die von dem Nutzen der Anbahnung einer allgemeinen Verständigung auf manchen Rechts- und Verwaltungsgebieten überzeugt sind, haben der Schweiz wichtige internationale Anhalten anvertraut. Diese Betrachtung erweckt in mir die Hoffnung, daß einst die Menschen aller Völker und aller Zonen, die der Reize nach von den Strahlen derselben Sonne beschienen werden, einsehen lernen, daß es für die ganze Menschheit nur ein Licht und eine Wahrheit geben kann.

So spricht man in der Schweiz.  
Und in Berlin?

**Der dritte Mai war in Frankreich** der Tag eines großen sozialistischen Sieges. Wie viel neue Gemeinden unsere Genossen erobert haben, läßt sich noch nicht feststellen, weil in vielen Fällen erst eine Stichwahl zu entscheiden hat — aber schon jetzt — gleich im ersten Anlauf — sind den Sozialisten weit mehr Gemeinden zugesallen, als bei der vorherigen Gemeindevwahl. Die reaktionäre Presse führt ein paar kleine Gemeinden auf, die — namentlich in der Nähe von Carmaux — den Sozialisten abgenommen worden seien. Das mag in einigen unbedeutenden Dörfern geschehen sein. Dafür haben die Sozialisten aber die wichtige Stadt Albi erobert, die hundert Dorfgemeinden aufwiegt.

Das Resultat des 3. Mai wird von der „Petite Republique“ in die Worte zusammengefaßt: „ungeheure Anwachs der sozialistischen Stimmen. Bravo!“

**Die orientalische Frage** ist jetzt überall. Daß in Indien ihr Mittelpunkt ist, weiß jedes Schulkind, daß sie in Egypten und Ostasien ihre beiden Pol-Enden hat, weiß jeder Zeitungsläser, und jetzt spult sie auch plötzlich in Persien. Daß die Russen den Engländern vorwerfen, sie hätten den Revolver geladen, mit dem der vorige Schah getödtet wurde, erzählt man schon gestern. Seitdem haben wir erfahren, daß in Persien an verschiedenen Punkten Unruhen ausgebrochen sind, und daß die verschiedenen Parteien, soweit sie überhaupt einen bestimmten Zweck haben, einerseits durch russische Mägel, andererseits durch englische Sovereigns „begeistert“ sind.

Es gehört das auch zu der Truppenausstellung für den großen internationalen Kampf um die Welt Herrschaft, der zwischen England und Rußland sich vorbereitet.

## Deutsches Reich.

— Der Rücktritt des Handelsministers von Berlepsch soll in Frage gefanden haben, wie verschiedene Zeitungen behaupten. So will das westdeutsche Unternehmernorgan, die „Rhein-Westf. Zig.“ wissen, daß noch in zwölfter Stunde seitens der größten Fraktion des Reichstages erfolgreiche Veruche gemacht wurden, den Minister zum Bleiben zu bewegen. Die näheren Vorgänge hinter den Kulissen entziehen sich,“ schreibt das Blatt, „unserer Kenntniß; doch wissen wir bestimmt, daß Herr von Berlepsch die Zustimmung erhalten hat, er dürfe im Parlament des festen Rückhaltes an der Zentrumsfraktion sicher sein.“

— Verwarnung der Beamten. Die offizielle „Berliner Correspondenz“ meldet: „Infolge eines Beschlusses des königlichen Staatsministeriums sind die Beamten sämtlicher Ressorts von neuem nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es mit den Pflichten eines Staatsbeamten vollständig unvereinbar ist, sich an Agitationen zu betheiligen, welche gegen die Durchführung der Regierungspolitik gerichtet sind.“ Geht das gegen die agrarisch angehauchten Landräthe und andere Beamte? Sie werden sich schwerlich viel aus solchen Verwarnungen machen, so lange die Regierungspolitik der agrarischen Begehrlichkeit Broden über Broden reicht. Die Warnung hat aber die erfreuliche Wirkung gehabt, auch den Konservativen einmal wieder klar zu machen, daß es nicht gut gethan ist, die Beamten zu wissens- und meinungslosen Geschöpfen einer jeweiligen Regierung zu machen. Die Lehre wird allerdings nur so lange erhalten, als die Regierung nicht völlig ein Herz und eine Seele mit der konservativen Interessenvertretung ist. Es sollte mal ein Beamter sich erlauben, sozialdemokratische Bestimmungen zu betheiligen; da würden die Konservativen ganz einverstanden sein mit seiner sofortigen Maßregelung.

— Reichsassen-Ausweis für das Etatsjahr 1895/96. In der Zeit vom 1. April 1895 bis zum Schluß des März 1896 sind im Deutschen Reich folgende Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beiträge) an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern, sowie andere Einnahmen zur Ausschreibung gelangt: Zölle 414 128 107 M. (gegen 1894/95 + 28 370 236 M.), Tabaksteuer 12 205 419 M. (+ 541 649 M.), Zundersteuer 55 572 671 M. (+ 1 057 441 M.), Salzsteuer 46 254 122 M. (+ 1 179 024 M.), Maischottig- und Brauntweinmaterialsteuer 20 152 139 M. (+ 659 808 M.), Verbrauchabgabe von Brauntwein und Zuschlag zu derselben 115 228 941 M. (+ 2 763 362 M.), Brennsteuer 1 293 710 M. (+ 1 293 710 M.), Brausteuern 27 983 626 M. (+ 2 029 449 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 700 439 M. (+ 125 384 M.), zusammen 726 469 174 M. (+ 52 498 589 M.). Stempelsteuer für a. Werthpapiere 15 490 076 M. (+ 6 452 410 M.), b. Kauf- und sonstige Anschaffungsgebühren 19 859 118 M. (+ 3 471 501 M.), c. Leese zu Privatlotterien 3 069 298 M. (+ 788 648 M.), Staatslotterien 15 737 782 Mark (+ 5 333 656 Mark), Spielkarten-Steuer 1 423 169 M. (+ 26 331 M.), Reichsstempelsteuer 8 734 608 M. (+ 586 671 M.). Die Ausfuhrvergütungen sind bei vorstehenden Zolleingängen bereits abgezogen. Sie betragen bei den Zöllen 9 629 671 M., Zunder 16 778 413 M., Maischottig- und Brauntwein-Materialsteuer 10 482 696 M. u. s. w. Insgesamt wurden für Ausfuhr 1895—96 vergütet 87 997 404 M. Die zur Reichskasse gelangte Einnahme (abzüglich Ausfuhrvergütungen und Verwaltungsstellen) betrug 1895—96 Zölle 582 253 014 M. (+ 21 020 443 M.), Tabaksteuer 10 933 080 Mark (+ 417 420 Mark), Zundersteuer 50 587 804 Mark (+ 205 925 M.), Salzsteuer 45 391 301 M. (+ 1 088 591 M.), Maischottig- und Brauntweinmaterialsteuer 16 724 482 M. (+ 17 826 M.), Verbrauchabgabe von Brauntwein und Zuschlag



zu derselben 95 789 799 M. (- 4 398 426 M.), Brennsteuer 993 254 M. (+ 993 254 M.), Bransteuer und Uebergangszugabe von Bier 26 881 537 M. (+ 1 881 807 M.), zusammen 659 714 221 M. (+ 20 310 848 M.), Spielartenstempel 1 830 351 M. (+ 52 710 M.).

Man ersieht aus diesen Zahlen, daß gar keine Veranlassung für eine Erhöhung der Steuern vorliegt. —

**Ausscheidung Christlich-Sozialer** aus dem Evangelisch-Sozialen Kongress. Verschiedene Mitglieder des Aktions-Komitees: Hofprediger a. D. Stöcker, Pastor Wurchardt, Ober-Verwaltungsgerichtsrath Hahn und Pastor Mahlenbeck haben ihren Austritt aus dem Evangelisch-Sozialen Kongress erklärt, desgleichen auch mehrere Mitglieder des weiteren Ausschusses des Kongresses. —

**Landwirthschaftliche Zwangsversteigerungen** in Preußen 1886/87 bis 1894/95. An land- oder forstwirtschaftlich benutzten Grundstücken von wenigstens zwei Hektar, deren Besitzer im Hauptberufe Landwirth war, wurden nach der „Stat. Corr.“ versteigert im Jahre 1886/87 2309 Grundstücke mit einem Umfange von 109 190 Hektar, 1887/88 1691 Grundstücke mit einem Umfange von 81 023 Hektar, 1888/89 1824 Grundstücke mit einem Umfange von 80 657 Hektar, 1889/90 1504 Grundstücke mit einem Umfange von 61 268 Hektar, 1890/91 1359 Grundstücke mit einem Umfange von 54 648 Hektar, 1891/92 1197 Grundstücke mit einem Umfange von 61 926 Hektar, 1892/93 1665 Grundstücke mit einem Umfange von 88 706 Hektar, 1893/94 1623 Grundstücke mit einem Umfange von 68 844 Hektar, 1894/95 1290 Grundstücke mit einem Umfange von 59 941 Hektar.

Im allgemeinen nahmen also die Zwangsversteigerungen nach Zahl und Umfang ab, und nur das Jahr 1892/93 zeigt mit einer erheblichen Zunahme ein, der jedoch in den nächsten beiden Jahren wieder eine Abnahme gefolgt ist. Da nach der Berufsählung von 1892 (diejenige von 1895 ist noch nicht abgeschlossen) 961 203 solche Betriebe mit 28,76 Millionen Hektar vorhanden waren, so erscheint die Versteigerungszahl in keinem Jahre besonders hoch. Zieht man auch die Hauptbetriebe von weniger als 2 Hektar in Betracht, so verschiebt sich auch dadurch das Bild nur unwesentlich; im letzten Jahre (1894/95) z. B. ergeben sich dann 1866 Versteigerungen mit 60 278 Hektar Bodenfläche, in der ganzen Versteigerungszeit aber 19 413 mit 671 366 Hektar Fläche, während landwirthschaftliche Hauptbetriebe überhaupt 1 232 168 mit 24,12 Millionen Hektar Fläche vorhanden waren. Im ganzen Westen ist der Umfang der Zwangsversteigerungen sehr unbedeutend. In den Provinzen Westpreußen und Posen allerdings waren während der Versteigerungszeit rund 7 und 6 vom Hundert der Wirtschaftsfäche der Zwangsversteigerung verfallen. In sämtlichen Versteigerungszeiten wiederholt sich die Erscheinung, daß die kleineren Besitzungen verhältnismäßig weniger an den Versteigerungen theilhaftig waren, als die größeren. Die Grundstücke von 200 ha und darüber z. B. umfaßten in den letzten fünf Jahren 57,97 bis 90,74 v. H. der versteigerten Fläche, während sie bei der Gesamtfläche der landwirthschaftlichen Hauptbetriebe nur mit 29,86 v. H. theilhaftig waren, bei gleichmäßiger Vertheilung der Versteigerungen auf sie also kaum ein halb so großer Flächenumfang entfallen wäre.

Diese statistischen Nachweise widerlegen die Behauptung der Großgrundbesitzer-Interessenten, daß der landwirthschaftliche Betrieb von Jahr zu Jahr schwieriger werde und dringend der staatlichen Beihilfe bedarf. Zahlen sind unbedeutende Dinge. —

**Aus dem Kreise Muppig-Templin** wird uns geschrieben: Die Wahlbewegung ist hier im vollen Gange. In Schönbürg fand am letzten Sonntag Nachmittag eine Versammlung auf offener Haide statt. Hier sowie in einer am Abend desselben Tages in Lindow abgehaltenen Versammlung referirte unser Kandidat Genosse Pelt-Berlin. In Gransee hielt Genosse Sätgen eine Versammlung unter freiem Himmel ab. In Neustadt, wo noch nie eine sozialdemokratische Versammlung abgehalten worden war, fand eine solche am Sonntag statt und hatte sehr guten Erfolg.

Unser Partei werden namentlich im Kreise Templin große Schwierigkeiten in den Weg gesetzt. Fast nirgends ist ein Lokal zu haben. In Zehdenick sind bereits drei Versammlungen, die unter freiem Himmel abgehalten werden sollten, verboten worden.

Ein Hauseigentümer in Templin, der seinen Hofraum bereits zur Abhaltung einer Versammlung zur Verfügung gestellt hatte, wurde dergestalt beeinflusst, daß er sein gegebenes Wort wieder zurückzog.

Die anderen Parteien haben dagegen alle Sätze zur Verfügung und nutzen die Gelegenheit weidlich dazu aus, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Namentlich wird von den Antisemiten eine mühevolle Agitation betrieben. In unseren Versammlungen aber wagen sie trotz der Zusicherung vollster Redefreiheit es nicht, ihre Anschuldigungen zu wiederholen.

Der Geist unter den Parteigenossen ist ein vorzüglicher und berechtigt zu den besten Hoffnungen. Am nächsten Sonntag findet in Rgg. Wusterhausen eine Versammlung statt.

Den Genossen des Kreises ist zu empfehlen, alle Unregelmäßigkeiten genau zu vermerken, um einen eventuellen Wahlprotest begründen zu können.

Aus Feldberg wird uns ferner berichtet: Am Sonntag den 19. April waren wir in Wustrau mit der Verbreitung der Druckchrift: „Wie der Junker dem Bauer hilft“ beschäftigt. Wir wurden dabei von einem Manne in Zivil, der sich durch das Ansehen eines Weichhildes als Mann des Gesetzes kenntlich machte, betroffen und mit nach dem Amts Hause genommen. Die Schriften wurden beschlagnahmt, uns jedoch in einigen Tagen vom Herrn Amtsvorsteher wieder zugestellt, da „die Beschlagnahme nicht aufrecht erhalten werde“.

**Zu den Reichstags-Debatten** über die vom Bundesrath für die Bäckerei-Arbeiter erlassenen Schutzvorschriften ging uns folgende Erklärung zu:

„In der Reichstags-Sitzung vom 29. April hat der antisemitische Abg. Vielhaben unter verschiedenen Unwahrheiten und Schimpereien auf die sozialdemokratischen Bäckergesellen auch erklärt: „Die Sozialdemokratie bekämpft die Bäcker deshalb, weil bei den Bäckereimengen allein die Gesellen einen Gesellenausschuß gewählt haben, während sonst die Sozialdemokraten eine solche Wahl zu verhindern gewußt haben.“

Demgegenüber haben wir als Mitglieder der Gesellenausschüsse der Innungen Germania und Konfordia zu erklären: Sämtliche Mitglieder der Gesellenausschüsse sind Sozialdemokraten und werden sich diese nicht als Schleppenträger der Innungen gebrauchen lassen, wie solches der frühere, von den Innungen selbst ernannte Ausschuß gethan hat.

Wir sind in die Wahl eingetreten, um uns vor den Machinationen der Innungen zu schützen. Hierfür einige Beispiele, welche uns der Vorstand der Germania-Innung gegeben hat: Unter verschiedenen Anträgen, die uns unterbreitet wurden, befanden sich auch diese: 1. Den Reichstags-Abgeordneten Nebel auf Grund seiner Rede im Reichstags öffentlich als Lügner zu bezeichnen. 2. Die Bäckereiarbeiter unter eine Art sittenpolizeiliche Kontrolle zu stellen und anderes mehr. Wieleicht hat auch der Abgeordnete Vielhaben erfahren, welche Antwort der Innungsvorstand erhalten hat? Und warum hat denn der Herr Abgeordnete Vielhaben diese nicht vorgetragen? Im weiteren erklärte der Abgeordnete Vielhaben, die Bäckergesellen hätten gar nicht gewußt, wie schlecht ihre Lage ist; der Bundesrath habe sie erst müssen darauf aufmerksam machen. Wir möchten den Abgeordneten Vielhaben doch ersuchen, einmal eine Bäckergesellen-Versammlung zu besuchen, vielleicht kann er sich einige Proben zur Aufklärung

mitnehmen. Im Auftrage der Gesellenausschüsse der Innungen „Germania“ und „Konfordia“:  
F. Klammeh, Altgeselle der „Germania“, Jennstr. 46.  
Wilh. Most, Altgeselle der „Konfordia“, Wollgasterstr. 8.

Die zahlreichen Verhängungen von Militärverboten über Schankwirtschaften hatten den 22. Deutschen Gastwirthstag, der in Eregny abgehalten wurde, dazu veranlaßt, eine Vorstellung an den Kriegsminister zu senden, um in der Handhabung dieser Art von Verboten eine Milderung anzustreben. Die sehr umfangreiche Petition, die von dem Vorstande des Gastwirths-Verbandes unterzeichnet ist, wurde nunmehr an Herrn Bronsart von Schellendorf abgeschickt und besagt hauptsächlich, daß sich im Laufe der letzten Jahre die Verhängung von Militärverboten über Schankwirtschaften als eine schwere Kalamität für das Wirthsgewerbe erwiesen habe, umso mehr, als diesen Verboten in sehr vielen Fällen selbst die solidesten und jedem Parteitreiben mit Vorbedacht sich fern haltenden Wirths ausgeführt sind. —

**Karlsruhe, 5. Mai.** (Verl. Tagebl.) In der heutigen Jahresitzung des badischen Gastwirthsverbandes machten sich zum ersten Male sozialdemokratische Tendenzen geltend, so daß der Mannheimer Zweigverband die offizielle Uebernahme des Antheiles an den Kosten für den Festzug zu dem festzigtigen Geburtsstage des Großherzogs ablehnte. —

**Der Truppenübungsplatz bei Münsingen** auf der württembergischen Alb umfaßt jetzt 260 000 Ar (3600 Hektar) und wurden für den Grunderwerb rund 5 Millionen Mark veranschlagt; die zu errichtenden Baracken und Gebäude kommen auf ca. 1 Million Mark zu stehen, so daß die Gesamtausgabe für den einen Exercierplatz sich auf 6 Millionen Mark beläuft. Der Militärklub hat immer noch heidenmäßig viel Geld zur Verfügung. —

### Oesterreich.

**Wien, 5. Mai.** Das Abgeordnetenhaus erledigte heute die gesammten Wahlreformvorlagen in zweiter Lesung. —

**Wien, 6. Mai.** Bei der heutigen Bürgermeistereiwahl waren 136 Gemeinderäte anwesend. Gewählt wurde der christlich-soziale Kandidat Strobach mit 94 Stimmen, der Liberale Dr. Gräßl erhielt 42 Stimmen. Strobach erklärte unter wiederholtem Beifall, die Wahl anzunehmen, um es möglich zu machen, daß die Verwaltung der Stadt von einer berufenen Körperschaft geführt wird. Das persönliche Opfer Lueger's erfolgte im Interesse des Volkes. Er werde gerne Dr. Lueger den Platz räumen, sobald die Zeit dafür gekommen sein werde. Er appellirt an die Unterstützung und Einigkeit seiner Partei. Als geborener Oesterreicher werde er stets den deutschen Charakter Wiens, der gewahrt werden müsse, und als treuer Oesterreicher den Charakter Wiens als Reichshauptstadt vor Augen haben, die als solche ihre volle Unabhängigkeit nach jeder Richtung zu vertheidigen habe. Als Christ werde er in christlichem Sinne wirken, bemüht dem christlichen Volke die Geltung zu verschaffen, die es nie hätte verlieren sollen.

Der Wahlakt wird nunmehr an die Statthalterei geleitet, behufs Einholung der kaiserlichen Befätigung. Es ereignete sich kein Zwischenfall. —

### Schweiz.

**Basel, 30. April.** (Eig. Ber.) Ein recht niedliches Leumundszugniß einer preußisch-hohen-sollerschen Behörde wurde mir dieser Tage mit dem Bunsche der Veröffentlichung in deutschen Blättern zugefleht. Das Zugniß ist so eigen in seiner Art und so charakteristisch, daß es auf Wunsch des Verfassers hier mit allen stilistischen und orthographischen Fehlern Platz finden soll:

Dem Gallus Haug Steinhauer geboren dahier am 28. April 1867, wird hiermit von unterzeichneter Stelle alefirt, daß derselbe nicht gerichtlich bestraft ist, dagegen polizeilich einmal wegen Uebertretung des § 365 des R. Str. G. B. Derselbe hält sich seit mehreren Jahren nur während den Wintermonaten hier auf, ist sonst auf Wanderschaft, und wurde hier die letzten Jahre der Polizeibehörde dahin aufgefällig, daß er in Gesellschaft mit Andern in Wirthschaften häufig das Sozialdemokratische Lied sang.

Es leimt es blüht zum Bürgerkrieg,  
Die rothe Fahne führen wir.

Ob er ein Anhänger der Sozialdemokratie oder ihren Lehren gilt, muß diesseits in Fragen bleiben.

Kangendingen, den 11. April 1896.

Zur Beglaubigung Die Ortspolizeibehörde.  
Gehingen, den 15. April 1896. Vogt Dieringer.  
Königliches Oberamt.

**Bongart.**  
Auf Grund dieses Zugnißes wurde dem Betreffenden seitens der deutschen Gesandtschaft in Bern, der nach § 2 des deutsch-schweizerischen Niederlassungs-Vertrags notwendige Inmatrikulationschein verweigert, und der Betroffene wäre, wenn es streng genommen würde, gezwungen, seine Arbeit hier aufzugeben. Aber selbst der Basler Polizeibehörde, der man doch sonst gerade nicht viel Arbeiterfreundlichkeit zuschreibt, kam dieses Zugniß zu stark vor und genehmigte dem Arbeiter trotz des mangelnden Inmatrikulationscheins die Aufenthaltserlaubnis. Das man einen christlichen Arbeiter, der nur einmal wegen Weiteins auf der Wanderschaft bestraft ist, solcher Art behandelt, ist zwar in Deutschland nicht mehr neu, doch aber die kleinen Sozialisten-Idioten ihr Handwerk auch noch über die deutsche Grenze ausdehnen wollen, verdient eine öffentliche Rüge.

### Frankreich.

**Paris, 4. Mai.** (Eig. Bericht.) Es wäre müßig, die Frage erörtern zu wollen, warum Bourgeois so unvermittelt sich an die Spitze der Revisionsbewegung gestellt hat. Denn, mögen ihm dabei prinzipielle, parteiaktische Rücksichten oder persönlicher Ehrgeiz oder endlich — was wohl das richtige sein dürfte — beides zugleich geleitet haben, die Hauptsache ist, daß er durch seine entscheidende Frontänderung die ganze radikale Partei für die Revisionsbewegung engagirt hat.

Die Ordnungspresse sucht den ehemaligen Ministerpräsidenten mit dem Schwinbelgeneral Boulanger auf die gleiche Linie zu stellen und der neuen Bewegung den Spottnamen „Bourgeoisismus“ anzuhängen. Der Vergleich hinkt aber in jeder Beziehung. Die boulangistische Bewegung stützte sich auf eine politisch ungeschulte Masse, die, durch bloß instinktive Unzufriedenheit geleitet, im „brav, général“ weit mehr als in seinem „Programme“ einen Nettet aus der Noth erludte. In der gegenwärtigen Bewegung, die ihre Hauptkraft aus dem sozialistisch angeklärten Proletariat schöpft, bedeuten die Personen nichts oder wenig, die Ideen alles. Während ferner Boulanger die Revisionsbewegung als ein Sprungbrett für seine werthe Person bzw. für irgend einen monarchistischen Prätexten benennen wollte und demgemäß die Bundesgenossenschaft der Monarchisten suchte und fand, ist die neue Bewegung von ihrem Entstehen an durch und durch demokratisch und republikanisch. Die offenen und verkappten Monarchisten kämpfen nunmehr im Lager der republikanischen Verdaunungspartei, die durch den Mund ihres Ministerpräsidenten Meliane gegen die von Bourgeois in der letzten Kammereröffnung meisterhaft begründete Forderung der Verfassungsrevision nur den Einwand geltend zu machen wußte, daß das „Land“ vor allem nach Ruhe verlange. Damals stieß die Bewegung auf den Widerstand der gemäßigten bürgerlichen Republikaner, denen sich sogar ein Theil der Sozialisten (Possibilisten) angeschlossen hatten. Heute sind die bürgerlichen Republikaner gerade durch die Revisionsfrage in zwei feindliche Lager gespalten und die seither mächtig gewordene

sozialistische Partei bildet die Kerntuppe der Revisionsarmee. Unsere Genossen werden nöthigenfalls schon dafür sorgen, daß die Bewegung nicht in „Bourgeoisismus“ auflöset.

Das radikale Revisionsprogramm, wie es in Bourgeois' Rede vom 30. April und im Manifest des radikalen und sozialistisch-radikalen Bundes für Vertheidigung des allgemeinen Wahlrechts“ fixirt ist, bezeichnet die Einschränkung der Befugnisse des Senats als das Mittel zur Verwirklichung von demokratischen Reformen, die im Interesse der übergroßen Mehrheit der Bürger notwendig sind und bisher stets vom Senat beiseite geschoben wurden. Die sozialistische Partei strebt freilich eine gründlichere Verfassungsrevision an. Sie verlangt die Abschaffung des Senats und des Präsidentenamtes. Auf beide Institutionen läßt sich in der That das Wort anwenden, daß sie entweder überflüssig, wenn sie sich nicht bethätigen, oder schädlich seien, wenn sie sich bethätigen. Diese Meinungsverschiedenheit kann jedoch nicht das einträchtige Zusammengehen der Sozialisten und Radikalen hindern. Zunächst kommt es darauf an, in die Hochburg der großbürgerlichen Reaction Breche zu legen, den Senat unschädlich zu machen. Das weitere wird sich mit der Zeit schon finden. —

„Die Wahrheit über die Pariser Kommune“ hat — Hans Lum geschrieben in einem dicken, biden Buch — es betitelt sich: „Die Heiligen der Kommune“, und wird von der „alten Paktentiste“ alias „Vater der Wahrheit“, der seinem eigenen Zeugniß nach „offiziell niemals gelogen hat“, als „reinste Wahrheit“ anempfohlen.

Wir hätten gedacht, die ganze „Wahrheit“ wäre uns schon in den „Lügen“ enthalten worden. —

### England.

**London, 2. Mai.** (Eig. Ber.) Der 1. Mai ist in England das Datum für die Erneuerungswahlen in die Distrikts- und Kirchspielvertretungen. Das betreffende, vor zwei Jahren eingeführte Gesetz, nach dem diese Wahlen vor sich gehen, ist eine der besten Maßregeln, welche die abgetretene liberale Regierung auf ihrem Sterbholz hat. Es giebt dem Arbeiter in Stadt und Land das Recht, als gleichberechtigter Wähler an der Bestimmung über die Gemeinde-Angelegenheiten theilzunehmen. Nicht überall haben die Landarbeiter auf den ersten Anlauf von dem Recht den richtigen Gebrauch gemacht, aber mit der Zeit werden sie es sicher lernen. Schon jetzt sitzen z. B. in der einen Grafschaft Durham allein gegen 600 Arbeiter — allerdings meist Bergarbeiter — in Kirchspiels- und Distriktsversammlungen, aber auch viele Landarbeiter sind in diese Körperschaften eingedrungen. So lieft er neulich wieder die Noth durch die Presse, daß in einer Landgemeinde ein Arbeitermann mit fast Stimmen einheit zum Vorsitzenden gewählt wurde. Für ein Dorf, wo die Klassencheidung gewöhnlich viel schärfer ist als in großen Städten, bedeutet das eine ganze Revolution. So zeigt uns England in den Dingen selbst doch immer neuen Fortschritt, wenn auch die Bewegung selbst schwer aus dem Geleise der alten Formen zu bringen ist.

**London, 6. Mai.** Mehrere Morgenblätter beschäftigen die Nachricht, daß Rhodes und Beit aus der Chartersed-Company ausgetreten sind. — „Standard“ meldet, Rhodes habe sich rückhaltlos in die Hände Chamberlain's gegeben. Rhodes habe sich erboten, auf seinen Sitz im Geheimen Platze zu verzichten, wenn Chamberlain das für angemessen halte, und auf Wunsch nach England zurückzukehren. — Aus Pretoria wird den „Times“ unter dem 4. d. Mts. gemeldet, daß nur ein Theil der im Besitze der Regierung von Transvaal befindlichen Telegramme und Dokumente veröffentlicht worden sei; weitere Schriftstücke würden wahrscheinlich während der Tagung des Volksraths veröffentlicht werden.

Harcourt erklärte gestern Abend auf einem Festmahle der liberalen Partei, die in Pretoria aufgefundenen Chiffre-Telegramme würden einen dunklen Flecken auf den englischen Namen; er sei überzeugt, daß die Regierung die geeigneten Maßregeln ergreifen werde, um die Nation von dem Vorwurf der Mitwisserschaft zu reinigen. —

Im Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär des Aeußern Curzon, ein Telegramm des englischen Bizekonsuls in Roma melde, die Freisprechung Lohaires sei erfolgt, weil derselbe bei der Hinrichtung Stokes' keine verbrecherische Abicht gezeigt habe. Ehe die Regierung eine endgiltige Ansicht über die Angelegenheit äußere, müsse sie den Bericht des Bizekonsuls und das Protokoll über die Verhandlung abwarten. —

Der Einfluß der Aktiengesellschaften auf das Parlament wird auch in England als ein Uebelstand empfunden. Im Unterhause entspann sich deshalb vor einiger Zeit eine Auseinandersetzung darüber, ob die Theilnahme an den Abstimmungen, die Zugehörnisse an Aktiengesellschaften betreffen, für Abgeordnete, die zur Leitung jener Gesellschaften gehören, zulässig sein dürfe. Nunmehr hat es sich herange stellt, daß etwa 25 v. H. aller Mitglieder des Oberhauses und etwa 40 v. H. aller Unterhausmitglieder in der Direktion von Erwerbungs-gesellschaften sitzen. Dabei gehören zwei Lords und drei Gemeine je mehr als zehn Gesellschaften an. Herr Macleure ist Direktor von neunzehn Gesellschaften, Lord Tweeddale ist an der Leitung von vierzehn Gesellschaften theilhaftig. Selbst zwei geistliche Peers, die Bischöfe von Gloucester und Bristol, sind an Versicherungsgesellschaften theilhaftig. In wessen Interesse unter solchen Umständen die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt wird, liegt auf der Hand. Aus der finanziellen Verquickung mit den säkularistischen Unternehmungen des Herrn Rhodes erklärt sich auch die große Theilnahme, die dieselben in England finden. Von den Aktien der Chartersed Company besitzen der Privatsekretär des Prinzen von Wales 94, der Marquis of Korne 5, der Herzog von Fitz 3885, die Herzogin von Devonshire 117, Leopold Rothschild 7348; während Rhodes 50 000 und Beit 25 000 Aktien in Händen haben. —

### Italien.

**Rom, 3. Mai.** (Eigener Bericht.) Das vom Ministerium di Rudini herausgegebene Grünbuch, welches eine große Anzahl von Dokumenten enthält, die Crispi aus seiner im Pariser „Jour“ bewirkten Dokumentenpublikation ausgeschlossen hatte, hat dem Ministerium Crispi eine Niederlage bereitet, welche der Niederlage bei Abua an Vollständigkeit nicht nachsteht. Crispi hat alles gethan, um die Herausgabe einer vollständigen Sammlung der zwischen seiner Regierung und dem Gouverneur von Massanaah gewechselten Schriftstücke unmöglich zu machen; er hat viele Originaldokumente vor seinem Weggange aus dem Ministerium entweder zerstört oder entwendet, so daß die Regierung sich an die Telegraphenämter wenden mußte, um Kopien von den verschwundenen Dokumenten zu erlangen. Noch jetzt fehlen manche wichtige Aktenstücke, z. B. die über die Kapitulation von Makalle. Aber das was das amtliche Grünbuch enthält, reicht völlig hin, um ein klares Bild von der frivolen Leichtfertigkeit und Unwissenheit zu geben, mit welcher Crispi den Krieg mit Aethyrien geleitet hat. Das Grünbuch beweist, daß Crispi seit länger als einem Jahre von verschiedenen Seiten die bestimmtesten Angaben über die Rüstungen Menelik's erhalten hatte; trotzdem fuhr er fort zu handeln, als ob niemand ihm in Aethyrien entgegengetreten könne. Baratieri wies den Minister darauf hin, daß man sich entweder zu einem großen Kriege rüsten oder Frieden schließen müsse. Crispi that keins von beiden. Die Fortdauer des Krieges war ihm wünschenswerth, weil er durch diesen die Aufmerksamkeit von den inneren Fragen, insbesondere von der gegen seine persönliche Ehrlichkeit erhobenen Anklagen ablenken konnte. Aber die Mittel zu einer wirksamen Kriegsführung verweigerte er Baratieri und verwies ihn darauf, diese Mittel sich aus den occupirten Theilen Aethyriens zu verschaffen; auch Napoleon I.



habe, so schrieb Crispi an Baratieri, seine Kriege mit den Seldern der Besiegten geföhrt! Als ob in dem armen ausgehungerten, von Menschen entblöhten Tigre Schätze zu heben gewesen wären. Mit gleicher Unkenntnis aller einschlägigen Verhältnisse bereitete Crispi, während Baratieri schon von Menelik hart bedrängt wurde, eine völlig phantastische Unternehmung gegen das hundert von Meilen vom Kriegsschauplatz entfernte Daxar vor. Und dieser Abenteuerer hat sich zwei Jahre in Italien am Ruder erhalten und auswärts sogar für einen Staatsmann gelten können! —

**Rom, 6. Mai.** Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Massauah: Während der Nacht vom 4. zum 5. d. M. rückten die Tigrimen von den Orten, welche von dem Expeditionskorps besetzt waren, ab. Letzteres hat jetzt die Position von Dongollo bis Adrigat inne. Der Kus- und Zugang zum Fort sind vollständig frei. Gestern zogen aus dem Fort etwa 300 Verwundete und Kranke ab; mehrere wurden auf Tragbahnen herausgeschafft; alle gingen in der Richtung auf Adicaje ab.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Kairo vom heutigen Tage auf Grund einer amtlichen Depesche, daß die italienischen Truppen wohlbehalten in Adigat eingerückt seien und die Garnison entsetzt hätten. —

### Rumänien.

**Bukarest, 5. Mai.** Die „Agence Roumaine“ meldet: Studenten veranstalteten heute Kundgebungen gegen die ungarischen Jahrtausend-Festlichkeiten; sie versammelten sich im Glimnig-Garten und durchschritten hierauf in geordnetem Zuge die Hauptstraße, während die begleitende Musik nationale Weisen spielte. Ungefähr 40 000 Personen schlossen sich dem Zuge an. Die Kundgebung verlief ohne jeden Zwischenfall; es herrschte vollständige Ruhe.

### Rußland.

— In Warschau wurden, einer Meldung Krakauer Blätter zufolge, am Sonnabend zahlreiche Studenten, darunter Söhne russischer Beamten, und mehrere andere Personen während einer geheimen nihilistischen Versammlung verhaftet. —

### Afrika.

**Dar-es-Salaam, 4. Mai.** Der Gouverneur v. Wissmann, welcher in jüngster Zeit mehrfach unter Fieberanfällen zu leiden hatte, wird sich am 11. d. M. in Sansibar auf dem dort abgehenden französischen Dampfer einschiffen und sich zu einem mehrmonatlichen Urlaub nach Europa begeben. —

— **Südafrikanisches.** Eine amtliche Depesche aus Kapstadt meldet, daß die Natabili sich aus der Nähe von Butuwayo zurückgezogen haben. Man nimmt an, daß sie des Kampfes müde sind und sich zur Wanderung gegen Norden rüsten. —

### Amerika.

— **Amtlich** wird aus Havannah gemeldet, daß bei Remedios, in der Provinz Matanzas, mehrere Gefechte stattgefunden und die Insurgenten dabei einen Verlust von 51 Toten gehabt haben. —

## Partei-Nachrichten.

### Erklärung.

Der Bericht im heutigen „Vorwärts“ über die Montag-Versammlung der Berliner Liga zur Herbeiführung des Achtstundentages, für die mein Name als Redner auf den Plakaten genannt wurde, giebt mir aufs neue Veranlassung, dagegen zu protestieren, daß ich ohne meinen Willen und mein Zutun als Redner in Versammlungen öffentlich angezeigt werde. Es ist dies eine Unsitte, die auch in der Provinz immer weiter um sich greift und mir schon oft und in der letzten Zeit wiederholt Verlegenheiten bereitet hat. Sobald ich künftig wieder von einer ähnlichen mißbräuchlichen Anwendung meines Namens Kenntnis erhalte, werde ich ohne Rücksicht auf die Folgen für die Urheber öffentlich mich dagegen verwahren.

Berlin, den 6. Mai 1896.

H. Bebel.

**Aus der Schweiz.** In Arbon am Bodensee ist der Schlosser Günther in den thurgauischen Kantonstath gewählt worden, wohl der erste sozialdemokratische Arbeiter, der ins Frauenfelder Parlament einzieht.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Der verantwortliche Redakteur des „Volkshoten“ in Stettin, Genosse Dhl., hat die einmonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm wegen Verletzung der dortigen Staatsanwaltschaft auferlegt ist. Sein Gesuch um Strafausschub wurde abgelehnt, obgleich er es u. a. mit schwerer Krankheit seines Kindes begründete.

## Soziale Uebersicht.

Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wurden am Dienstag zunächst zwei Schneidergesellen verurtheilt, die beim Zwischenmeister Gralizer auf Jackets arbeiten. Der eine erhält bei täglich 12 stündiger Arbeitszeit 16 M. Wochenlohn, der andere, der als Stepper und Bügler beschäftigt wird, 18 M. Danach erschienen eine Anzahl Arbeiterinnen, die für die Firma Lange u. Löwenthal Anzüge für Knaben von 1—6 Jahren anfertigen. Sie erhalten für eine Jacke 30—40 Pf., für eine Hose 15—20 Pf. und sind täglich meistens 12, einige auch 15 Stunden thätig, wobei sie einen Wochenverdienst von 6, 7, 8, bis höchstens 18 M. erzielen. Davon gehen aber noch Unkosten für Garn etc. in Höhe von durchschnittlich 1 M. ab.

Bei den Vernehmungen am Mittwoch giebt ein Zwischenmeister der Rothbranche an, daß er zwei Gesellen beschäftigt, die bei der Anfertigung von Jackets und Gehrocken bei einer täglichen Arbeitszeit von 14—15 Stunden wöchentlich 16—18 M. verdienen. Wenn die Arbeit drängt, wird oft die ganze Nacht durchgearbeitet. In diesem Falle kommen die Gesellen auf einen Wochenverdienst von 24 M. Zwar wird niemand zur Nachtarbeit gezwungen, wenn es aber nicht paßt, der kann gehen. Unter derselben Voraussetzung wagt auch der Meister einen ihm von der Firma Leop. Pann „der glatten Rechnung wegen“ gemachten Abzug von 9 Pf. pro Anzug auf die Gesellen ab. Eine Anzahl Arbeiterinnen auf Knabenanzüge machen ähnliche Angaben, wie in der Sitzung vom Dienstag gemacht wurden.

Der Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer hat, um der Eingabe, welche der deutsche Buchdrucker-Verein gegen die Einführung der vom Reichsanwalt dem Bundesrathe vorgelegten Bestimmungen für die Einrichtung und den Betrieb von Buchdruckereien und Schriftgießereien an den Bundesrath gesandt hat, mehr Nachdruck zu verleihen, beschloffen, seinerseits ebenfalls eine Eingabe zu machen, in welcher folgende vom Vereine gefasste Resolution zum Ausdruck gebracht werden soll: Die Versammlung erklärt sich gegen die vom Reichsanwalt durch den Bundesrath beabsichtigte Einführung neuer Beschränkungen des Buchdruckgewerbes und erklärt es besonders für die hiesigen Verhältnisse unmöglich, 1. jeder beschäftigten Person einen Raum von 15 Kubikmeter zu gewähren, 2. die Wände und Decken mindestens einmal jährlich mit einem frischen Kalkanstrich zu versehen oder den Decken mit warmem Wasser und Seife abzuwaschen, 3. für höchstens fünf Arbeiter eine Waschlagelegenheit zu beschaffen. Außerdem dürfen die Ausnahmen nicht dem Ermessen der Verwaltungsbehörden überlassen, sondern müssen gestattet werden. Dagegen ist die Versammlung der Ansicht, daß das Tabakrauchen in den Druckereien aus Gesundheitsrücksichten

zu unterlassen ist und Bekehrungen nach ärztlicher Untersuchung zum Buchdruckgewerbe zugelassen sind.

Wir sind gespannt darauf, ob der Bundesrath dem neuen Begehren der Buchdruckereibesitzer entsprechen wird. Raum weniger schlimm als die verächtliche Agitation, die die Bäckermeister und andere Unternehmer selbst gegen die notwendigen Arbeiterschutz-Bestimmungen entfalten, ist der Sturmwind, den die Buchdruckereibesitzer gegen die in Aussicht stehende Vorlage über den Betrieb der Buchdruckereien unternehmen. Es zeigt sich hier wieder, daß wirkliche Verbesserungen des Arbeiterlooses nicht mit, sondern nur gegen den Willen des Unternehmertums geschaffen werden können, gleichviel ob es in der Müllabfuhr oder in den kaum weniger dreifachen Tempeln Gutenberg's die Arbeiterschaft ausbeutet.

Der Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege hält vom 10.—13. September in Kiel seine 21. Versammlung ab. Die Tagesordnung weist folgende Gegenstände auf: Grundwasserreinigung mit besonderer Berücksichtigung der Entseinerung; Referent: Bauath H. Thiem-Weipzig, Prof. Dr. Bernhard Fischer-Kiel. 2. Einrichtung von Heimstätten für Wöchnerinnen; Referent Dr. H. B. Brunnede-Magdeburg. 3. Belämpfung der Diphtherie; Referent: Prof. Dr. Karl Bränkel-Galle. 4. Die Mitwirkung der Kirche bei Handhabung der Gewerbehygiene; Referent: Medizinalrath Dr. Gottlieb Merkel-Mürnberg. 5. Die gesundheitlichen Verhältnisse in der Handelsmarine und auf den modernen Dampfschiffen; Referent: Prof. Sudley-Kiel und Hafenarzt Dr. Noth-Hamburg.

Der Magistrat Dortmund hat das Gesuch des Gewerbegerichts um Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises u. a. mit der Begründung abgelehnt, die Sozialdemokratie werde diese Einrichtung agitatorisch ausnützen, und er schlägt den Stadtverordneten vor, dem Gesuch ebenfalls nicht zuzustimmen. Dieser Beschluß des Magistrats ist das Gegenstück von Weisheit. Gerade die Verweigerung des selbst von Regierungsbehörden gefördernten und in vielen Städten bereits eingeführten Gemeinde-Arbeitsnachweises wird die dortmündiger Arbeiterschaft zu der Erkenntnis bringen, daß sie sich in immer steigender Zahl der Sozialdemokratie anschließen muß, wenn ihre Interessen in der Gemeindeverwaltung die gebührende Berücksichtigung finden sollen.

Aus Dresden berichtet die „Frankfurter Zeitung“, daß die größeren Möbelabriken dort und in der Umgebung die Waarenpreise bis zu etwa 10 pCt. erhöht haben, um die Arbeitslöhne aufzubessern zu können.

Ein Verband der Textilwarenfabrikanten hat sich auch in Chemnitz gebildet. Die bedeutendsten Firmen der Weberei, Wirkerei, Spinnerei und Färberei sollen ihm bereits angehören. Der Verband besitzt einen großen Kapitalfonds. Zweck der Organisation ist, etwaigen Streiks der Textilarbeiter wirksam entgegenzutreten. Mögen die Textilarbeiter allerorts aus der Bildung solcher Unternehmerverbände die Lehre ziehen, daß sie sich ebenfalls sommt und sonders vereinigen müssen, um ihre Interessen mit Erfolg wahrnehmen zu können.

Der Bau einer Lungen-Heilanstalt für das ganze Großherzogthum Hessen ist von der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt dieses Landes beschlossen worden.

Das freie deutsche Buchstift in Frankfurt a. M. hat das zweite Heft des 1896er Jahrgangs seiner Sitzungsberichte herausgegeben. Dasselbe enthält u. a. den Bericht H. S. Epstein's über eine Sitzung, wo das „Mary-Engels'sche Problem der Prostitution“ behandelt wurde.

In Offenbach a. M. sind, wie unser dortiges Partei-Organ, das „Offenbacher Abendblatt“ mittheilt, Vorbereitungen zur Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises im Gange.

Die acht württembergischen Arbeitsämter hatten im Monat März seitens der Arbeitgeber 4385 Aufträge, diesen standen 5550 Arbeitsgesuche gegenüber, aber nur 2543 Personen waren so glücklich, Arbeit zu erhalten, während 2807 Arbeiter in dem kleinen Lande weiter hungerten müssen, ungerichtet diejenigen, die sich bei den Arbeitsämtern nicht melden.

Ueber die Fabrik-Inspektorinnen seines Bezirkes spricht sich im letzten Jahresbericht der französischen Fabrikinspektion der Inspektor Blaise, der in der Hauptsache das Departement der alten Normandie beaufsichtigt, wie folgt aus: „Der sechste Aufschlagsbezirk, der sieben Departements umfasst, hat 6 Departementinspektoren, deren Eifer und Hingebung ich gern anerkenne, sowie eine Inspektorin mit dem Sitz in Rouen, die lediglich die weiblichen Arbeiterinnen in den Städten Honen, Le Havre, Dieppe, Elbeuf u. s. w. zu überwachen hat. Die Inspektorin hat ihr Amt mit größter Korrektheit (avec la correction la plus grande) und mit bemerkenswerthem Eifer versehen. Sie hat der Gesundheitspflege in den kleinen Werkstätten, die bis dahin noch niemals beachtet worden waren, Eingang verschafft und hat ebenso die gesetzlichen Vorschriften für die Fabrikarbeit zur Kenntnis und Geltung gebracht.“ Dann wird rühmend erwähnt, wie die Beamtin einen Hilfsverein für die bis dahin ganz verlassen Arbeiterinnen der Kleinindustrie und des Handwerks mit Hilfe bürgerlicher Notabilitäten organisiert habe, und mit folgenden Worten geschlossen: „Es wäre zu wünschen, daß alle wichtigeren Mittelpunkte weibliche Inspektoren bekämen, die je nach Bedürfnis ein oder mehrere Departements beaufsichtigen und die Landbevölkerung einzuweilen besaße ließen. Was sagt Herr v. Landepich dazu?“

## Gewerkschaftliches.

Der Streik der Müllwagen-Ausföhren und Schaffner der Wirtschaftsgesellschaft Berliner Grundbesitzer, der am 1. Mai begann, kann, wie ein Lokalberichterkatter meldet, bereits als beendet betrachtet werden. Die Arbeiter sollen bis auf 7 Mann wieder in den Dienst der Gesellschaft getreten sein. Die Nichteingestellten haben ebenfalls bei einer anderen Gesellschaft und zwar, wie sie angeben, zu besseren Bedingungen Beschäftigung gefunden; dagegen sind die während des Streiks vom Nachweis für Arbeitslose gesandten Aushilfsarbeiter wieder entlassen worden. Die übliche bürgerliche „Beschränkung“, daß es auf der Haupt-Abtheilung bei Strafen in Ausföhrenungen zwischen den Streikenden und den Aushilfsarbeitern kommen werde, war selbstverständlich und begründet. Die Streikenden hatten sich wohl zahlreich auf dem Plage eingefunden, doch fanden die vielen dorthin beorderten Polizeibeamten keinen Anlaß zum Einschreiten.

In der Male'schen Schuhfabrik in Berlin, Pandobergstr. 92, ist der vorige Woche durch Vergleich beendete Streik aufs neue angebrochen, weil Herr Male, wie uns von theiliger Seite berichtet wird, den Vergleich nicht eingehalten hat. Der genannte Unternehmer will sich Arbeiter von auswärtigen kommen lassen, weshalb die Ausföhrenden um Fernhaltung des Zugangs ersuchen und die Arbeiterpresse um Abdruck dieser Notiz bitten.

400 Tischler sind in Leipzig noch wegen der Maisfeier ausgesperrt. Die Fabrikanten suchen auswärtige Arbeitskräfte, u. a. auch in Berlin. Die Tischler-Berliner werden, den sind wir überzeugt, geschiedteres thun, als den Vorkäufen der Herren an der Weise zu folgen. Intelligente Arbeiter lassen sich nicht mit Letzten ein, die ohne Wimperzucken hunderte von Arbeitern auf's Klopfen setzen, wenn diese einmal im Jahre einen freien Tag haben wollen.

Wegen der Maisfeier sind in Dresden 16 Glaschleifer der Firma Kurt Zieger ausgesperrt. Sie bitten die Berufs-genossen um solidarisches Verhalten.

Die Aussperrung der Mohr'schen Arbeiter und Arbeiterinnen in Altona-Bahrenfeld dauert fort, da Herr Mohr 13 der ältesten Frauen, von welchen einige schon 16 und 18 Jahre bei ihm in Arbeit standen und seine Millionen mitgeschaffen hatten, nicht wieder in Arbeit stellte. Wir bitten die Arbeiterschaft Deutschlands, uns in jeder Beziehung zu unterstützen. Briefe sind zu richten an: J. Reifer, per Adresse H. Krell, Ottenen, Ecke Hohensack und M. Karlsruher; Geldsendungen an D. Thomsen, Gr. Rainstraße 21 part., Ottenen.

### J. A.: Die Streikkommission.

Aus Stettin wird telegraphirt, daß gestern sämtliche Schiffsarbeiter unerwartet in den Ausstand getreten wären, um höhere Löhne zu erzwingen. Sie werden das wohl nur gethan haben, weil sie Beförderung ihrer gewiß nicht rosignen Lage auf keine andere Weise hoffen dürfen.

Die Weber Reichenbachs in Schlesien haben durch Arbeitsniederlegung eine Lohnerhöhung erreicht. Es kam infolge der Vermittlung des Fabrikinspektors Löpert zu einem Vergleich. Am Montag nahmen 1200 Arbeiter die Arbeit wieder auf.

In Lübeck ist die wegen der Maisfeier erfolgte Aussperrung der Arbeiter der Koch'schen Schiffsweberst schon wieder zurückgenommen. Das Personal konnte bereits am Montag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Direktion der Werft hat wohl eingesehen, daß sie mit der Aussperrung keine Heldenthat beging, die des Lorbeers würdig wäre.

Aus Bielefeld wird in der bürgerlichen Presse berichtet: Die Streikbewegung zieht immer weitere Kreise und dehnt sich wie eine Epidemie von einem Fabriktablissement auf das andere aus, namentlich leidet darunter die Wäschebranche. Die Wirkungen derselben sind nicht lokaler Natur, sondern machen sich bereits in ganz Deutschland, also auch in unserer Gegend geltend. Denn infolge der überaus erheblichen Steigerungen der Löhne, infolge deren z. B. die Wasch- und Wälarbeiter für ein Dutzend Oberhemden sich um etwa eine Mark theurer als im Vorjahre stellt, sah sich die Bielefelder Wäsche-Industrie, um nicht geradezu ohne Nutzen zu arbeiten, gezwungen, auf alle Fabrikate eine Preisserhöhung einzutreten zu lassen; soweit sie nicht schon eingeföhrt ist, sieht dieselbe unmittelbar bevor.

Ueber den Maurerstreik in Breslau berichtet die „Voss. Zeitung“ unterm 5. Mai: Der Ausstand dehnt sich auf sämtliche Bauten aus, überall ist die Arbeit eingestellt, selbst bei Privatleuten, die ein oder zwei Mann im Hause zu Reparaturen beschäftigt haben, wird gestreikt. Im Laufe des Montags haben sich im Hauptbureau des Ausstandskomitees 1600 Gesellen als Ausföhrende eingetragen lassen.

### Die Schmiede Leipzigs stehen im Streik.

In Arnstadt i. Th. dauert der Streik in der Schuhfabrik von Görber u. Co. unverändert fort. Ein Versuch zu verhandeln wurde zurückgewiesen. Die Ausföhrenden ersuchen vor allem um strenge Vermeidung des Zugangs, dann sei ihnen der Sieg sicher. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieser Notiz gebeten.

In München streiken, nach bürgerlicher Meldung, von dem 425 Arbeiter und Arbeiterinnen umfassenden Personal der Fürstenfabrik von Penzberger u. Co. gegen 400 wegen Maßregelung eines Kollegen; den Forderungen nach höherem Lohn soll die Firma zum größten Theil entgegenkommen wollen. Die Ausföhrenden sind Mitglieder des deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Die außer der Fabrik arbeitenden 200 Einzelarbeiterinnen und Polierinnen haben sich dem Streik angeblich nicht angeschlossen.

Der Zimmererstreik in Cannstatt (Württemberg) ist beendet. Nach dreitägiger Verhandlung vor dem Gewerbegericht einigten sich die Parteien dahin, den Frieden unter denselben Bedingungen wie in Stuttgart zu schließen (s. Vorwärtsbeilage Nr. 108.) Die Arbeit wurde größtentheils gestern (Mittwoch) wieder aufgenommen.

In der Werkzeugfabrik von G. Baldauf in Stuttgart haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie verlangten an Stelle der noch eifständigen Arbeitszeit eine solche von 10 1/2 Stunden und für den Lohnausfall 5 pCt. Lohnerhöhung, außerdem 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden. Da diese Forderungen nicht bewilligt wurden, legten sämtliche 54 Mann einmüthig die Arbeit nieder.

Die Maurer und Zimmerer Mühlhausen i. G. streiken seit 4. Mai. Ihre Hauptforderungen sind der Zehnstundentag und die Abschaffung der Akkordarbeit.

Aus der Schweiz. Die Lohnbewegung der Tischler und Zimmerleute in Basel ist noch nicht abgeschlossen. Ueber 40 Baupläne und Werkstätten ist die Sperrung verhängt und etwa 50—60 Tischler und Zimmerer stehen noch im Streik. — Die Baseler Klempner sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Als Forderungen wurden aufgestellt: 15 pCt. Lohnerhöhung, Anerkennung des 1. Mai als Feiertag, obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises des Fachvereins. Den Meistern wird zur Rückäußerung acht Tage Bedenkzeit gegeben. Bei ablehnendem Verhalten soll am nächsten Sonntag der Streik erklärt werden. Die auswärtigen Klempner werden um solidarisches Verhalten gebeten. — Der Schweizerische Typographenbund hat am 24. Mai dieses Jahres seine jährliche Generalversammlung nach Zürich einberufen. Aus der Tagesordnung heben wir hervor: 1. Antrag der Sektion Luzern auf Ausarbeitung eines schweizerischen Normaltariffs. Antrag Bern betreffs Aufforderung zur Einführung der neunstündigen Arbeitszeit im Laufe des nächsten Jahres, und kräftige Agitation in allen Gebieten, wo der Verband noch nicht festen Fuß gefasht; und endlich Antrag Arnold-Basel betreffend Eingabe an den Bundesrath um Getaug hygienischer Vorschriften zum Schutze der Seher gegen Lungenschwindsucht. —

In Verbiers haben die Fabrikbesitzer ein Anschreiben an die Arbeitskommission der auswärtigen Weber gerichtet, in dem sie zwar das Zweifelhafte unbedingt aufrecht halten, aber den Arbeitern gewisse Zugeständnisse nicht versagen. Sie ersuchten die Ausföhrenden, nochmals die Sachlage zu prüfen, da die Lage der Arbeiter durch das neue System nur verbessert werde. Die Ausföhrenden haben aber, wie der „Köln. Ztg.“ gemeldet wird, am Montag beschlossen, den Ausstand fortzusetzen, da die Vorschläge der vereinigten Fabrikanten ihnen nicht genügen.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Dresden, 6. Mai. (W. Z. B.) Weiteres Steigen der Elbe wird gemeldet. Zur Zeit ist der Wasserstand 4 Meter über Null. Die direkten Anwohner sind in großer Aufregung.

Stockholm, 6. Mai. (W. Z. B.) Die erste Kammer lehnte heute mit 102 gegen 26 Stimmen den Wahlreform-Gesetzentwurf der Regierung ab. Derselbe ist damit für die Verhandlungen des jetzigen Reichstages erledigt.

Madrid, 6. Mai. (W. Z. B.) In Moskau (Provinz Sueloa) wurden durch eine in einem Tanzsaal vorföhlich angelegte Feuerbrunn 6 Personen getödtet und eine weitere Anzahl verwundet. Der Brandstifter ist verhaftet.

Alexandria, 5. Mai. (W. Z. B.) Die Cholera-Epidemie breitet sich aus; gestern erkrankten hier 17 Personen, 11 starben.



## Reichstag.

85. Sitzung vom 6. Mai 1896. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Hammerstein.

Die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betr. den Verkehr mit Butter, Schmalz und deren Ersatzmitteln, wird fortgesetzt bei § 6, welcher nach der Regierungsvorlage verbot, daß in den Räumen, woselbst Butter oder Butterschmalz gewerbmäßig hergestellt, aufbewahrt oder verpackt wird, die Herstellung, Aufbewahrung und Verpackung von Margarine oder Kunst-Speisefett stattfinden darf. Diese Bestimmung sollte aber auf den Kleinhandel nicht Anwendung finden.

Diese letztere Vorschrift hat die Kommission gestrichen und auch das Festhalten von Margarine in den Räumen, wo Butter feilgehalten wird.

Die Sozialdemokraten beantragen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Schmidt-Barburg (Z.) beantragt folgenden Zusatz: „Gastwirthe, Restaureure, Konditore und Bäcker, welche sich zur Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln der Margarine bedienen, haben solches durch augenfälligen Aufschlag in den Speise- und Verkaufsräumen ihres Gewerbes und, falls Speisegeld gefordert werden, auch durch Vermerk auf letzterem kund zu geben.“

Abg. Schmidt-Barburg (Z.) begründet seinen Antrag.

Abg. Verbert (Soz.) erklärt sich gegen den Antrag und gegen den Beschluß der Kommission; das Verbot des Feilhaltens in denselben Räumen, in denen auch Butter verkauft werde, sei unzureichend für die kleinen Städte und das platt Land, wo vielfach nur ein einziges Geschäft vorhanden sei. Das Verbot sei auch zwecklos, da Margarine schon genügend gekennzeichnet sei durch die Verpackung.

Abg. Geller (Soz.) sagt: Man scheint anzunehmen, daß die Verkäufer von Margarine sehr wohlhabende Leute sind; das ist aber durchaus nicht der Fall. Die betreffenden Geschäftsleute, welche auf die minder wohlhabende Bevölkerung rechnen, sind kleine Detaillisten, die meist mit wenigen Mitteln ihr Geschäft anfangen. Wenn sie besondere Geschäftsräume für den Verkauf von Margarine beschaffen sollen, so schädigt man sie in ihrer Existenz. Wenn die Gegner der Margarine in der Richtung des § 6 aber unbedingt etwas für nötig halten, dann sollten sie höchstens die Regierungsvorlage annehmen. Der Antrag Schmidt sei unzureichend und müsse deshalb abgelehnt werden.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder tritt für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage ein.

Abg. Benoit (fr. Vg.): Die Gesetzgebung anderer Staaten schreibt meist nur für die Herstellung der Margarine besondere Räume vor. (Zuruf: Frankreich!) Der Beschluß der Kommission sei höchstens für die großen Geschäfte in den großen Städten ausführbar, denn der kleine Kaufmann auf dem Lande müsse alles mögliche führen und vor allen Dingen neben Butter auch Margarine. Wenn man solche Bestimmungen für die Kaufleute macht, dann muß man fast annehmen, daß mindestens die Hälfte der Kaufleute Betrüger sind.

Abg. Hilbert (bayerischer Bauernbund) spricht sich für den Antrag Schmidt aus.

Geheimrath Bumm erklärt sich gegen den Antrag Schmidt, der nur zureichend sein würde, wenn Margarine das einzige Ersatzmittel für Butter wäre. Wenn nur die Verwendung von Margarine deklarirt werden müsse, so besteht keine Sicherheit, daß nicht statt der Margarine und Butter viel schlechtere Fettsäure, amerikanisches Schmalz oder etwas Ähnliches verwendet wird. Wenn der Konsument geschädigt werden soll in Gastwirthschaften, dann müsse die Verwendung von Kaffee-Erzeugnissen, von Fleisch-Extrakt u. s. w. ebenfalls unter Deklaration gestellt werden.

Abg. Graf Bernstorff (Welfe) stellt sich auf den Boden der Regierungsvorlage.

Abg. v. Völsky (L.) tritt sowohl für den Antrag Schmidt wie für § 6 ein, weil in diesen Fällen das Publikum selbst eine Kontrolle ausüben kann. Auf dem Lande ist die Durchführung des § 6 nicht schwer; Butter wird meist von den Produzenten selber verkauft. Der Händler kann sich also für Butter oder Margarine entscheiden.

Abg. v. Grand-Ny (Z.) tritt ebenfalls für den Kommissionsbeschluß ein.

Minister v. Hammerstein: Im deutschen Landwirtschaftsrath wurde 1894 von dem Referenten, der auch hier Referent ist (Abg. Rettich), ein Antrag gestellt, entsprechend dem Antrage des Abg. Schmidt. Es wurde beschlossen, darüber eine gründliche Untersuchung anzustellen. Die Untersuchung hat stattgefunden und der Antrag ist 1895 vom deutschen Landwirtschaftsrath abgelehnt worden, weil er unzureichend ist. (Hört, hört! links.)

Abg. Arzjminski (Pol.) sagt: Der Antrag ist ungerecht, weil er allein die Margarine deklarationspflichtig macht, und ungewiss, weil er nicht durchgeföhrt werden kann; denn der Nachweis der Margarine in den Saucen ist nicht möglich.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Zur Geschäftsordnung erklärt Abg. Schmidt-Barburg, daß er von der Wichtigkeit seines Antrages noch überzeugt sei, aber er wolle nicht die Annahme des Gesetzes durch seinen Antrag gefährden und ziehe ihn deshalb zurück.

In namentlicher Abstimmung wird § 6 nach dem Beschluß der Kommission mit 131 gegen 113 Stimmen angenommen; für denselben stimmen geschlossen die beiden konservativen Gruppen mit Ausnahme des Abg. Daale (Rp.), das Centrum, die Welfen und die Antifemiten mit Ausnahme der Abg. Zimmermann und Kleim-Dresden; gegen denselben die Sozialdemokraten, die Freisinnigen und die deutsche Volkspartei, die freisinnige Vereinigung, die Nationalliberalen und die Polen mit Ausnahme des Abg. von Wolzlegier-Schönfeld.

§ 7 schreibt vor, daß die Gefäße und Umhüllungen die deutliche unverwischbare Aufschrift „Margarine“ u. d. d. und außerdem den Namen oder die Firma des Fabrikanten tragen müssen, oder wenn die Waare nicht umhüllt ist, daß sie Würfelform haben muß.

Abg. v. Grand-Ny beantragt, neben der Firma des Fabrikanten auch eine die Qualität bezeichnende Fabrik-Originalmarke vorzuschreiben.

Abg. v. Poddieleski (L.): Auf die Ausführungen des Gesetzes und auf die Kontrolle wird es vor allem ankommen. Die Vorschriften des § 7 sind aber noch nicht ausreichend, es muß auch eine besondere Form der Gefäße vorgeschlagen werden; wir werden dafür in der dritten Lesung die ovale Form vorschlagen.

Minister v. Hammerstein: Vom auswärtigen Amt ist mir mitgetheilt worden, daß im englischen Parlament eine Interpellation stattgefunden hat. Dabei haben die Vertreter der englischen Regierung erklärt: Daß von 713 untersuchten Butterproben 98 sich als gefälscht ergeben haben, und zwar waren von 70 Proben deutscher Butter zweifelhaft 27 (Hört, hört! rechts), und von 139 holländischen Proben waren 56 fälschungen. (Hört, hört! rechts.) Zuruf des Abg. Weiß: Zusatz von Wasser und Salz!

Abg. v. Grand-Ny (Z.) empfiehlt seinen Antrag zum Schutze der ehrlichen Verkäufer.

Abg. Benoit (fr. Vg.) spricht sich gegen den § 7 aus, namentlich soweit die Würfelform für die Margarine und Margarineläse vorgeschrieben wird.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Wenn nicht eine Kontrollabgabe erhoben wird, dann werden die üblichen Sparmaßregeln nicht durchzuführen, daß die Aufsichtspersonen sehr sparsam angestellt werden. Die einzige Garantie für eine wirksame Kontrolle liegt darin, daß die Kontrollabgabe die Mittel dafür zur Verfügung stellt.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder erklärt sich gegen den Antrag Grand-Ny, da zwar jeder Fabrikant einen Namen oder eine Firma führt, aber nicht verpflichtet ist, eine Fabrikmarke zu führen.

Abg. Wurm (Soz.): Die Anbringung der Fabrikmarke würde verhindern, daß minderwertige Waare an den Markt kommt. Wenn Herr v. Kardorff eine Kontrollabgabe, also eine neue Steuer einführen will, so werden dadurch die Interessen der Armen nicht gefördert. Wir sind für eine scharfe Kontrolle von Sachverständigen; aber warum soll diese Kontrolle bezahlt werden von der armen Bevölkerung, welche die Margarine genießt? Eine Kontrollabgabe zum Schutze des Butterexports könnte von der exportirten Butter erhoben werden, aber nicht von der Margarine, welche die Leute essen, die keine Butter kaufen können. Die Getreidezölle sollten auch nur eine Kontrollabgabe sein und sind nachher von 50 Pf. auf 5 M. gestiegen. Die Fälschungen, die in England festgestellt sind, bestanden nicht in Margarine, sondern in dem Vorhandensein einer großen Menge von Wasser und Salz, die von den Butterproduzenten zugefügt waren. (Widerspruch rechts.) Wenn man den Butterexport befördern will, so muß eine scharfe Kontrolle eingeführt werden; die Chilianerung der Margarine allein thut's nicht.

Abg. v. Poddieleski (L.): Es wird Faktorbutter, welche künstlich mit Wasser und Salz versetzt ist, die gar nicht deutschen Ursprungs ist, unter deutscher Flagge ausgeführt zum Schaden der deutschen Produktion. Ich bin sehr für eine strenge Untersuchung der exportirten Butter.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Kontrollabgabe liegt im Interesse des arbeitenden Volkes; wenn sie nicht erhoben wird, muß das arbeitende Volk durch seine Steuern auch zur Deckung der Kontrollkosten beitragen.

Abg. Wurm (Soz.): Daß die Staatsaufgaben hauptsächlich von den arbeitenden Klassen getragen werden, ist richtig. Wir werden uns bemühen, diese Auszahlung des Herrn v. Kardorff in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen. Aber deshalb wollen wir eben keine besondere Abgabe von den Arbeitern erheben, welche sich mit Margarine begnügen müssen.

Abg. Weiß (fr. Vg.): Der Minister v. Hammerstein hätte mitteilen sollen, auf welche Art die Butterfälschungen, welche in England festgestellt sind, ausgeführt worden sind.

§ 7 wird mit dem Antrage Grand-Ny angenommen, ebenso ohne Debatte § 8, wonach auf Rechnungen, Frachtbriefen u. s. w. für Margarine u. s. w. Bescheinigungen entsprechend diesem Gesetze gebraucht werden müssen, und § 8a, welcher die Beauftragten der Polizeibehörde zur Geheimhaltung der ihnen in Folge ihrer Thätigkeit bekannt gewordenen Thatsachen verpflichtet.

Nach § 9 ist der Bundesrath ermächtigt, das gewerbmäßige Verkaufen und Feilhalten von Butter, deren Fettgehalt nicht eine bestimmte Grenze erreicht oder deren Wasser und Salzgehalt eine bestimmte Grenze überschreitet, zu verbieten.

Die Sozialdemokraten wollen das Feilhalten von Butter mit weniger als 80 pCt. Fettgehalt, 10 pCt. Wasser und mehr als 3 pCt. Salzgehalt verbieten.

Abg. Wurm (Soz.) empfiehlt diesen Antrag; man könne eine solche Vorschrift dem Bundesrath überlassen.

Abg. v. Poddieleski (L.) ist auch seinerseits einverstanden mit diesem Antrage.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder: Wenn der Antrag angenommen würde, würde er selbstverständlich auch auf die Butter Anwendung finden, welche in Hamburg verarbeitet wird.

Abg. v. Poddieleski: Eine klare Antwort ist nothwendig auf die Frage, ob dieses ganze Gesetz auch für das Freihandelsgebiet gilt.

Direktor im Reichsamt des Innern Schröder: Jedes Reichsgesetz gilt für das ganze Reichsgebiet, auch für die Freihandelsgebiete soweit nicht ausdrücklich das Gegentheil in dem Gesetze vorgeschrieben ist.

Gegen die Stimmen einiger Konservativen, Nationalliberalen und Sozialdemokraten wird der Antrag der letzteren abgelehnt und § 9 unverändert angenommen.

Den § 11, wonach dieses Gesetz keine Anwendung finden soll auf Erzeugnisse, welche zum Genusse für Menschen nicht bestimmt sind, hat die Kommission gestrichen.

Nachdem Geheimrath Bumm für die Wiederherstellung der Vorlage eingetreten ist, wird § 11 unverändert angenommen.

Die §§ 12-16 enthalten Strafbestimmungen. Wenn § 12 bemängelt.

Abg. Leuzmann die Höhe der Strafen, die nur dem Gedanken entzogen sei, daß man durch Polizei- und Strafmaßregeln Mißstände aus der Welt schaffen könne.

Abg. Bachem (Z.) spricht sich für Aufrechterhaltung der Strafbestimmungen aus.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Die Vorlage läßt solche Leute strafen, welche ihren Arbeitern die Lieferung von Butter versprochen haben, aber nachher Margarine liefern. Solche Arbeitgeber müßten ebenfalls scharfen Strafen unterworfen werden. Redner beantragt einen Zusatz in diesem Sinne.

Abg. Leuzmann: Es ist schlimm, daß solche Gesetze nicht nach der Ansicht der einzelnen Abgeordneten, sondern nach der Ansicht der Mehrheit der Parteien gemacht werden. (Wohlbekannter Widerspruch.) Wenn die abweichende Meinung zur Geltung kommen könnte, dann würde man nicht so scharfe Strafbestimmungen beschließen, wie sie die Kommission angenommen hat.

Der Antrag Mollenhuth wird abgelehnt und § 12 unverändert angenommen, ebenso die übrigen, die Strafbestimmungen enthaltenden Paragraphen.

Die Kommission beantragt ferner folgende Resolutionen: Den Bundesrath zu ersuchen: Anordnungen dahin zu treffen, daß die Zulässigkeit nach den gesundheitspolizeilichen Bestimmungen der bei der Herstellung von Margarine oder Margarineläse, Kunstspeisefett zu verwendenden Fettsäure und Oele sowie der aus dem Auslande eingeführten Margarine und des Margarineläses amtlich festgestellt werde; die verbündeten Regierungen zu bitten, dahin zu wirken, daß überall dort, wo öffentliche, beziehungsweise staatliche Untersuchungsanstalten noch nicht bestehen, solche zum Zwecke der allgemeinen Nahrungsmittelkontrolle, besonders aber zur Kontrolle von Molkereiprodukten, deren Erzeugnisse und Speisefetten eingerichtet werden und die Leitung derselben technisch gebildeten Beamten übertragen werde; daß bei dem Fehlen öffentlicher Untersuchungsanstalten, wenn möglich, diese Untersuchungen vorläufig von den landwirthschaftlichen Versuchsanstalten übernommen werden; daß zur Beaufsichtigung des Handels mit Nahrungs- und Genussmitteln, besonders mit Molkereiprodukten, deren Erzeugnisse und Speisefetten sachverständige Inspektoren angestellt werden; daß eine Verständigung unter den Regierungen der Bundesstaaten über eine möglichst übereinstimmende Organisation und Instruktion der Gesundheitspolizei herbeigeföhrt werde.

Abg. v. Poddieleski (L.) regt an, die Resolution 1 auf die Butter auszudehnen.

Die beiden Resolutionen werden angenommen. Damit ist die zweite Beratung des Margarinegesetzes erledigt.

Schluss 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Beratung des Gesetzes, betr. die Bekämpfung des unfaulteren Wettbewerbes, und der Novelle zum Genossenschaftsgesetz, sowie zweite Beratung des Gesetzes, betr. den Abgabentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal.)

## Parlamentarisches.

Zu der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch wurde in der Sitzung am Mittwoch zunächst der Versuch des Zentrums, das in Deutschland seit dem 1. Januar 1876 abgeschaffte Institut einer Scheidung von Fisch und Bett (statt dem Lande nach) wieder einzuföhren, von Erfolg gekrönt. Konservativ, Freikonservativ, von Benjamins und freisinnige Vereinigung (Schröder) stimmten folgendem neuen § 1557a gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei (Kaufmann und Mandel) und der Sozialdemokraten (Frohme und Stadthagen) zu: „Der Ehegatte, der auf Scheidung zu klagen berechtigt ist, kann statt auf Scheidung auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Verlangt der andere Ehegatte, daß die Ehe, wenn die Klage begründet ist, geschieden werde, so ist auf Scheidung zu erkennen.“ Dieselbe Mehrheit stimmte einer Reihe von Anträgen bei, die diesen in § 1557a zum Ausdruck gebrachten Gedanken näher präzisirten. Frohme und Stadthagen bekräftigten dann ihren Antrag, die die Ehe-scheidung und die Aufhebung regeln den Theile des Entwurfs zu streichen und es also bei den bestehenden Gesetzen zu belassen. Sie wiesen zur Motivirung ihres Antrages auf die erheblichen Erschwerungen, welche der Entwurf, so wie er gestaltet ist, der Ehescheidung und Ehescheidung im Gegen-satz zum geltenden Recht schaffen will. Das Centrum, dem der Entwurf noch nicht weit genug geht, erklärte, seine definitive Stellung sich bei der zweiten Lesung vorbehalten zu müssen. Der Antrag unserer Genossen wurde darauf abgelehnt. Die Kommission ging dann zur Gestaltung des 5. Titels des Familienrechts (§§ 1336 bis 1345: Wirkungen der Ehe im all-gemeinen“ über. Die §§ 1336 und 1337 des Entwurfs schlagen vor: „§ 1336: Die Ehegatten sind ein-ander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet. Stellt sich das Verlangen eines Ehegatten nach Herstellung der Gemein-schaft als Mißbrauch seines Rechtes dar, so ist der andere Ehe-gatte nicht verpflichtet, dem Verlangen Folge zu leisten.“ § 1337: „Dem Manne steht die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffende Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung. Die Frau ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des Mannes Folge zu leisten, wenn sich die Entscheidung als Mißbrauch seines Rechtes darstellt.“

Frohme und Stadthagen beantragen Streichung beider Paragraphen. Eventuell schlagen sie an Stelle des § 1337 folgende Fassung vor: „In allen das gemeinschaftliche eheliche Leben be-treffende Angelegenheiten sind beide Ehegatten gleichberechtigt. Bei Meinungsverschiedenheit über den ehelichen Aufenthalt ent-scheidet derjenige Theil, aus dessen Vermögen die Ehekosten zum größten Theil bestritten werden. Jedoch darf die Entscheidung den andern Gatten in seiner Erwerbsthätigkeit nicht schädigen. Für die Wahl des Wohnortes giebt die Entscheidung desjenigen Ehegatten den Ausschlag, dessen Beruf für die Lebensführung der Familie maßgebend ist. Ein Gatte ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des andern Theils Folge zu leisten, wenn diese Entscheidung sich als Mißbrauch des die Entscheidung treffenden Theils darstellt.“

Das Centrum beantragt unter Hinweis darauf, daß Fälle vorkommen, in denen das Versprechen kirchlicher Trauung gegeben aber nicht gehalten werde, und daß das Gesetz ausdrücklich das Verlangen ähnlicher Gemeinschaft für solchen Fall als Mißbrauch hinstellen müsse, dem § 1336 zuzufügen: „Zu der eine Ehegatte wegen eines Verschuldens des andern Ehegatten berechtigt, auf Scheidung oder auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft zu klagen, so kann er die Herstellung der häuslichen Gemeinschaft verweigern.“ Unsere Genossen begründen ihren Antrag wie folgt: „Es ist unbillig, die gegenseitigen Pflichten und Rechte der Eheleute gesetzlich festzulegen. Man gelange durch einen solchen Versuch nur zu Vorschriften, die sich nicht erzwingen lassen. Solche Vorschriften würden selbstverständlich durch die Herabsetzung der wirthschaftlichen Stellung der Frau, durch das größere Maß von Selbstständigkeit, das die Frau erlinge, und die mit der öko-nomischen Stellung der Frau in Verbindung stehende Sitte über-holt. Es könne dem Entwurf das Lob ertheilt werden, daß er nicht wie das bayerische Landrecht oder das preussische Landrecht einen kaiserlichen Kathedonimus für das Ver-halten der Eheleute aufgestellt habe. Er sei aber auf halbem Wege stehen geblieben. Er hätte den Versuch, in das Eheverhältniß durch Normen einzugreifen, überhaupt unterlassen sollen. Zu belämpfen sei insbesondere der erste Satz des § 1337: „Er soll dem Herrn sein.“ — Dies ist der Leit-saden, der dem Gesetzgeber vorgeschwebt habe. Allerdings habe der Entwurf nicht wie der oödo civil, das bairische Landrecht, das preussische Landrecht „Gehorsam“ ausdrücklich als Pflicht der Ehefrau hingestellt, habe sich auch von einer Bestimmung ferngehalten, wie sie im bayerischen Landrecht dahin enthalten sei: daß die Frau ihrem Manne zu „Diensten“ verpflichtet sei und hierzu „von ihrem Manne der Gebühr nach angehalten und benützigstenfalls ge-zwungen werden kann.“ Aber wenn — wie § 1337 des Entwurfs es wolle — dem Manne in allen freitigen Angelegenheiten gesetzlich das Recht der Entscheidung beigelegt werde, so sei damit in etwas lebenswürdigerer Form der Ehefrau die Pflicht des Gehorsams auferlegt. Wollte man überhaupt derartige Sachen durch Gesetz regeln, so müsse man nach objektiven Maßstäben für Fälle des Streits suchen — so wie es der Eventualantrag ver-sucht. Der Entwurf selbst habe ja geföhlt, daß seine Bestimmung zu einer Unterdrückung der Frau führen könne und deshalb Schutz gegen „Mißbrauch“ ver-lucht. Aber könne denn ein Richter (soll das ein Hagelohls, ein „glücklicher“ oder ein „unglücklicher“ Ehemann sein?) objektiv einer Frau gegenüber urtheilen, besser als der Ehemann entscheiden? Nach einer längeren Debatte werden die Anträge unserer Genossen gegen die Stimmen der Sozialdemo-kraten, Freisinnigen und des Polen abgelehnt, der Antrag des Zentrums wird angenommen. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag statt.

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat gestern über die Frage beraten, ob das Mandat des Abg. Köhler durch seine Ernennung zum Postagenten erloschen ist. In betracht kommt Art. 21 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß ein Abgeordneter, der ein befriedetes Reichsamt übernimmt oder in einen höheren Rang befördert wird, sich einer Neuwahl unterziehen muß. Der Referent Abg. Waffermann erörterte in eingehendem Vortrage, die Frage, ob ein Postagent als Beamter,



und ob eine Postagentur als Postanstalt anzusehen ist. Beide Fragen bejahte der Referent und stützte sich bei seinen Ausführungen auf die Postordnung, sowie auf eine Anzahl Staatsrechtlicher und entsprechende Reichsgerichtsentscheidungen, welche übereinstimmend die Postagenten als Beamte erklären.

Der Abg. Günther stellte, indem er der Ansicht des Referenten vollkommen beitrug, den Antrag, einen Regierungsvertreter aus der Postverwaltung zuzuziehen, um die Ansicht der Regierung über die Frage kennen zu lernen. Die Abgg. Dr. Pichler, Kroeber, Schmeider hielten die Zuziehung eines Regierungsvertreters für unnötig, weil es keinem Zweifel unterliege, daß bei Uebernahme einer Postagentur der Eintritt in ein besoldetes Reichsamt erfolge. Abg. Singer wies darauf hin, daß die Bezahlung der Postagenten aus einem der Reichs-Postverwaltung zur Verfügung gestellten Pauschquantum geschähe, und daß es danach doch sehr zweifelhaft sei, ob, da es sich nicht um eine etatsmäßig festgelegte Stelle handele, der Inhaber einer solchen Stelle als Beamter anzusehen sei. Dieser Ansicht wurde entgegengehalten, daß es keinen Unterschied ausmache, in welcher Weise die Befolgung erfolge. Der Antrag, einen Regierungsvertreter zuzuziehen, wurde abgelehnt und einstimmig beschlossen, dem Reichstage zu empfehlen, das Mandat des Abg. Köhler durch seine Anstellung als Postagent als erloschen zu betrachten.

## Zweiter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 6. Mai 1896.

Die heutige Vormittags-Sitzung wird von Timm-Berlin eröffnet und geleitet.

Auf Vorschlag Legien's tritt der Kongreß zunächst in Punkt c der Aufgaben der Generalkommission „Streikunterstützung und Streikstatistik“ ein. Referent ist

v. Elm-Hamburg: Die Generalkommission hat ein Regulative für einen Streikunterstützungs- und Referendonsfonds ausgearbeitet. Berufene und unberufene Kritiker haben sich darüber hergemacht. Wir haben Statistiken über Streiks aufgenommen und gefunden, daß eine Gewerkschaft für sich allein einen Streik niemals durchführen kann. Selbst die besser organisierten Arbeiter, die Buchdrucker, konnten das nicht. Der Gedanke an einen Streikreservefonds, der von allen Gewerkschaften gebildet wird, liegt also sehr nahe. Wir müssen im Frieden für den Krieg rüsten und Munition für den Kampf sammeln. Eine gefüllte Kriegskasse ist das beste Mittel, die Streiks zu verhindern, denn haben wir Geld, werden die Fabrikanten Respekt bekommen und sich zehnmal bedenken, ehe sie den Kampf bis auf Messer aufnehmen. Es steht fest, die 5 Pf. können besser verwandt werden, wenn sie in eine allgemeine Kasse fließen, als wenn sie bei den einzelnen Gewerkschaften bleiben. Jetzt herrscht ein System der wilden Streiks, mit dem je eher je besser aufgeräumt werden muß. Die organisierte Arbeiterklasse muß dagegen Stellung nehmen. Deshalb schlagen wir die Bestimmung vor: Unterstützung erhalten nur diejenigen, die 26 Wochen einer Organisation angehören. Mit dem Appellieren an die allgemeine Solidarität geht es nicht weiter. Die wahre Solidarität besteht für den Arbeiter darin, daß er sich seiner Organisation anschließt. Wer keiner Organisation angehört, dem bestreite ich das Recht, das Wort Solidarität im Munde zu führen. (Sehr gut!) Mit dem Sammelsystem kommen wir auf die Dauer nicht weiter. Der Ertrag der Sammlungen wird schon geringer; ganz natürlich, denn es sind immer wieder dieselben organisierten Arbeiter, die ihre Taschen aufknöpfen müssen. Den regellosen wilden Streiks muß ein Ende gemacht werden. Der Konfektionsarbeiter-Streik hat ein lehrreiches Beispiel gegeben. Im Organ der Schneider waren 15 000 M. Unterstützung quitiert und der größte Teil dieser Summe war nicht von den Schneidern, sondern von den Arbeitern anderer Berufe aufgebracht. Dieser Mangel an Solidarität ist für die Schneider beschämend. Auf die Gefährdung dürfen wir die Schneider und Konfektionsarbeiter nicht verdrängen. Was nützen denn die wilden Streiks den Organisationen? Ist der Streik vorüber, so dauert es nicht lange, so zieht sich einer nach dem andern wieder zurück. Schließlich bleibt wieder nur der alte gute Stamm, der in begeisterungsfähiger Ueberzeugung immer zählt und wieder zählt und sammelt und sammelt. Ist die Zeit da, wo die anderen wieder etwas aus der Kasse zu ziehen hoffen, dann wird ein Streik gemacht und dann rüst man wieder die allgemeine Solidarität an. Das kann aber nicht so weiter gehen, die Organisationen müssen dagegen Front machen. Wir fordern, um eine Sprengung des Fonds zu verhüten, daß bei größeren Angriffsstreiks eine Verständigung mit der Generalkommission zu suchen ist. Wir beabsichtigen damit nicht jeden Streik zu kontrollieren, oder über jeden Streik zu Gericht zu sitzen. Es soll nur planmäßig vorgegangen werden. Die Streikpläne sollen nicht der Öffentlichkeit preisgegeben werden. Bei Streiks muß rasch gehandelt werden, aber unser Vorschlag wird dieses rasche Handeln nicht hindern, von bürokratischem Geist ist unser Vorschlag nicht diktiert. Wir haben weiter vorgeschlagen, daß die Generalkommission vor Beginn oder während eines Streiks die Vermittlerrolle zwischen den streikenden Theilen übernehme. Auch dieser Vorschlag ist stark bescholten worden. Man hat der Generalkommission das Verständnis für alle einschlägigen Verhältnisse abgesprochen. Deshalb heißt es in unserem Antrage auch nur, die Generalkommission kann, nicht sie muß. Es braucht auch kein Mitglied der Generalkommission sein, es kann ein Beauftragter der Generalkommission sein. Aber er muß eine Macht repräsentieren, er muß etwas hinter sich haben. Dann werden auch die Unternehmer mit sich verhandeln lassen. Unsere Vorschläge sind neu, deshalb sind sie auch so heftig angegriffen worden, aber die Kritik hat leider auch zum Theil mit unlauteeren Mitteln gekämpft. Das System ist in der Schweiz schon erfolgreich eingeführt. Kritizieren Sie unsere Vorschläge, aber das Grundprinzip der Zentralisation der Streikmittel muß anerkannt werden. Wir wollen die Solidarität in die Praxis einführen. Wir sind überzeugt, daß unser Vorschlag durchführbar ist. Derjenige, der nichts zählt, soll auch nichts erhalten; mit dem Gnade für Recht ergehen lassen muß es aufhören. Wir können nicht schroff vorgehen, müssen dabei immer die Verhältnisse berücksichtigen. Wir wollen Organisation mit unserem Antrage unter die Arbeiter bringen, denn wir halten die Organisation für das einzige Mittel, die elende Lage der Arbeiter zu verbessern. (Beifälliger Beifall.)

Mehrere Anträge, welche sich auf die am 1. Mai verdienten Lohnbeträge und deren Verwendung zum Streikfonds, sowie auf Sammellisten beziehen, die nur dann Gültigkeit haben sollen, wenn sie von Gewerkschaftsorganisationen abgestempelt sind, werden mit zur Debatte gestellt.

In der Diskussion erhält zunächst das Wort: Leipzig - Stuttgart: Die Generalkommission hat mit ihrem Antrage den Boden der realen Wirklichkeit verlassen und sich in die luftigen Höhen menschenfreundlicher Herzengut gemeinter aber nicht durchführbarer Pläne begeben. Zunächst stimmt schon die rechnerische Veranschlagung nicht, sie stellt an die Solidarität der einzelnen Gewerkschaften zu hohe Ansprüche. Redner weist an der Hand eines großen Zahlenmaterials nach, daß die Gewerkschaft der Holzarbeiter sehr schlecht bei der Rechnung der Generalkommission — die letzten zehn Jahre in Rechnung gezogen — gefahren wäre. Die Mehrzahl der Organisationen wird von dem System der freiwilligen Beiträge nicht abgeben können. Auf die Beiträge der Nichtorganisierten können wir nicht verzichten. Der Referendonsantrag ähnelt sehr der großen Industrieverbandsidee, in diesem Falle bilden viele Schwache noch immer kein großes Ganzes.

Blocke-Berlin: Genosse Elm hat sich über die Kritik beschwert. Ist die Generalkommission unfehlbar, dann brauchen wir ja gar keine Kongresse. Der Antrag der Generalkommission ist unannehmbar. Eine annähernd sichere Berechnung kann meiner Ansicht nach überhaupt nicht aufgestellt werden. Wenn man auf dem Standpunkt steht, nur mit gefüllter Kasse und mit vorzüglicher Organisation kann ein Streik gemacht werden, dann wird ein Streik überhaupt unmöglich sein, denn die indifferenten Arbeiter bekommen wir so leicht nicht in die Organisation. Zum Streik gehört vor allem die Einigkeit. Wenn Elm auf die Einigkeit in Kottbus hinwies, so kann sie daher, daß der Schlag alle traf, alle also einig sein mußten. Ob aber die Konjunktur eine günstige war, ist doch sehr fraglich. Denn bei günstiger Konjunktur hätten die Fabrikanten nicht alle ausgespart. Beide Dinge, Einigkeit und gute Konjunktur müssen aber zusammenfallen, soll der Sieg ertönen werden. Ich halte die Höhe der Beiträge nicht für durchführbar. Die meisten Organisationen können kaum die jetzigen Beiträge aufbringen, so schwer haben sie zu kämpfen.

Käppler-Altenburg erklärt sich gegen die Bildung des Streikfonds.

Faber-Berlin polemisiert gegen Leipzig, der den Standpunkt des nackten Egoismus vertreten habe. Durch einen Streikfonds könnten allmählich, nicht von heute auf morgen, Streiks vorbereitet werden, bei denen ein günstiger Ausgang erwartet werden kann.

Krüger-Dresden: In meiner Gewerkschaft sind die Meinungen über den Streikfonds getheilt, ich selbst aber bin gegen die neue Einrichtung. Ich halte die lokalen Streikfonds für nothwendiger als den Zentralfonds, denn es kommen sehr häufig kleine Streiks vor. Für den Zentralfonds fehlen unter diesen Umständen die Mittel.

Jacobsen-Berlin: Allzu großen Werth soll man auf einen Fonds von 600 000 oder 1 000 000 Mark nicht legen. Es existieren in Berlin 36 000 Metallarbeiter, würden diese zum größten Theile der Organisation angehören, so würde das auf die Kühnemänner einen weit größeren Eindruck machen, als wenn in Deutschland ein Streikfonds von 1 Million Mark bestünde. Wir wollen uns nicht auf undurchführbare Pläne einlassen, sondern lieber erst an dem Ausbau unserer Organisationen weiter arbeiten.

Will-Hamburg erklärt sich im Namen der Hasenarbeiter gegen den Streikfonds.

Gebel-Bergedorf kann namens der Gewerkschaft der Glasarbeiter keine bestimmte Erklärung abgeben.

Saupe-Magdeburg: Ein Streikfonds würde die Streiks vermehren, die Streiklust würde wachsen, wenn die Leute nicht nur mit ihren eigenen Mitteln zu rechnen haben. Der Kommission würden zu weit gehende Vollmachten gegeben. Der Reim zu neuen Streitigkeiten sei damit von neuem gelegt. So sympathisch der Vorschlag an sich sei, seine Gewerkschaft müsse sich ablehnend verhalten.

Bömelburg-Hamburg nimmt die Redaktion des „Grundstein“ gegen die Vorwürfe des Genossen v. Elm in Schutz. Die Opposition gegen den Streikfonds ist aus pekuniären Gründen bei dem jetzigen Stande der Gewerkschaftsbewegung vollständig berechtigt. Die Bewegung würde nur geschädigt werden.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird die Diskussion über den Streikfonds fortgesetzt.

Maffini-Berlin: Redner bedauert, daß es noch nicht möglich sei, die geplante Streikunterstützung zur allgemeinen Einführung zu bringen. Nur gut fundirte Klassen zwingen den Unternehmer, zu unterhandeln. An dem Grundsatze aber muß festgehalten werden, nur wer bezahlt hat, kann Unterstützung verlangen.

Simon-Berlin hält die Idee des Streikfonds für undurchführbar. Die Barbieren könnten keine höheren Beiträge aufbringen.

Brinmann-Hamburg: Elms Rede war im wesentlichen eine Polemik gegen Zeitungsstimmen. Schließlich wird sich überhaupt kein Blatt mehr finden, das über Gewerkschaftsangelegenheiten schreibt. Ueber die Gewerkschaftsbewegung ist wenig gesprochen worden. Auf den Stand der englischen Gewerkschaften werden wir niemals kommen. Die Organisation ist bei uns nur ein Theil der Gewerkschaftsbewegung. Die Sache ist nicht so schlimm wie sie aussieht. Wir haben dieses Frühjahr 16 Lohnbewegungen im Zimmerergewerbe gehabt und trotzdem noch nicht unsere eigenen Streikfonds in Höhe von 45 000 Mark aufgebracht. Wir können das Geld besser verwalten als die Generalkommission und werden deshalb gegen den Streikfonds stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Das Schlusswort erhält v. Elm-Hamburg. Er beginnt: Die Debatte hat gezeigt, daß ein Verständnis für den Streikreservefonds bei den einzelnen Gewerkschaften noch nicht vorhanden ist und geht dann auf die Meinungen der einzelnen Redner näher ein. Die laze Auffassung gegenüber dem Streikbrechertum müsse einer schärferen weichen, das Streikbrechertum energischer wie bisher belämpft werden. Am meisten streikten die nichtorganisierten, am wenigsten die organisierten Arbeiter. Das viele Streiken würde bei Stärkung der Organisationen bald aufhören. Der Redakteur des „Grundstein“ habe mit direkten Unwahrheiten operirt und gegen diese unschöne Art der Kritik, die demagogisch sei, habe er sich gewandt. (Der Vorlesende rügt den Ausdruck demagogisch gegen den abwesenden Redakteur des „Grundstein“.) Daß der Vorschlag der Generalkommission hier nicht die Mehrheit erlangen würde, war voraus zu sehen, die Generalkommission hielt es aber für nothwendig, diese Frage hier zu erörtern. Der Antrag sei einer von den Bägeln, die unter allen Umständen wiederkommen. Es muß etwas Großes, Allgemeines geschaffen werden, an dem die streikenden Arbeiter einen Rückhalt haben. Wir bedauern die Ablehnung, sind aber überzeugt, daß auf späteren Gewerkschaftskongressen ähnliche Anträge aus der Mitte der Gewerkschaften selbst kommen werden.

Zur Abstimmung, die eine namentliche ist, wird § 1 des Vorschlags der Generalkommission gestellt:

„Zur Unterstützung der Streiks wird ein Streikreservefonds gebildet, dessen Verwaltung die Generalkommission, getrennt von ihren sonstigen Einnahmen zu führen hat.“

§ 1 wird mit 107 Stimmen gegen 18 Stimmen abgelehnt, 13 Delegirte fehlten bei der Abstimmung.

Damit wird der ganze Vorschlag der Generalkommission als abgelehnt betrachtet.

Angenommen wird hierauf ein Antrag des Verbandes der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Celle): Bei Streiks sind sämtliche Sammellisten von dem am Streikorte bestehenden Gewerkschafts-tarntell zu stempeln.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Döblin-Berlin erstattet hierauf namens der Redaktionskommission Bericht. Er schlägt ein Statut für die Spitze der Gewerkschaften vor, das sehr umfangreich ist, in der Hauptsache sich aber von dem alten Statut der Generalkommission nur insofern unterscheidet, als in dem neuen Statut statt der Bezeichnung „Generalkommission“ die Bezeichnung „Gewerkschaftsausschuß“ gewählt ist. An die Stelle der bisherigen sieben Mitglieder der Generalkommission sollen künftig fünf Mitglieder des Gewerkschaftsausschusses treten, denen zur Unterstützung von den Zentralvorständen der Gewerkschaften, die am Sitz des Ausschusses eine Verwaltungsstelle haben und regelmäßig an den Ausschuss Beiträge zahlen, je ein Vertreter beigegeben wird. Der Beitrag der einzelnen Gewerkschaften wird von 5 Pfennig auf 3 (drei) Pfennig pro Quartal und Mitglied

herabgesetzt. Wichtige kurze Publikationen sollen im „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ gratis weiterverbreitet durch sämtliche Gewerkschaftsblätter veröffentlicht werden. Dem Ausschuss steht das Recht zu, ein nach Bedarf erscheinendes Publikationsorgan herauszugeben. Die Gewerkschaftskongresse sollen nach Bedarf mindestens aber alle drei Jahre einberufen werden. Zur Theilnahme an den Kongressen sind sämtliche Zentralorganisationen und solche Lokalorganisationen berechtigt, die verhindert sind, sich central zu organisieren. Die Delegirtenzahl soll thunlichst beschränkt werden, für je 3000 Mitglieder soll ein Delegirter gewählt werden. Keine Gewerkschaft soll mehr als sechs Delegirte, keine Gewerkschaften einen Delegirten wählen. Wichtige Anträge sollen durch die Zahl der durch die Delegirten vertretenen Mitglieder entschieden werden.

Ueber den Antrag der Kommission wird abschließend abgestimmt.

Die Bezeichnung Gewerkschaftsausschuß wird mit Stimmen-gleichheit (56 gegen 56) abgelehnt. Es bleibt bei der Bezeichnung Generalkommission.

Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission wird auf fünf festgesetzt.

Es wird ferner beschlossen:

Zur Unterstützung der Gewerkschaften wird von den Zentralvorständen der Gewerkschaften, die regelmäßig Beiträge an den Ausschuss zahlen, je ein Vertreter ernannt. Die Zuziehung dieser Vertreter zu den Beratungen der Generalkommission hat nach Bedarf, mindestens aber alljährlich einmal zu erfolgen. Am Anfang einer Geschäftsperiode der Generalkommission sind in einer gemeinsamen Sitzung eine Geschäftsordnung für die Generalkommission, die Verteilung der Rollen und eventuelle Befolgungen und Remunerationen festzusetzen. Auch die berechtigten Lokal-Organisationen haben Stimme in der oben bezeichneten Vertretung.

Der Vorsitzende theilt noch mit, daß die Berliner Buchdruckeri-Hilfsarbeiter heute, Mittwoch, in den Ausstand eingetreten sind, weil ihre Forderung, der Neunhunderttag, nicht bewilligt worden ist, und schließt daraus die heutige Sitzung.

Nächste Sitzung Donnerstag früh 8 Uhr.

Wichtigstellung. Nicht der Genosse Simon, sondern der Genosse Marcus-Erfurt hat am Dienstag bei der prinzipiellen Abstimmung gegen den Zusammenschluß der Gewerkschaften in einer gemeinsamen Vertretung gestimmt.

In dem Schlusswort des Genossen Schlick vom Dienstag muß es heißen: „daß ihn nur sachliche Bedenken bei seiner Stellung geleitet hätten.“

## Lokales.

Die Zeitungspedition für Wilmersdorf befindet sich bei den Frauen Klüber, Sigmaringenstr. 34, und Heinemann, Sigmaringenstr. 35. Dasselbe ist außer dem „Vorwärts“ die gesamte übrige Parteiliteratur zu beziehen.

Die Agitationskommission der Berliner Bureau-Angestellten hat dem Vorstand des Berliner Anwaltsvereins z. B. des Herrn Justizrath Leo ein Regulative zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der bei Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern beschäftigten Personen zur Stellungnahme unterbreitet. In dem beigefügten Anschreiben werden die in dem Regulative aufgestellten Forderungen eingehend begründet. Nach einer Statistik vom Jahre 1893 über die in der hiesigen Orts-Krankenkasse versicherten, bei Rechtsanwälten, Notaren und Gerichtsvollziehern beschäftigten Personen waren 77 pCt. derselben 14 bis 25 Jahre alt und nur 23 pCt. über 25 Jahre alt. Die Ausnutzung jugendlicher Arbeitskräfte steht hier beispiellos da. Entsprechend dieser Ausnutzung sind auch die Lohnverhältnisse. Nach einer Statistik, welcher die eigenen Angaben der Herren Arbeitgeber zu Grunde liegen, erhalten 242 Berliner Rechtsanwalts-Bureauvorsteher ein Durchschnittsgehalt von 26,31 M. pro Woche. Die geringsten Löhne betragen 7, 8, 9, 10 M. u., die höchsten und mit geringen Ausnahmen, 35 M. Die niedrigsten Löhne werden nicht etwa nur an jüngere Leute gezahlt. So erhält z. B. ein 34-jähriger Bureauvorsteher 7 M., ein 46-jähriger 11 M., ein 63-jähriger 14 M. pro Woche! 184 Kanzlisten, über 25 Jahre alt, erhalten ein Durchschnittsgehalt von 15,44 M. pro Woche; 876 Kanzlisten ein Durchschnittsgehalt von 11,50 M.; 170 Personen im Alter von 17 Jahren erhalten pro Woche 7,63 M., 260 im Alter von 16 Jahren 5,80 M. und 324 im Alter von 14—15 Jahren 3,75 M. pro Woche Durchschnittslohn! Die höchsten Lohnsätze der letzten 1913 Personen betragen mit Ausnahme von vielleicht 10 Fällen 23,50 M. die Arbeitszeit beträgt nominell 9 Stunden, wobei die Bezahlung der Ueberstunden die seltene Ausnahme bildet.

In dem Regulative wird gefordert eine Regelung der Lehrlings-Skala, für jeden Angestellten ein Gehalt, welches mindestens die Höhe des ortsbüchlichen Tagelohnes gewöhnlicher Arbeiter in Berlin erreicht, für jeden Bureauvorsteher mindestens ein Gehalt von 1/3 dieses Lohnes, eine tägliche achtstündige Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden, Wegfall der Sonntagsarbeit, Regelung der Kündigungsverhältnisse, Stellenvermittlung durch eine zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bildende Arbeitsnachweis-Kommission, sowie bessere hygienische Einrichtungen. Die Agitationskommission ist bereit, mit einer Kommission der Arbeitgeber in Verhandlungen zu treten.

Die Sterblichkeit in den näheren Vororten Berlins stellte sich 1895, verglichen mit 1894, folgendermaßen:

|                   | Gestorbene (ohne Todgeborene) |             |           |      |      |      | Todesgeborene |     |
|-------------------|-------------------------------|-------------|-----------|------|------|------|---------------|-----|
|                   | unter 1 Jahr                  | über 1 Jahr | überhaupt | 1894 | 1895 | 1894 |               |     |
| Charlottenburg    | 938                           | 784         | 1947      | 1091 | 2285 | 1875 | 116           | 101 |
| Schöneberg        | 426                           | 324         | 452       | 459  | 878  | 763  | 60            | 49  |
| Rixdorf           | 821                           | 661         | 741       | 558  | 1562 | 1219 | 85            | 104 |
| Niederschönhausen | 412                           | 380         | 465       | 411  | 877  | 791  | 28            | 33  |
| Weißensee         | 472                           | 424         | 276       | 251  | 748  | 675  | 38            | 42  |
| Uebrige Orte      | 1043                          | 917         | 1324      | 1214 | 2967 | 2131 | 88            | 124 |
| Zusammen          | 4112                          | 3490        | 4605      | 3964 | 8717 | 7454 | 415           | 453 |

Wie weit die Zunahme der Sterbefälle von 1894 zu 95 durch die Zunahme der Bevölkerung verursacht ist, läßt sich schwer beurtheilen, da die Bevölkerung der Vororte für die zwischen den Volkszählungen liegenden Jahre nur sehr unsicher bekannt ist. (Das vom „Gesundheitsamt“ beobachtete Abschlagsverfahren ist durch die Ergebnisse der letzten Zählung als sehr wenig brauchbar dargelegt worden.) Daß aber das Mehr an Sterbefällen in den Vororten nicht allein auf die Bevölkerungszunahme zurückzuführen ist, darf nach dem Beispiel Berlins, wo die Sterblichkeitsziffer (Verhältnis der Sterbefälle zur Bevölkerung) von 1894 zu 1895 thatsächlich erheblich gesunken ist, als sicher angenommen werden. Für die Sterblichkeit der Säuglinge (unter 1 Jahr alt) ist es unabweisbar. Auf 100 lebend Geborene des Jahres starben 1895 (bzw. 1894) in Charlottenburg 22,8 (21,2), Schöneberg 21,6 (18,6), Rixdorf 20,9 (25,6), Niederschönhausen 31,5 (32,1), Weißensee 33,2 (31,9), in den übrigen Orten 27,9 (25,6), in allen näheren Vororten 27,2 (24,8) Säuglinge. Diese Verhältniszahlen geben zwar kein ganz zutreffendes Bild, da die Zahl der lebend Geborenen eines Jahres sich ja nicht mit der mittleren Zahl der in dem Jahre lebenden Säuglinge deckt, aber sie deuten doch darauf hin, daß die Säuglingssterblichkeit 1895 in den meisten Vororten höher gewesen sein muß, als 1894. Eine besonders hohe Säuglings-Sterblichkeit hatten in beiden Jahren



die vorwiegend von einer armen Bevölkerung bewohnten Orte Rixdorf, Lichtenberg, Weissensee. Von den Todesursachen kommen in den Vororten, ähnlich wie in Berlin, für Kinder die akuten Darmkrankheiten, besonders Brechdurchfall, für Erwachsene die akuten Erkrankungen der Athmungsorgane und Lungenschwindsucht als wesentlich in Betracht. Es starben an:

|                | akut. Darm-<br>krankheiten |      | Brech-<br>durchfall |      | at. Erkrant.<br>der Athm-<br>Organe |      | Lungen-<br>schwindsucht |      |
|----------------|----------------------------|------|---------------------|------|-------------------------------------|------|-------------------------|------|
|                | 1895                       | 1894 | 1895                | 1894 | 1895                                | 1894 | 1895                    | 1894 |
| Charlottenburg | 415                        | 320  | 210                 | 178  | 313                                 | 265  | 174                     | 185  |
| Schöneberg     | 154                        | 107  | 105                 | 69   | 120                                 | 81   | 78                      | 75   |
| Rixdorf        | 413                        | 322  | 195                 | 146  | 257                                 | 180  | 123                     | 188  |
| Lichtenberg    | 229                        | 178  | 112                 | 78   | 121                                 | 114  | 64                      | 61   |
| Weissensee     | 262                        | 175  | 120                 | 71   | 109                                 | 117  | 27                      | 25   |
| Weitere Orte   | 428                        | 338  | 327                 | 185  | 264                                 | 258  | 207                     | 248  |

Zusammen | 1901 | 1440 | 1069 | 727 | 1154 | 1045 | 608 | 682

Ein sehr trübes Bild bieten Rixdorf, Lichtenberg und Weissensee, wenn man sie mit Schöneberg und Charlottenburg vergleicht, wobei zu beachten ist, daß bei der Zählung von 1895 Charlottenburg 182 393, Schöneberg 62 677, Rixdorf 59 941, Lichtenberg 30 901, Weissensee (Alt- und Neu-) 27 084 Einwohner hatte. Besonders lehrreich ist eine Vergleichung Rixdorfs mit dem etwa eben so großen Schöneberg. Die Unterschiede erklären sich natürlich zum Teil daraus, daß die Bevölkerungen nicht nur nach dem Alter, sondern auch nach Beruf und sozialer Lage verschieden zusammengesetzt sind.

**Zur Ueberfüllung der Gemeindeforschulen,** besonders der unteren, wird in der „Voss. Ztg.“ behauptet, daß die Schulen mit stark besetzten Klassen gerade an der Peripherie liegen, wo die Bevölkerung am schnellsten wächst, und daß nur das als Ursache der starken Besetzung anzusehen sei. Das trifft nicht zu, wenigstens nicht so allgemein, wie es behauptet wird. Es giebt in Berlin eine ganze Reihe Gemeindeforschulen, die in ländlich bebauten und bewohnten Stadtteilen liegen und trotzdem noch heute eben so überfüllt sind, wie seit vielen Jahren. Die Ueberfüllung hat eben viel weniger mit einem unerwartet schnellen Wachstum der Bevölkerung einzelner Stadtteile zu thun als mit dem durch Sparsamkeitserückblicken diktierten Prinzip, möglichst große Schulen zu bauen. Die Unterschiede in der Besetzung der Schulen erklären sich meist sehr einfach daraus, daß die einen von vornherein größer angelegt sind als die anderen, sowohl in der Zahl der Klassenzimmer pro Schule als auch in der Zahl der Plätze pro Klasse. Für die Größe der Anlage ist aber in der Regel nicht das augenblickliche oder für später zu erwartende Bedürfnis, sondern der Umfang des in der betreffenden Gegend gerade verfügbaren Grundstücks maßgebend gewesen. Weniger die Schultechnik als die Bautechnik haben darüber bestimmt, wieviel Kinder die Schulen und Klassen aufnehmen haben. Wenn aber die Räume einmal in einer bestimmten Größe vorhanden sind, so will man sie auch füllen. Ein unerwarteter Anbruch zu neuen Schulen infolge plötzlicher Bevölkerungszunahme kann in Berlin schon deshalb nur zu den Seltenheiten gehören, weil hier Gemeindeforschulen auf Zuwachs überhaupt kaum gebaut werden. Neue Schulgebäude sind meist voll, sowie sie der Benutzung übergeben werden. Man eilt ja bei Bevölkerungszunahme nicht voraus, sondern kommt in der Regel sehr langsam hinterhergehint, nachdem man sich erst Jahre lang mit gemieteten Räumen, die nach ihrer Anlage nicht für Schul-, sondern für Wohnzwecke bestimmt sind, oder mit fliegenden Klassen beholfen hat. So hat z. B. die 162. Schule mit meist über 20 Klassen und über 1000 Kindern 8 Jahre lang in der Weissenburgerstraße Mietshäuser innegehabt, die, nachdem diese Schule endlich ein eigenes Gebäude erhalten hatte, nicht etwa aufgegeben, sondern der neu errichteten 200. Schule mit ungefähre derselben Frequenz überwiesen wurden.

**Bei der Stadtverordneten-Gratwahl** im 30. Gemeindeforschulbezirk dritte Abtheilung wurde, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, am Dienstag des freireichigen Kandidat, Direktor Dr. Gerstenberg, mit 642 Stimmen gewählt gegen den Kandidaten der Bürgerpartei, Redakteur Dr. Bachler, der 263 Stimmen erhielt. Unsere Parteigenossen hatten sich der Wahl enthalten.

**Aus Rixdorf** wird uns geschrieben: Gleichwie am 1. Mai in der Neuen Welt haben die Gendarmen auch schon einige Tage früher, nämlich am 26. April in den Victoria-Sälen das Eintrittsgeld einer zum Zwecke des Austritts aus der Landeskirche abgehaltenen Versammlung beschlagnahmt. Sie fanden 6 Mark und 50 Pf. Der Einbrucher mußte zwecks Feststellung seiner Persönlichkeit mit aufs Amt; auf die dort an die preussischen Beamten gerichtete Frage, zu welchem Zweck denn mit einem Male die Zellerfassung in Rixdorf sei, erhielt er die echt preussische Antwort, daß er das schon bei seiner Vernehmung erfahren werde. Auf die gegen diese neueste That sofort erhobene Beschwerde hat der Einbrucher bis jetzt noch keine Antwort erhalten.

**Statistisches aus Rummelsburg.** Während der Monate Januar bis März 1896 befanden sich im städtischen Arbeitshaus in Rummelsburg durchschnittlich täglich von den Korrigenden 1613 Personen, von den Hospitalitäten 383 Personen; unter Hinzurechnung der durchschnittlichen Kapazität von 195 Zöglingen des Erziehungshauses waren im Durchschnitt täglich 2201 Personen von der Arbeitshausverwaltung verpflegt. In der Schule des Arbeitshauses erhielten am 31. März cr., an welchem Tage die Bevölkerungsziffer des Hauses 2213 Personen betrug, 18 jugendliche Hülflinge Unterricht.

**In Alt-Ostende** ist, wie wir schon kürzlich gemeldet haben, bis jetzt kein einziges Lokal für Arbeitervereinigungen zu haben. Trotzdem unterstützen Berliner Arbeitervereine zum Theil die dortigen Wirthe; so ist am vorigen Sonntag bemerkt worden, daß ein Verein im Lokal von Esz verkehrte. Die Parteigenossen werden nochmals dringend ersucht, auf die Zustände in Alt-Ostende ihr Augenmerk zu richten.

**Das Simon Vlad'sche Vermächtniß** an die Stadtgemeinde Berlin wird, wie gemeldet wird, nun doch noch die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigen. Ausschlaggebend hierfür war die Bestimmung des Testaments, wonach dem Verbläster auf einem hervorragenden Platze des städtischen Friedhofes zu Friedrichsfelde ein besonderer Bestattungsplatz — selbstverständlich auf ewige Zeiten — eingeräumt werden soll. In dieser Bestimmung erblickt man — entgegen der von anderer Seite geltend gemachten Ansicht, daß jene Bestimmung keine „Anlage“ im Sinne des Gesetzes darstelle — doch eine Verpflichtung für die Stadtgemeinde, bezüglich deren die Gemeindevertretung gehört werden muß. Erst wenn die Stadtverordneten-Versammlung sich mit der Annahme des Vermächtnisses einverstanden erklären sollte, wird die Genehmigung des Kaisers zum Antritt der Erbschaft nachgesucht und die Angelegenheit dann der städtischen Schul- und der Kunst-Deputation überwiesen und das Stiftungsstatut ausgearbeitet werden können.

**Das Städt. Prügelpädagogik,** das die Lehrerin Anna Passfeld in der Oberlinschule, Frankfurter Allee, an einem zweieinhalbjährigen Kinde verübt hat, bleibt ungeführt. Wir berichteten über die That in der Nummer vom 17. April und knüpften an die Mittheilung von dem abweisenden Bescheide, den die Mutter des gemißhandelten Kindes auf ihre Anzeige vom Staatsanwalt erhalten hatte, die Hoffnung, daß der Oberstaatsanwalt die eigenthümliche Anschauung seines Untergebenen fortrügen werde. Dies ist leider nicht geschehen. Der Oberstaatsanwalt hat der Mutter auf deren weitere Beschwerde in einer vom 1. Mai datirten Zuschrift geantwortet:

„In dem Ermittlungsverfahren wider die Lehrerin Anna Passfeld von hier wegen Körperverletzung H. S. IV. B. 2999, 96 vermag ich die unter dem 17. April 1896 erhobene Beschwerde nicht für begründet zu erachten, da nicht für festgestellt zu erachten ist, daß Fräulein Passfeld bewußter Weise ihr Züchtigungsrecht überschritten hat, um ihr Kind zu mißhandeln, oder diejenige Aufmerksamkeit und Ueberlegung außer Augen gefeßt hat, die man von einem vernünftigen Menschen unter den gegebenen Verhältnissen erwarten dürfte. Auch das ärztliche Attest vom 7. März 1896, das ich wieder beifüge, läßt nicht erkennen, daß die von Ihnen beanstandete Maßregel außerhalb des erzieherischen Zweckes gelegen hat.“

Es wäre interessant zu erfahren, bis zu welchem Grade sich eine Lehrerin des Vergessens der Körperverletzung an einem unverständigen und weheloßen 2½-jährigen Kinde schuldig machen darf, sobald sich nach Ansicht des Staatsanwalts nicht erkennen läßt, daß die Maßregel außerhalb des erzieherischen Zweckes gelegen hat oder unter Außerachtlassung der zu erwartenden Ueberlegung verübt worden ist. Nach gewöhnlichem Menschenverstande ist die mit Ueberlegung vollführte Mißhandlung bislang immer für strafwürdiger erachtet worden, als die im Affekt begangene.

Die Mutter ist hier nicht im Besitze der Mittel, die zu einer Privatklage gegen die Lehrerin erforderlich sind. Mithin dürfte diese einem Kinde im zartesten Alter mit einem H o r r o r Verletzungen überaus empfindlicher und erkennbarer Natur beibringen, ohne daß ihr nur ein Haar gekämmt wird.

**Wie die Direktion der Gewehrfabrik in Spandau die Arbeiter zu Patrioten ausbildet.** Am gestrigen Mittwoch kam der deutsche Kaiser wegen der Bataillonsvorstellung nach Haselhorst bei Spandau. Aus diesem Grunde ist den Arbeitern der königlichen Gewehrfabrik die Mittagspause verlegt worden. Während die Pause sonst von 12 Uhr bis 1½ Uhr währt, hat man sie für diesen Tag auf die Zeit von 11½ Uhr bis 1 Uhr festgesetzt. Um 12½ Uhr hatten aber sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen zum Abmarsch nach Haselhorst anzutreten, um dort Spalier zu bilden. Das schönste jedoch ist, daß die Arbeiter bis jetzt völlig im unklaren darüber gelassen sind, ob sie für die halbe Stunde, die sie zu gedachtem Zweck von ihrer Mittagspause zu opfern hatten, auch eine Entschädigung erhalten.

**Elektrische Bahnen.** Die Firma Siemens u. Halske hat jetzt sowohl dem Polizeipräsidenten als auch dem Magistrat die Spezialentwürfe zur Anlage einer elektrischen Straßenbahn mit oberirdischer Stromzuführung von der Warschauer Brücke bis zum Zentralviehhof, wozu bekanntlich die grundsätzliche Genehmigung bereits ausgesprochen worden ist, zur Prüfung unterbreitet. Der Einheitsfahrpreis für diese Linie ist auf 10 Pf. festgesetzt. — Ein neues elektrisches Straßenbahn-Projekt, welches die Herstellung einer Verbindung zwischen Spandau und Berlin bezweckt, hat der Maurer- und Zimmermeister Bender dem Magistrat, insofern das Berliner Gebiet in Frage kommt, unterbreitet. Die 12,8 Kilometer lange Bahn soll an der Berliner Brücke zu Spandau ihren Anfang nehmen, die Chaussee nach Haselhorst verfolgen und dann auf der Straße Königsdamm bis zur Seestraße (Berlin) weiter geführt werden. Die südlich dieser Linie belegenen Stationen der Ringbahn: Jungfernhaide in 1500 Meter und Beusselstraße in nur 300 Meter Entfernung sollen ebenfalls mit in das Bereich der neuen Bahn gezogen werden.

**Von „Kiepling's Berliner Verkehr“**, dem bekannten rothen Besenbüchlein, ist die Sommer-Ausgabe (30 Pf.) erschienen. Die überflickel nach den Bahnen geordneten Eisenbahn-Jahrespläne sind derartig erweitert, daß sie für Touren in der Mark Brandenburg und den angrenzenden Gebieten vollkommen ausreichen; auf den Verkehr mit der Gewerbe-Ausstellung ist besondere Rücksicht genommen. Eine Ergänzung des Buches bildet „Kiepling's Taschenplan von Berlin“ (kleine Ausgabe 20 Pf., große Ausgabe 30 Pf.).

**Der amtliche Führer durch die Berliner Gewerbe-Ausstellung** ist, 228 Seiten stark, zum Preise von 50 Pf. in handlichem Format erschienen. Das Buch giebt dem Besucher der Ausstellung manchen nützlichen Fingerzeig. Der redaktionelle Theil ist nach amtlichen Quellen von Herrn Max Horwitz, dem Leiter des offiziellen Prehureaus der Ausstellung, verfaßt. Es ist der einzige Führer, welcher innerhalb der Ausstellung verkauft werden darf.

**Heber Vornholm**, das liebliche Eiland in der Ostsee, hielt Herr Goerke am Dienstag Abend in der Urania in der Invalidenstraße einen Projektions-Vortrag, welcher durch zahlreiche Photographien erläutert wurde. Herr G. hat Vornholm im vorigen Sommer besucht und ein außerordentlich reichhaltiges Material mitgebracht, indem er die verschiedenen landschaftlichen Bilder, welche die klippigen Küsten und das innere Plateau bieten, mit Hilfe der photographischen Kammer festgehalten hat. Die einfache schlichte Art, in welcher er seine Eindrücke schilderte und die in Projektion vorgeführten Photographien erläuterte, brachte einen angenehmen Eindruck hervor; sind die Naturanschauungen Vornholms auch nicht mit der Pracht der Alpenwelt zu vergleichen, welche uns vor einigen Wochen in dem Vortrage über die Jungfernbahn an derselben Stelle vorgeführt wurde, so üben sie doch einen eigenthümlichen Reiz durch die abwechslungsreichen Bilder des ruhigen und bewegten Meeres und der die See überragenden und von ihr umflossenen Klippen aus, so daß der Abend ein recht lohnender ist.

**Der gegenwärtige Jahrmak „Frankfurter Linden“** ist von 882 Verkäufern besetzt, von denen 638 aus Berlin und 244 von außerhalb sind. Unter den Verkäufern befinden sich 63 Schuhmacher, ein Riemen-, 11 Seiler-, 54 Korbmacher, 60 Wäcker-, 89 Stellmacher, 3 Kupferschmiede, 72 Holzmaaren-Händler und 137 Töpfer. Bei den Korbmachern, Wäckern und Stellmachern überwiegen die Berliner, bei den Schuhmachern, Holzmaaren-Händlern und Töpfern die von außerhalb gekommenen. Im vorigen Jahre hatten sich 842 Verkäufer eingefunden, darunter 260 fremde Händler.

**Von Anwohnern der Huttenstraße** erhalten wir folgende Zuschrift: Eine der am meisten vernachlässigten Straßen ist die unfruchtliche, welche bekanntlich im äußersten Nordwesten die Verlängerung der Thurnstraße bildet. Obgleich seit Jahren bewohnt, ist sie beim Reguliren gänzlich vergessen worden. Im Winter ist vor Schmutz kaum hindurch zu kommen, so daß schon mancher Wagen stecken geblieben ist, und im Sommer kann man bei dem geringsten Wind vor Staub kaum die Augen öffnen. Von Weingien und Besprengen dieser Straße ist ebenfalls keine Rede. Wann denkt der Magistrat an Abhilfe?

**Der Gemeindevorsteher von Rixdorf** hat sich mit der Bitte an den hiesigen Magistrat gewendet, seinerseits die Genehmigung zum Bau und Betrieb der elektrischen südlichen Vorortbahnen, soweit dieselben Berliner Gebiet betreffen, ebenfalls baldigst zu ertheilen, da von dieser Genehmigung der Beginn der Bauausführung dieser Straßenbahnen abhängig sei.

**Die Jenissinal-Brückenwaage** der königlichen Maßbwaage am Petriplatz muß einer baulichen Veränderung wegen vom 11. bis einschließlich dem 22. Mai d. J. außer Betrieb gesetzt werden. Die Deziimal-, Schenkel-, Gold- und Silberwaagen daselbst können weiter benutzt werden.

**Im öffentlichen Fuhrwesen** Berlins befanden sich am 31. März d. J. 7858 Droschken, darunter 4831 erster Klasse, 2086 zweiter Klasse, 161 Gepädröschken; 399 Omnibusse, darunter 68 der Nacht-Omnibus-Kompanie gehörig; 229 Throrwagen, 1370 Pferdeisenbahnwagen, insgesamt 9356 dem öffentlichen Verkehr dienende Gefährte.

**In der an der Berlin-Görlitzer Eisenbahn** belegenen Villenkolonie Eichwalde ist am 1. Mai d. J. eine Postagentur

in Wirklichkeit getreten, welche die Bezeichnung Eichwalde (Kreis Teltow) erhalten hat. Zum Landbestellbezirk von Eichwalde gehört die Gemeinde Schmöckwitz, sowie die Villenkolonie Carolinenthor. Briefsendungen pp. sind daher dementsprechend zu adressiren.

**Der erste Unglücksfall** nach Eröffnung der Ausstellung hat sich am Dienstag zugetragen. Im Haupt-Ausstellungsgebäude gerieth eine als Verkäuferin daselbst angestellte sechzehnjährige Dame in die Räder einer Rangelholzmachine und zerquetschte sich den Arm hierbei. Sie wurde in ein Krankenhaus gebracht.

**Wie ist die Zeitung doch so interessant!** Verschiedene Ordnungsblätter bringen die Neugierde, daß der neue Polizeipräsident v. Windheim jetzt reiten gelernt habe. Bei der Eröffnung der internationalen Kunstausstellung sei er bereits in Stiefeln mit Sporen erschienen. Die Kunstausstellung ist ja auch ganz der Ort für Sporenstiefel.

**Ein Massengrab** aus der Zeit der französischen Belagerung von Köpenick ist zwischen Bahnhofs Köpenick und Hirschgarten beim Ausschachten eines neuen Vauterrains freigelegt worden. Man fand so viel Knochen, daß zwei Leiwies damit gefüllt wurden, außerdem Ueberreste von Waffen und Geräthen.

**Der Kreuzdamm der Markgrafen- und Kochstraße** wird wegen der Gleisverlegungs-Arbeiten von 6. d. Mts. ab und die Artilleriestraße von der Linden- bis zur Auguststraße wegen der Umpflasterung vom 8. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Eugen Friedmann**, der frühere Direktor der Immobilienbank, ein Vetter Fritz Friedmann's, ist am Sonnabend auf Antrag seiner Verteidiger ohne Kaution aus der Haft entlassen worden, da sich die Beweisaufnahme für ihn bisher günstig gestaltet hat.

**Eine Befehung.** Zum Christenthum übergetreten ist der an der Forstakademie in Eberswalde studierende Japaner Vicomte Matsudate. Seine Taufe erfolgte im Dorfe Brodowin durch den evangelischen Pfarrer.

**Als Leiche** wurde der seit vier Wochen als vermißt gemeldete 21-jährige Arbeiter Karl Hofert aufgefunden. Er hatte vor vier Wochen mit mehreren Freunden einen Ausflug nach Schildhorn unternommen, sich dort von ihnen getrennt und, wie später festgestellt wurde, allein eine Gombelfahrt unternommen; hierbei ist er jedenfalls verunglückt und ertrunken.

**Witterungsübersicht vom 6. Mai 1896.**

| Stationen. | Barometer-<br>stand in mm.<br>reduirt auf<br>b. Meeressp. | Windrichtung | Windstärke<br>(Stala 1-12) | Wetter    | Temperatur<br>nach Celsius<br>(°C. = 40° F.) |
|------------|---|--------------|----------------------------|-----------|--|
| Ewinemünde | 765   | N            | 4                          | bedeckt   | 7  |
| Hamburg    | 767   | WS           | 2                          | bedeckt   | 9  |
| Berlin     | 765   | WS           | 3                          | bedeckt   | 8  |
| Wiesbaden  | 767   | N            | 1                          | wolkenlos | 10   |
| München    | 766   | NO           | 3                          | heiter    | 7  |
| Wien       | 764   | WS           | 2                          | bedeckt   | 9  |
| Saparanda  | 762   | WS           | 4                          | wolkenlos | 8  |
| Petersburg | —   | —            | —                          | —         | —  |
| Cort       | 771   | NO           | 1                          | bedeckt   | 13   |
| Aberdeen   | 773   | N            | 2                          | bedeckt   | 13   |
| Paris      | 767   | NO           | 3                          | wolkenlos | 8  |

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 7. Mai 1896.**  
Theils heiteres, theils wolloses, am Tage etwas wärmeres Wetter mit mäßigen nördlichen Winden ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

## Theater.

**Im Nationaltheater** wurde am Dienstag Goethe's „Faust“ gegeben. Leider nur theil in einer Darstellung, die selbst den geübtesten Anforderungen, die man von vornherein an diese Bühne stellt, auch nicht entfernt genügt. Es war ein Herr Treu vom Stadttheater zu Konstanz hergekommen, um den Faust uns vorzuführen. Keiner frage, wie das geschah. Mit einem solchen Manne hätte sich der Teufel wahrlich nicht lange abgegeben; nach der ersten Umrundung würde er diesen Hergemüthler ruhig dem alten Hergott und den biederen Erzengeln überlassen haben. Nicht einmal richtig auswendig gelernt hatte Herr Treu seine Rolle. Der Kuriosität habe ich erwähnt, daß die Hergemüthler zum Trost von einem heiseren Rammstilde dargestellt wurde; es erinnerte bedenklich an Fritz Busch, als das beschunnderte Weissen wie toll auf seinem Besenstiel herumritt. Ganz passabel wäre Herr Siegfried Bruch als Mephisto gewesen, wenn ihn nicht gar zu arg die Sucht geplagt hätte, möglichst humorvoll zu erscheinen; so übertrieb der Künstler in der Gartenzene im Verein mit seiner Partnerin Hedwig Verbrand ganz bedenklich. Ein braves Gretchen war Fräulein Clara Leo. Ihr Spiel war ungelinst und dennoch zart abgethan, und wenn die Stimme der jungen Dame auch beim Ausdruck des Schmerzes und der Verzweiflung an Kraft einiges vermissen ließ, so klang der Ton doch innig und naturwahr. Die Regie suchte mit unzureichenden Mitteln zu leisten, was möglich war.

## Geriichts-Zeitung.

**Wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen** durch Behauptung erdichteter und entstellter Thatsachen wurde am Mittwoch der verantwortliche Redakteur der hier erscheinenden polnischen Arbeiterzeitung „Gazeta Robotnicza“, Johann Pichocki, vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. In ihrer Nummer vom 14. März brachte die genannte Zeitung einen Artikel „Preussischer Kataklysmus“, an den jeder, der nicht ins Gefängnis kommen will, glauben muß.“ In dem Artikel war in der Form von Frage und Antwort eine Satyre auf den Militärstaat gegeben und es wurden Seitenhiebe gegen das von den Polen gehasste Preußen ausgeübt. So hieß es u. a.: „Wozu schuf Gott den Menschen? Antwort: Um Soldat zu werden und das Repetirgewehr zu tragen! — Frage: Woraus besteht der Mensch? — Antwort: Aus Leib und Moutur. — Frage: Wozu gab Gott dem Menschen den Leib? — Antwort: Damit er ihn zum Ziel für Geschütz- und Kanonenschiffe hergebe.“ In dem gleichen Frage- und Antwortspiel wurden weiter als „preussische Glaubenssätze“ hingestellt: „daß der Herrgott die Erde für die Preußen geschaffen habe“, „daß die Sonne nur leuchte, damit die Soldaten beim Schießen besser sehen können“, „daß Fürst Bismarck auf die Erde gekommen ist, um die Preußen aus der Bedrückung durch die Polen zu erretten“, „daß jeder bestraft werden muß, welcher singt, daß Polen noch nicht verloren sei“ etc. Der Angeklagte wies darauf hin, daß der Artikel aus einem amerikanischen Wochenblatte abgedruckt und von ihm lediglich als ein Scherz aufgefaßt worden sei. Der Staatsanwalt hielt die Thatbestandsmerkmale des § 131 für gegeben, da der Artikel erdichtete Thatsachen aufstellte, welche geeignet seien, das Heer als Staatseinrichtung verächtlich zu machen. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Rechtsanwält Herzfeld bestritt dagegen auf grund vorliegender Reichsgerichts-Erkenntnisse, daß hier überhaupt von „Thatsachen“ die Rede sein könne und beantragte daher die Freisprechung. Der Gerichtshof schloß sich der Auffassung des Verteidigers dahin an, daß es sich bei dem Artikel nicht um Thatsachen, sondern um einen mehr oder weniger schlechten Witz handele und er sprach deshalb den Angeklagten frei.



Die erbärmliche Demütigungsucht wegen angeblicher Majestätsbeleidigung geht noch immer weiter. Ein drastisches Beispiel dafür, wie Nachsicht häufig die einzige Triebfeder zu solchen Anzeigen ist, beschäftigte am Mittwoch die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Die Arbeiterfrau Auguste M o g e l, welche sich wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten hatte, wohnte mit der Maurerfrau Mathilde K i r s c h e in der Gleimstraße in einem Hause zusammen. Die mehrjährige Freundschaft zwischen den Frauen ging in die Brüche und wandelte sich in bittere Feindschaft um, die in verschiedenen Privatbeleidigungs-Klagen ihren Ausdruck fand. Speziell war Frau Kirschke zweimal von der Angeklagten verklagt worden. Da erinnerte sich Frau Kirschke, daß die Angeklagte einmal eine Beleidigung des Kaisers ausgesprochen habe, sie erzählte davon anderen Personen und der Maurer August Lichtenberg brachte am 6. März d. J. die angeblich im Juni v. J. (1) begangene Majestätsbeleidigung zur Anzeige. Danach sollte sich die Angeklagte mit der Frau Kirschke im Juni freundschaftlich unterhalten haben; bei der Unterhaltung soll das Gespräch auf die Kirchenwahlen gekommen sein und die Angeklagte soll hierbei eine beleidigende Äußerung über den Kaiser gethan haben. Frau Kirschke beschwor, daß diese Äußerung gefaßt sei, während die Angeklagte die Beschuldigung als Erfindung bezeichnete. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erachtete bei der ganzen Sachlage die Beschuldigung einer einzigen Person nicht für ausreichend, sondern erkannte auf Freisprechung der Angeklagten.

Eine sehr eingehende Beachtung verdient der Armenkommissionsvorsitzer Ludwig Wieneke, Steinmehstraße 82. Er fungierte gestern in einer Beleidigungssache als Zeuge vor der 135. Abtheilung des Schöffengerichts und erklärte, daß er als Inhaber des ihm von der Stadt anvertrauten Ehrenamtes nur mit Böbel zu thun habe, der natürlich keine garliche Behandlung beanspruchen könne. Die Arbeiterfrau L., welche sich in der erwähnten Verhandlung wegen Beleidigung des Armenvorsitzers zu verantworten hatte, war als Bittstellerin zu diesem gekommen, und zwar wünschte sie aus der Armenliste eine Brille für sich zu erhalten, da sie ohne eine solche nicht mehr ihre Arbeit zu verrichten vermöchte. Die Angeklagte hat mehrere Vorstrafen wegen Diebstahls erhalten, sie besitzt einen Mann, der wöchentlich den Hungerlohn von 10 M. verdient. Noch ihrer nur zu glaubhaften Darstellung, die sie dem Vorsitzer gab, reichte dieser Lohn aber für die große Familie nicht aus und wenn sie sich nicht wieder auf die Spießbücherei legen, sondern fernherhin ehrlich bleiben wollte, so müßte sie zu verdienen; zum Erwerb der notwendigen Brille reichte aber das Geld nicht aus. Als die Angeklagte sah, daß ihre inständigen Bitten nichts fruchteten, da der Armenvorsitzer auf dieselben nur ein entschiedenes „Nein“ hatte, äußerte sie sich dahin, daß der Vorsitzer schon ihre Mutter sehr unschön behandelt habe und belegte ihn dann nach seiner Ausfuge mit Schimpfwörtern und Beleidigungen. Wieneke brachte die Angeklagte aus seiner Wohnung hinaus. Nach deren Äußerung soll der Vorsitzer sie hierbei äußerst hart am Arm gepackt haben, und das von ihr beigebrachte Altes, welches sie sich hierüber von einem Arzt hatte ausstellen lassen, spricht denn auch von einer recht erheblichen Druckstelle, welche die Angeklagte am Arme hatte. Der Staatsanwalt meinte selbstverständlich mit dem Gerichtshof, daß den Armenvorsitzern bei ihrem „schwierigen“ Amte ein besonderer Schutz gewährt werden müsse und daß daher die Strafe nicht zu niedrig bemessen werden könne. Der Staatsanwalt beantragte 1 Woche Haft, der Gerichtshof erkannte sogar auf 1 Woche Gefängnis. Allem Anschein nach war aber dem Armenkommissions-Vorsitzer Wieneke auch diese Strafe für die Angeklagte noch nicht hoch genug, denn er fragte, ob nicht Verurteilung gegen das Urtheil einlegen könne!

Vielleicht bietet sich unsern Parteigenossen im Rathhause einmal Gelegenheit, die Angelegenheit dieses Armenkommissions-Vorsitzers zu erörtern.

Schwere Mißhandlungen eines kleinen Kindes führten die Mechaniker-Gefrau Pauline Woinar auf die Anklagebank der 9. Strafkammer am Landgericht I. Im April v. J. gab die unverheiratete Menschel ihr anderthalbjähriges Kind, welches sie bisher in Sachsen untergebracht hatte, der Angeklagten gegen Entgelt in Pflege. Da die Mutter nach Berlin übergesiedelt war, so wollte sie auch ihr Kind in der Nähe haben, um es öfter besuchen und sehen zu können. Dieser Wunsch der Mutter erfüllte sich aber nicht, denn so oft sie auch zu der Angeklagten kam und bat, ihr ihr Kind zu zeigen, Frau Woinar hatte regelmäßig Ausschüfte, durch welche sie verhinderte, daß die Mutter das Kind zu sehen bekam. Mehrere Monate war diese so hingehalten worden, als sie schließlich recht energisch darauf bestand, daß ihr das Kind gezeigt würde. Wer beschreibt ihr Entsetzen, als ihr dasselbe schließlich übergeben wurde und sie statt des fröhlichen, blühenden Kindes ein armseliges, fiesches Wesen erblickte. Sie nahm es natürlich der Angeklagten sofort ab und brachte es zum Josephshospital in der Pappel-Allee. Die Vorsteherin dieses Instituts, Fräulein Zauchert, veranlaßte die Untersuchung des Kindes durch den Dr. Vertram, und dieser stellte fest, daß das arme kleine Geschöpf in der haarsträubendsten Weise mißhandelt worden sein mußte. Der ganze Körper des Kindes war mit Beulen und braunen und blauen Flecken bedeckt; auf dem einen Arm allein zeigten sich elf dunkle blutartige Striemen. Dieser Sachverständige stellte mit Professor Dr. Strahmann in der Verhandlung fest, daß derartige systematische Mißhandlungen eines kleinen Kindes bei längerer Andauer im Stande seien, das Leben zu gefährden. Der Staatsanwalt meinte zwar, daß man von einer „Engelmacherei“ bei der Angeklagten nicht sprechen könne, die bedeutende Gefährlichkeit derselben verdiene aber eine recht harte Strafe. Er beantragte 1 Jahr Gefängnis und die sofortige Verhaftung der Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängnis, nahm jedoch von der Verhaftung Abstand, da er Furchtverdacht nicht für vorliegend erachtete.

Eine im Auslande begangene Straftat führte gestern die ehemalige Ballettänzerin Frida T u c h vor die 121. Abtheilung des Schöffengerichts. Im Juni v. J. gehörte die Angeklagte zum Personal eines kleinen Zirkus, dessen Inhaber Wöhnen bereite. In dem Städtchen Reichendach hatte besonders das weibliche Personal viel von der dortigen Straßenszene zu leiden. Die ungezogenen Plagen hatten entdeckt, daß ein kleiner Hofjambau, der mit dem Zirkus in Verbindung stand, dem weiblichen Personal als Ankleideraum diente. Man bohrten sie Löcher in die Holzwand und suchten etwas von den inneren Vorgängen zu erfahren. Den Damen war dies unangenehm. Als die Angeklagte wieder einmal bei der Toilette war und ein schwaches Geräusch an der Außenwand hörte, ließ sie sie mit der Brauseseife, die sie gerade in der Hand hielt, durch eines der gebohrten Löcher. Ingleich ertönte drinnen ein lauter Ausschrei. Ein zehnjähriger Knabe hatte sein rechtes Auge gegen die Öffnung gehalten und war von der Brauseseife, die zum Glück nicht heiß war, getroffen worden. Das Auge wurde schwer verletzt, die Sehraft blieb aber erhalten. Die Angeklagte gab den Sachverhalt unumwunden zu, sie bestritt aber, daß sie sich die Folgen ihrer unbedachten Handlungsweise überlegt und auch nicht gewußt habe, durch welches der vielen Löcher ein Neugieriger spähte. Der Staatsanwalt brachte den dolus eventualis zur Anwendung und beantragte gegen die Angeklagte wegen vorsätzlicher Körperverletzung eine Geldstrafe von 40 M. Der Gerichtshof hielt nur eine Fahrlässigkeit vorliegend, die mit einer Geldstrafe von 15 M. hinreichend gefahret sei.

Der Prozeß gegen den Bernsteinwaaren-Fabrikanten Westphal wegen verleumderischer Beleidigung gegen mehrere Beamte des landwirtschaftlichen Ministeriums, des Königsberger Regierung, des Obergerichts Breslau und des Geheimen Kommerzraths Becker, in Firma Stantien und Becker in Königsberg in Pr., hat am Mittwoch vor der Strafkammer des Landgerichts Stolp in Pommern begonnen. Den Vorsitz des Gerichtshofes führt Landgerichts-Direktor Wahrenberg. Die Anklagebehörde vertritt erster Staatsanwalt Settegast. Als Vertreter der Nebenkläger ist Rechtsanwalt Dr. Seelig aus Königsberg i. Pr. erschienen. Die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Sello-Berlin und Sieg-Kummelsburg i. Pomm. Der Vorsitzende macht den Angeklagten darauf aufmerksam, daß aus Anlaß der Uebersendung der inkriminierten Denkschrift an den Handelsminister und Landwirtschaftsminister auch wegen weisentlich falscher Anschuldigung erkannt werden kann.

Die internationale völkerverfreiende Sozialdemokratie. Das Schöffengericht zu Budau bei Magdeburg hatte am 15. November 1895 die Genossen Gerlach-Halberstadt, Jähle-Fernersleben, Göcke-Groß-Otterleben und Ritsch-Magdeburg wegen groben Unfugs bestraft. Ritsch sollte die strafbare Handlung durch Erwähnung der Emser Depesche begangen haben, die übrigen waren beschuldigt, ein Hoch auf die „internationale, völkerverfreiende Sozialdemokratie“ ausgebracht zu haben. Im Strafmaß war das Gericht nicht gerade zurückhaltend gewesen, denn Göcke hatte für ein Hoch sechs Wochen, Jähle für zwei Hochs zwölf Wochen Haft bekommen, während die beiden anderen je mit drei Wochen davon gekommen waren. Auf die Verurteilung der Angeklagten hatte das Landgericht am 15. Januar d. J. alle freigesprochen bis auf Jähle, dem wegen eines Hochs auf die „revolutionäre“ Sozialdemokratie 2 Wochen Haft belassen worden waren. Im übrigen hatte das Gericht in der Hervorhebung des internationalen und völkerverfreienden Charakters der Sozialdemokratie eine Beunruhigung des Publikums nicht sehen können. Dagegen hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt, und diese wurde am 4. Mai vor dem Oberlandesgericht zu Rammburg verhandelt. Die Staatsanwaltschaft vertrat den Standpunkt, daß jedes öffentliche Anreizen zu sozialdemokratischen Bestrebungen durch Hochs eine reißverlethende Handlung sei, die das Publikum belästige. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft im Termine hielt eine längere Rede, worin er erklärte, bei dem bekannten Charakter des Zukunftsstaates wäre es ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie ihn auf gezieltem Wege anstreben könne, selbst wenn sie es wolle, und deshalb sei jede öffentliche sozialdemokratische Kundgebung beunruhigend, auch wenn sie keine Hindernisse auf eine gewaltsame Revolution enthalte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine aus Berlin hielt ihm entgegen, daß die Staatsanwaltschaft bei dieser Auffassung eigentlich auch jeden verfolgen müsse, der für die Sozialdemokratie agitire oder seine Gesinnung durch Wahl eines sozialdemokratischen Abgeordneten kundgäbe und zwar müßte konsequenter Weise eine solche That dann nicht als grober Unfug, sondern als Vorbereitung zum Hochverrath betrachtet werden. Durch diese Konsequenz richte sich die staatsanwaltschaftliche Auffassung von selber. Allerdings sei die Umbildung der Gesellschaft ein Ziel der Sozialdemokratie, aber deswegen sei in der Betretung dieser Ziele nichts Beunruhigendes zu erblicken, denn die Gesellschaft bilde sich ohnedies fortwährend und täglich um. Es komme auch nicht darauf an, ob der Staatsanwalt bei seiner unkontrollirbaren Kenntniss vom Zukunftsstaat die Befürchtung habe, früher oder später könnte es einmal zur Gewalt kommen, sondern erheblich sei, ob für die Gegenwart die Vertretung sozialdemokratischer Ziele irgendwie geeignet sei, den Gedanken an bedrohliche Gewaltmittel hervorzurufen. Das dies nicht der Fall gewesen sei, habe der Berufsrichter ohne Rechtsirrtum festgestellt, indem er in den Worten „international“ eine Anspielung auf das friedliche Zusammenwirken der Nationen und in dem Worte „völkerverfreiend“ die Tendenz zu geschwähtiger Fortentwicklung der Volksgemeinschaft gefunden habe.

Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und wies die staatsanwaltschaftliche Revision zurück.

Auf eine milde Strafe für Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange hat das Landgericht München I. erkannt. Es verurtheilte am Dienstag den Matrosen Lindner von Kolbermoor, der am 9. März d. J. den Einjährig-Freiwilligen Hauser von Gundremmingen durch einen Messerschlag ins Herz getödtet hatte, wegen Körperverletzung mit nachgefolgtem Tod zu drei Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr beantragt.

### Versammlungen.

In einer sehr gut besuchten Versammlung der Buchbinder und Berufsgegnossen, die den großen Keller'schen Saal bis auf den letzten Platz füllte, behandelte der Verbandsvorsitzende Dietrich aus Stuttgart das Thema: Was haben wir zu thun, um eine längere Arbeitszeit und höhere Löhne zu erringen? Nach einem Ueberblick über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung: Rückgang des Kleingewerbes, Anwachsen des Großbetriebes und damit zusammenhängend Zunahme der Hausindustrie und der Frauenarbeit zeigte der Referent an der Hand einer Lohnstatistik aus den Jahren 1892 und 1894, daß die Löhne in diesem Zeitraum um 10-12 pSt. gesunken sind, und daß gegenwärtig Wochenlöhne von 5-6 M. für weibliche, solche von 12-16 M. für männliche Arbeitskräfte häufig vorkämen, höhere Löhne dagegen eine Seltenheit seien. Als Mittel zur Verbesserung dieser unzureichenden Lohn- und Arbeitsbedingungen empfahl der Redner, da der einzelne dem Unternehmertum machtlos gegenüberstehe, den Anschluß an die Organisation. Lebhafter Beifall folgte dem agitatorisch wirkenden Vortrage, wonach eine sehr animirte Diskussion gepflogen wurde, in der verschiedene Redner im Sinne des Referenten sprachen. Allgemeine Verwunderung erregte ein junger Mann, der gegen die Organisation sprach, weil dieselbe seiner Meinung nach zu hohe Beiträge fordere, auch für ihre Mitglieder noch keine besseren Löhne erreichte habe. Der betreffende wurde von den nachfolgenden Rednern entsprechend abgefertigt. Eine Resolution, in der sich die Versammelten verpflichten, durch Anschluß an die Organisation eine baldige Besserung ihrer Lage herbeizuführen, fand einstimmige Annahme. Der Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission wurde der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Der Central-Verband der Zimmerer beschäftigte sich in der Generalversammlung am 3. d. M. mit der Abrechnung vom 1. Quartal. Danach betrug die Einnahme der Hauptkasse 168 724 M., die der Lokalkasse 1080,81 M. Die Ausgabe stellt sich auf 1183,98 M., mithin ist ein Defizit von 108,82 M. vorhanden. Die Abrechnung vom Kommerz, der zu Ehren der Delegirten zum Provinzialverbandstag abgehalten wurde, ergab einen Ueberschuß von 17,34 M. Dieser Betrag wurde der Agitationskommission überwiesen. Ein Gewerkschaftlicher erwiderte man zunächst interne Angelegenheiten. Ein Unterstützungsgesuch wurde dem Vorstand überwiesen. An die wegen der Kaiserer Gemahlsregelung wurde das Ersuchen gerichtet, dies sofort der Lohnkommission mitzutheilen. Bei dem Zimmermeister Schmidt sind bereits sämtliche Zimmerer am Donnerstag wegen der Kaiserer entlassen. Der Bau befindet sich Justirburgerstraße. Ferner warnte man die Zimmerer, in Paris Arbeit zu nehmen. Bringmann-Damburg referirte alldem über: „Was Lehren und die diesjährigen Lohnbewegungen“. An der Diskussion betheiligten sich Radzuhn, Peterreit, Stehr, Heuter, Göde, Börlig

und Simon-Weissensee. Die Pflicht, zu dem Unterstützungsfonds beizutragen, wurde aufgehoben, ein jeder möge freiwillig nach Kräften dazu beitragen. Diejenigen, die nicht gefreist haben, müssen im Besitz von 18 Markten à 30 Pf. sein. Wer noch nicht im Besitz obiger Marken ist, kann das Verfaßte nachholen. Mit der energischen Aufforderung, die 9 Stunden und 55 Pf. Minimallohn hochzuhalten, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (Zentrale Berlin I) hielt am 4. Mai eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Stomte-Bielefeld über die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung referirte. Reicher Beifall lohnte dem Redner am Schluß seiner Ausführungen. Hierauf brachte der Vorsitzende die vom Gewerkschaftskongreß angenommene Resolution, den Boykott der Mohr'schen Margarine betreffend zur Kenntniss der Mitglieder, die sich auch verpflichteten, nach Kräften zur Durchführung des Boykotts beizutragen. Die Versammlung tabelte sehr entschieden das Verhalten der Kollegen, welche bei Ausbruch des Klavierarbeiterstreiks in den betreffenden Fabriken die Arbeit fortsetzten. Ein Antrag Piel, den streikenden Klavierarbeitern 50 M. zu bewilligen, wurde nach kurzer Debatte angenommen; desgleichen ein Antrag Koboldt, den jeweiligen ersten Vorsitzenden zu beauftragen, sämtliche Pflichten, die die Zentrale den Behörden gegenüber zu erfüllen hat, unter seiner Verantwortung auszuführen.

Die streikenden Musikinstrumenten-Arbeiter waren am Mittwoch Nachmittag in einer Anzahl von etwa 3000 Personen im Saale der Brauerei Friedrichshain versammelt. Nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Agitationsrede des Genossen Ad. Hoffmann, der den Gedanken ausführte, daß die Arbeiter nur aus eigener Kraft und durch einiges Zusammenhalten eine Besserung ihrer Lage erreichen können, theilte Krenndt mit, daß der Stand der Lohnbewegung im allgemeinen unverändert sei und als recht günstig angesehen werden müsse, da von den 5000 Arbeitern, die in der Branche beschäftigt sind, 3000 im Streik stehen, während ungefähr 1000 Arbeiter in 22 Fabriken, die die Forderungen bewilligt haben, in Arbeit stehen. Diese Fabriken gehören dem Fabrikantenring nicht an. Vier Firmen mit 70 bis 80 Arbeitern, die schon bewilligt hatten, haben ihr Wort wieder zurückgezogen, vermutlich, weil sie dem Ring beigetreten sind. Der Streik umfaßt gegenwärtig fast alle Fabriken; auch Arbeiter, die 20-30 Jahre auf einer Stelle beschäftigt waren, haben sich der Bewegung angeschlossen. Nach Lage der Sache sei also ein siegreicher Ausgang des Streiks gewiß. Die Ausführungen der nachfolgenden Redner und die Stimmung der Versammelten ließ erkennen, daß die Streikenden vom besten Geiste befeelt und willens sind, den Lohnkampf unter allen Umständen siegreich durchzuführen. Unter anderem wurde mitgetheilt, daß auch der Hirsch-Lunder'sche Gewerksverein sich mit dem Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik solidarisch erklärt und beschlossen hat, seine streikenden Mitglieder zu unterstützen, sowie diejenigen, welche in Fabriken, wo die Forderungen gestellt, aber nicht bewilligt sind, trotzdem weiterarbeiten, aus dem Verein auszuschließen. Am Schluß der Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammelten verpflichten sich, fest und treu auf ihre Forderungen zu beharren und den Lohnkampf mit aller Energie so lange zu führen, bis ein voller Sieg errungen ist.

### Vermischtes.

Einer groben Majestätsbeleidigung gegen die Muse der Geschichte macht der „Deutsche Reichs-Anzeiger“ sich schuldig, der folgenden Verübt: „Die Muse der Geschichte konnte Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur einen Namen, in der zweiten nur einen Treitschke finden.“ Jehn Jahre — nicht Gefängnis, aber des Studiums, damit der Verfasser dieser Notiz es begreife, welchen majestätsbeleidigerischen Witz er mit diesen Zeilen verübt hat.

Das Hochwasser der Elbe. Die Königl. sächs. Generaldirektion Dresden giebt bekannt: Infolge Hochwassers wurde der Verkehr am Elbquai und Hafen in Riesa sowie an dem Elbquai in Dresden mit Ausnahme des König-Albert-Hafens eingestellt. — In Troppan und der Umgegend herrscht anhaltender heftiger Regen. Die Oppa und die Mohra sind hochgeschwollen. Bedeutende Flächen Acker- und Wiesenlandes oberhalb und unterhalb Troppans sind überschwemmt. Es besteht Hochwassergefahr für Troppan; die nöthigen Sicherheitsvorkehrungen sind getroffen.

Ordnungsgewandenes. Aus Schwabach wird berichtet: Die Revision bei dem hiesigen Vorshufverein hat bisher einen Fehlbetrag von einer Million Mark ergeben, ist indessen noch nicht abgeschlossen. Die Fälschungen reichen bis zum Jahre 1870 zurück.

Vom Fakir im gläsernen Sarg berichten Wiener Blätter: Auf Einladung des Unternehmers von „Osen in der Lärzenzeit“ auf der Mikentums-Ausstellung sind die Vertreter der Wiener Presse mittels Separatganges über Preßburg nach Budapest abgereist. In Preßburg fand ein Dejeuner statt, bei welchem an dem 23-jährigen Fakir Whim-jeu-Pratley aus Lahore (Indien) in Gegenwart eines zweiten Fakirs Poval Krishna, 26 Jahre alt, aus Ganypore, die Prozedur des Einschlafens und die Einfarbung in einen gläsernen Sarg vorgenommen wurde, nachdem Professor Frieder aus London ihn hypnotisirt und ihm das Wort gefogt hatte, daß der Fakir beim Erwachen zu allererst anzusprechen wird. Der Fakir wird 8 Tage schlafen und am achten Tage geweckt werden. Der Fakir bekommt dreihundert Gulden täglich und ist vorläufig für vier Wochen engagirt. Von Woche zu Woche erfolgt die Einschlafung, resp. Erweckung. Ein zweiter Fakir soll, falls es die Behörde erlaubt, für die Besucher der Wiener Schaustellung sieben Meter tief in die Erde eingegraben (?) werden. In Preßburg erregte es großes Aufsehen, als der gläserne Sarg zuerst im Hofraum des Hotels mit dem unbeweglich liegenden Fakir photographisch aufgenommen und dann auf einem Sanitäts-sourgon auf den Bahnhof gebracht wurde. Im Separatwagen wurde der Sarg in den Konduktenzwagen gestellt unter Bewachung Budapester Kräfte. Während des Transports und der Verladung liegt der Fakir wie ein Leichnam. Um 6 Uhr erfolgte die Ankunft in Budapest, wo der Fakir in Anwesenheit von Taufenden in den Aufstellungsraum überführt wurde. Die beiden Indier kommen aus Lahore. Beide haben in London wiederholt je 80 Tage „geschlafen“. Pratley ist vor zwei Monaten im Royal Aquarium in Gegenwart von 14 000 Menschen eingeschlafert und nach 30 Tagen im Beisein von 21 000 Menschen wieder zum Leben gebracht worden. Die jungen Indier erklären selbst ihre Leistung als ein Werk der ihnen eigenen hochgradigen Willenskraft und der durch dieselbe ermöglichten Autosuggestion. Für den Fall, daß der beobachtete Arzt gewisse Anzeichen schwindender Lebenskraft wahrnehmen sollte, wird dem Schlafenden der Mund gewaltsam geöffnet und mittels einer Glasröhre etwas Milch eingefloßt. — Sehr „wissenschaftlich“ ist es gerade nicht, derartige Experimente zur Befriedigung der Schaulust zu unternehmen.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

H. Rich, Bellermannstraße. Ihr Bericht ist, wie Sie ersehen, zum Theil in dem heute von uns veröffentlichten mit verarbeitet. Einzelheiten lassen wir folgen.

H. B. Waldhut. — H ä d s c h, Memelerstr. 40 in Berlin.

H. B. Wir haben schon wiederholt mitgetheilt, daß das Buch nur für den von Ihnen ih. Der Geld genug hat, die Summe von etwa 10 bis 20 M. für den Besuch aller mit der Ausstellung verbundenen Spezialausstellungen etc. zu opfern.



## Abgeordnetenhaus.

64. Sitzung vom 6. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen und zahlreiche Kommissarien.

Die Kreditvorlage für Eisenbahnen und Kornhäuser steht zur zweiten Lesung. Die Budgetkommission beantragt ungeänderte Annahme der Vorlage.

Die 18 neuen Linien, welche nach der Vorlage gebaut werden sollen, und für welche einschließlich der Beschaffung von Betriebsmitteln 57 1/2 Millionen Mark gefordert werden, bewilligt das Haus nach längerer Debatte, welche für die einzelnen Länder bestellten Referenten ohne wesentliche Debatte.

Auch die Beteiligung des Staates mit 800 000 M. an zwei Privatbahn-Unternehmungen (Straßburg-Triebsee und Oldenburg-Heiligenhafen) wird ohne Debatte bewilligt.

Der Abg. Ehlers (fr. Sp.) berichtet sodann über die Verteilung der zur Förderung des Baues von Kleinbahnen bewilligten Mittel und über die acht Millionen, welche neu in der Vorlage zu dem gleichen Zwecke gefordert werden. Die Forderung wird debattelos bewilligt.

Es folgt die Position „zur Errichtung von Getreidelagerhäusern 5 Millionen.“

Abg. Niepenhausen (C.) betont, daß seine Freunde die Mittel bewilligen, als zu einem Versuch; ob sich derselbe bewährt, bleibt abzuwarten. Man kennt die Stimmung im Lande wenig, wenn man glaubt, daß einer so geringfügigen Maßregel wegen sich die Landwirthe in ihren Anschauungen ändern könnten. Um dies Ziel zu erreichen, wird die Regierung den Forderungen der Landwirtschaft mehr entgegenkommen beweisen müssen.

Abg. Graf Hohenbroch (Z.) wünscht zu wissen, ob die Landwirtschaftskammern die Forderung der Silos billigen, ob sie überhaupt befragt sind.

Abg. v. Tiedemann (V.) (fr.): Nach Aufhebung des Terminhandels werden wir häufige Wandern im Getreidehandel erleben, um die Preise zu drücken, da werden denn die Silos eine hervorragende Bedeutung erhalten. Dem Vorredner ist darin nicht beizustimmen, daß die Silos alle einseitig und zwangsweise eingerichtet werden. Zwang ist hier schädlich, man warte die freie Entwicklung ab.

Minister Miquel bemerkt, daß die Landwirtschaftskammern über die Vorlage nicht befragt werden konnten, da sie noch gar nicht überall organisiert sind. Man hat ein großes Lagerhaus für Berlin gefordert; aber hier solchen Speicher zu bauen, ist nicht Staats-, sondern Gemeinde-Angelegenheit, umso mehr als die mangelhaften Speichereinrichtungen in Berlin auf die Preise zu ungünstig der Landwirtschaft zurückwirken.

Abg. Jäckel (fr. Sp.) bestritt die Notwendigkeit, besondere Unterstüßungen für die Landwirtschaft machen zu müssen.

Abg. v. Mendel-Steinfels (L.) fragt, ob es nicht möglich ist, Eisenbahnwagen zu bauen, welche das Einfaden des Getreides, das für Silos bestimmt ist, entbehrlich machen. Herr Jäckel will auch Landwirth gewesen sein, das muß schon lange her sein. (Heiterkeit.) Von der heutigen Landwirtschaft versteht er nichts. (Sehr richtig!)

Minister Thielen: Der Eisenbahntransport in loser Schüttung ist heute schon gestattet, doch wird von dieser Art der Beförderung im ganzen wenig Gebrauch gemacht.

Regierungskommissar Geh. Rath Conrad theilt mit, daß über die Einrichtung der Speicher Erhebungen stattgefunden haben, namentlich darüber, ob Silo- oder Speicher-Einrichtung vorzuziehen sei; es scheint, als ob diese Frage nach örtlichen Rücksichten entschieden werden muß.

Die Position: 3 Millionen für Kornhäuser wird bewilligt, 16 Petitionen werden nach den Kommissionsanträgen erledigt.

Morgen 11 Uhr: Zentralgenossenschaftsgesetz-Novelle. Vorlage betr. gemeinsame Holzungen. Antrag v. Sedlitz, betr. Beschäftigung Angestellter in Ladengeschäften.

Schluß 4 1/4 Uhr.

## Ueber die Agitation der Generalkommission.

(Schluß.)

Die im Jahre 1895 inszenirte Agitation unter den industriellen Arbeiterinnen nahm einen guten Verlauf. Nach wiederholten Anfragen bei den Vertrauensleuten der örtlichen Gewerkschaftskartelle und den Vorständen der Zentralvereine wurden insgesamt 179 Versammlungen angestellt. Davon fanden 17 in Berlin statt, und zwar für die Bekleidungsindustrie 4, Lederindustrie 4, Metallindustrie 2, Holzindustrie 1, Tabakindustrie 1, graphische Gewerbe 3 und allgemeine 2. Von den für andere Orte angemeldeten 162 Versammlungen waren 27 Textilarbeiter, 8 Schneider, 6 Fabrikarbeiter, 4 Lithographen, 2 Knopfmacher, 1 Kürschner- und 1 Bürstenmacher, im ganzen 47 Branchenversammlungen. Entsprechend der Zahl der Referentinnen, die sich zur Uebernahme von Referaten meldeten, wurden 7 Agitationsbezirke gebildet, so daß jede der Referentinnen durchschnittlich 23 Referate zu halten hatte. Es wurden 140 Versammlungen abgehalten, wovon 7 aufgelöst worden sind. 10 Versammlungen wurden vorher verboten. Die Verbote erfolgten in Bayern deswegen, weil Frauen an den Versammlungen teilnehmen sollten, in Elsaß-Lothringen auf Grund des Diktaturparagraphen. Auch in Preußen erfolgten Verbote wegen Theilnahme der Frauen an der Versammlung. Eine Versammlung wurde in Preußen verboten, weil sie am Tage der bekannten Sedanfeier abgehalten werden sollte. Auch die Auflösungen der Versammlungen erfolgten vielfach deswegen, weil den Wünschen der überwachenden Beamten, die Frauen zu entfernen, nicht Folge gegeben wurde. Gleichzeitig wurde ein Flugblatt, an die werththätigen Frauen gerichtet, in ca. 207 000 Exemplaren verbreitet. Die Gesamtausgaben für diese Agitation stellten sich auf 8991,79 M., ohne die Kosten für das Flugblatt.

Für die sächsischen Textilarbeiter und Arbeiterinnen wurde in der Zeit vom 8. bis 14. Decemb. 1895 und vom 20. Februar bis 7. März 1896 eine besondere Agitationstour arrangirt, zu welcher die Generalkommission eine Referentin stellte und die nöthigen Flugblätter lieferte. Es fanden 19 Versammlungen statt, die in den kleineren Orten gut besucht waren, während der Besuch in größeren Orten zu wünschen übrig ließ. Eine der Versammlungen wurde aufgelöst. Fünf Versammlungen wurden auf Grund des sächsischen „Juwels“ verboten, weil die Referentin zu unsittlichen Handlungen oder Gesetzesübertretungen geneigt machen könnte. Direkt in den Versammlungen wurden auf dieser Tour für den Verband der Textilarbeiter 541 Mitglieder aufgenommen.

Unter den Bauarbeitern wurde im Sommer 1895 eine umfangreiche Agitation zur Befreiung der Mißstände auf Bauten betrieben. Von der Generalkommission wurden 400 M. zu dieser Agitation beigegeben. Die gewonnenen Materialien und Berichte über diese Agitation wurden fortlaufend in den Fachorganen der Bauhandwerker veröffentlicht und wird gegenwärtig noch an einer Gesamt-

zusammenstellung des Materials gearbeitet. Diese Arbeit sollte Anfang des Jahres 1896 fertiggestellt sein, verzögerte sich aber wegen sich notwendig machender Änderungen der ersten Ausarbeitung.

Der Agitation unter den Bergarbeitern wurde auch im letzten Jahre seitens der Generalkommission die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Es wurden den Bergarbeitern 1895/96 in drei Raten 769,65 M. für diese Agitation zur Verfügung gestellt.

Der Verband der Müller erhielt 750 M. zur Herausgabe eines Flugblattes und dessen Versendung an einzelne Personen. Es erhielten ferner noch vom 1. Januar 1895 bis 31. März 1896 Mittel zur Agitation die folgenden Organisationen und Agitationskommissionen: Bäcker 500 M., Bauarbeiter 300 M., Brauer 150 M., Gärtner 150 M., Handelshilfsarbeiter 300 M. und Töpfer 1000 M. Es sei hier noch bemerkt, daß in allen Fällen die Mittel erst dann zur Verfügung gestellt wurden, wenn die Generalkommission über den Agitationsplan genau informiert worden war. Die von den Organisationen eingesandten Berichte an dieser Stelle zu veröffentlichen, würde zu weit führen. Der Erfolg dieser Agitation war in den meisten Fällen ein guter.

Auch im letzten Jahre ist von der Generalkommission wieder ein Flugblatt für die vom Ausland kommenden Arbeiter herausgegeben worden. Es wurden aus 48 Orten von den örtlichen Gewerkschaftskartellen Bestellungen auf diese Flugblätter gemacht und 32 000 in polnischer, 15 000 in czechischer und 21 000 in italienischer Sprache, zusammen 68 000 angefertigt und versandt. Von dem Gewerkschaftskartell in Stuttgart wurden für die daselbst bei dem Bahnbau beschäftigten italienischen Arbeiter Versammlungen einberufen und ein der italienischen Sprache mächtiger Referent zu diesen gestellt. Die Kosten für diese Agitation betragen 121 M.

Im November 1895 unterbreitete die Generalkommission den Vorständen der Zentralvereine einen Plan, nach welchem in regelmäßigen Zwischenräumen Flugblätter nachgearbeitet und versandt werden sollten, welche Abhandlungen über den Zweck der Gewerkschaften, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Lohnverhältnisse u. s. w. bringen sollten. Die Adressen der Vertrauensleute für die einzelnen Berufe und Orte sollten auf den Flugblättern enthalten sein und so für sämtliche Gewerkschaften durch diese Flugblätter eine fortgesetzte Agitation entfaltet werden. 30 Vorstände erklärten sich mit diesem Plane einverstanden und machten Bestellungen auf Flugblätter. Diese sollten gratis geliefert und den Organisationen nur Porto und Expeditionskosten in Rechnung gestellt werden. Die erste Nummer dieser Flugblätter, „Was nützen uns die Gewerkschaften“, erschien Ende Dezember 1895 und wurden davon 216 400 mit den Adressen der örtlichen Verwaltungsstellen der Organisationen für 54 Orte und 146 400 mit den Adressen der örtlichen Gewerkschaftskartelle, zusammen 362 800 angefertigt und in 1567 Einzelsendungen expedirt. Die Einrichtung dieser Flugblätter nahm erhebliche Zeit in Anspruch, doch wird bei weiterer Ausgabe der Flugblätter die Arbeit eine wesentlich leichtere sein. Die Nr. 2 dieser Flugblätter, „Der achtstündige Arbeitstag“, soll Anfang Mai d. J. zur Versendung kommen.

Seit dem Halberstädter Gewerkschaftskongress sind bis jetzt folgende Flugblätter von der Generalkommission herausgegeben: An die Arbeiterschaft der östlichen Provinzen Preußens deutsch 50 000, polnisch 50 000. An die vom Ausland kommenden Arbeiter (1894) polnisch 31 000, czechisch 18 000, italienisch 19 000. An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungsmittelindustrie 70 000. An die vom Ausland kommenden Arbeiter (1895) polnisch 32 000, czechisch 15 000, italienisch 21 000, an die erwerbsthätigen Frauen und Mädchen Deutschlands 207 000, Flugblätter Nr. 1: „Was uns die Gewerkschaften nützen“ 362 800, Summa 575 800.

Die Zahl der örtlichen Gewerkschaftskartelle hat auch im letzten Jahre wieder zugenommen und war die Generalkommission bemüht, den sich bildenden Kartellen durch Zusendungen von Statuten und durch nähere Anweisungen nach Kräften behülflich zu sein.

## Die Feier des 1. Mai.

Ueber den Ausfall der Feier liegen uns noch eine Anzahl Nachrichten vor, von denen folgende den Schluß machen mögen.

Königsberg i. Pr. Am 1. Mai vormittags fanden drei Volksversammlungen statt, die zahlreich besucht waren. Das Referat hielten an stelle des erkrankten Genossen Schulze die Genossen Schnell, Gottschalk und Braun. Nachmittags trafen sich eine Anzahl von Genossen in einem Gartenlokal auf den Hufen. Leider war das Wetter sehr schlecht; als es sich um 4 Uhr aufstellte, waren ca. 2000-3000 Personen beisammen, dieselben vermehrten sich bis über 5000, als um 7 Uhr der Aufbruch nach der Stadt begann. Man ging diesmal durch das Ausfaller Thor nach der Stadt. Das Steindammer Thor, wo außerhalb Gendarmen standen und innerhalb die Thormache verhängt und mit Munition versehen war (was übrigens bei allen Thoren der Stadt der Fall gewesen ist; sogar die sogen. eiserne Portion soll verabsolgt worden sein), und wo außerdem zwei Schutzmannsposten postirt waren, passirten nur ein paar Personen. Abends fanden sich noch eine ganze Anzahl Personen in der Phönixhalle zusammen, da uns leider kein größeres Stabliement zur Verfügung steht.

Die Maifeier in Rottbusch gestaltete sich ebenfalls zu einer imposanten Kundgebung. Es wurde hier zum ersten Mal der Versuch gemacht, vormittags eine Versammlung abzuhalten. Die Versammlung war von einigen hundert Personen besucht. Nachmittags fand ein Ausflug mit Familie statt, woran sich ebenfalls einige hundert Personen beteiligten, natürlich unter polizeilicher Bedeckung. Die Gendarmen traten sehr scharf auf, was zu verschiedenen Auseinandersetzungen führte. In Ausschreitungen kam es jedoch nicht. Abends wurde eine von ca. 4000 Personen besuchte Versammlung abgehalten, wo Fischer aus Dresden referirte. Den Schluß der Maifeier bildete ein von mehreren tausend Personen besuchtes Vergnügen am Sonnabend Abend.

Posen. Die hiesigen Sozialdemokraten, welchen es nach langer Zeit endlich gelungen ist, ein Lokal zu bekommen, hielten am 3. Mai eine von ca. 250 Personen besuchte Arbeiter-Versammlung ab, wo die Genossen Schütz aus Breslau und Morawski aus Berlin über die Bedeutung der Maifeier referirten; ersterer, welcher unverhofft erschienen war, in deutscher Sprache, letzterer in polnischer. Beiden Referenten wurde ungetheilte Beifall gezollt und eine dementsprechende Resolution angenommen. An die Versammlung knüpfte sich ein Vergnügen der Gewerkschaften, das die Genossen bis zum Morgen beisammenhielt.

Magdeburg. Die Versammlung am Morgen des 1. Mai war von 900 Personen besucht; Albert Schmidt referirte. Nach Schluß der Versammlung wurde in losen Gruppen nach Friedrichslust gezogen. Auffällig war das große Aufgebot an Schutzmannschaft auf den Straßen. Jeder einzelne Maidemonstrant wurde scharf fixirt. Nöthig drangen einige Kriminalbeamte in die Reihen der Spaziergänger und verhafteten die Genossen Darbaum und Arnoldi, den Verleger und den Drucker der „Volksstimme“; gleichzeitig kam die Nachricht, daß die letzte Nummer der „Volksstimme“ konfisziert sei. Die

Maidemonstranten schüttelten die Köpfe, ließen sich aber nicht aus der Ruhe bringen, sondern zogen weiter. An der Ringstraße wurden sie von Schutzleuten verhindert, den Weg durch die Altstadt zu nehmen, und die Pferdebahnwagen mußten anhalten, damit die Sozi nicht etwa auf diese Weise in die Altstadt gelangen und dort durch ihren Anblick das honette Bürgerthum in Angst brächten. Der musterhaften Disziplin der Arbeiter Magdeburgs ist es zu danken, daß es mit den Polizeibeamten, von denen die Kriminalbeamten sämtlich mit Spazierstöcken ausgerüstet waren, nicht zu unliebsamen Ausritten kam. Nur eine Verhaftung erfolgte während des Marsches. Auf dem Glacis angekommen, stimmte man den Gesang der Arbeiter-Marseillaise an; der Gesang wurde von der Polizei nicht gestört. Als Friedrichslust erreicht war, wollte die Polizei anfänglich das Entree zum Konzert nicht gestatten, ließ es aber dann zu. Während nun das Fest seinen Verlauf nahm, kam die Nachricht, daß in den Räumen der „Volksstimme“ und der Druckerei gehäuselt worden sei. Das Personal der „Volksstimme“ hielt diese Hausdurchsuchung für unmöglich, besaßen doch Redakteur und Geschäftsführer die Schlüssel zu den Geschäftsräumen. So schnell es ging, suchten Geschäftsführer und die übrigen im Geschäft beschäftigten Personen die Geschäftsräume auf. Doch sie kamen zu spät — die Hausdurchsuchung hatte thatsächlich stattgefunden; sie war beendet. Die Hausdurchsuchung leitete der Kriminalinspektor Schmidt. Von dem Geschäftspersonal wurde niemand hinzugezogen. Genosse Bahle mußte sogar die Expeditionsräume verlassen. Zur Hausdurchsuchung wurde hinzugezogen die Frau Arnoldi, der angeklagt wurde, daß sie auf ihren Mann nicht zu warten habe, da er wegen Majestätsbeleidigung verhaftet sei, und eine unserer Genossen völlig fremde Frau. In den Redaktionsräumen sah es schrecklich aus. Alle Winkel, Fächer und Pulte scheinen gewissenhaft revidirt worden zu sein. Durchhöbert wurde der Papierlord. Die Beamten suchten nach einer gewissen Handschrift. Die Nummer, die das Knackfuß'sche Bild enthielt und welche die Redaktion aufbewahrt hatte, drei Abzüge des letzten Bildes der „Volksstimme“, die im Pult des Geschäftsführers lagen, fehlten gleichfalls, wie andererseits die noch vorhandenen Exemplare der letzten Nummer verschwunden sind. Ein Verzeichniß über die mitgenommenen Gegenstände ist, obgleich dies das Gesetz vorschreibt, der Frau Arnoldi nicht gegeben worden. Feinlich vollzog sich auch die Hausdurchsuchung in den Räumen der Druckerei. Sämtliche Schubläden der Seher wurden durchsucht. Alle Manuskripte zur neuen Nummer wurden nachgesehen. Außer einem Exemplare der letzten Nummer ist nichts gefunden worden — wenigstens ist nichts weiter bekannt. Ueber die in der Druckerei beschlagnahmten Sachen ist gleichfalls ein Verzeichniß nicht aufgestellt worden. Redakteur Schröder, der an stelle des einige Tage behindert gewesenen Redakteurs Bahle die Redaktion der „Volksstimme“ übernommen hatte, war am 1. Mai die gesuchteste Person. Seit früh 9 Uhr wurde er von der Polizei gesucht, endlich am Nachmittag gegen 1/26 Uhr wurde er auf dem Festplatz verhaftet und inhaftirt. Wie ein Lauffeuer waren die Einzelheiten des Tages verbreitet. In allen Fabriken, in allen Werkstätten wurden sie eifrig besprochen — ein Ansporn für die Versammlung des Abends. Und am Abend strömten die Massen in die Versammlungsorte, welche sämtlich überstark besucht waren. Im Weihen Pfirsich sprach Wilhelm Kieß. Der Saal war strotzend voll. In gleicher Weise hatten sich die Arbeiter in der Krone eingefunden, die polizeilich abgesperrt war. Hier sprach Wilhelm Bartels. In Friedrichslust sprach Albert Schmidt. Hier mußten Hunderte umkehren, die keinen Platz fanden. Würdig verlief auch die Versammlung in der „Berber Bierhalle“, wo Schütz aus Berlin sprach. Auch hier war der Saal und der Nebenraum bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Referenten gaben einen Rückblick auf die Achtstundebewegung und begeisterten die Versammelten für die hohen Ziele des Sozialismus. — Die Majestätsbeleidigung, wegen deren Redakteur, Verleger und Drucker der „Volksstimme“ verhaftet wurden, soll durch das in der Nummer vom 1. Mai veröffentlichte Bild begangen sein. Der Drucker Arnoldi ist wieder auf freien Fuß gesetzt, während Redakteur Schröder und Verleger Darbaum in Untersuchungshaft gehalten wurden. Die erwähnte Nummer ist mit Beschlag belegt.

Einer ungemein regen Theilnahme erfreute sich die Maidemonstration auch im 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreise. In Meerane, Hohenstein-Ernstthal, Pichtenstein, Callenberg, Glauchau und Gesau fanden entweder Versammlungen statt oder es unternahmen die Genossen Ausflüge. In Ernstthal auf der Zeche wurde am Freitag Abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung abgehalten, wo Kuer sprach. Am Sonnabend sollte Kuer in Gesau im dortigen Wahlverein sprechen, doch stellte die Polizei die Bedingung, daß in dieser Versammlung keine neuen Mitglieder aufgenommen werden dürften. Unter diesen Umständen verzichteten die Einberufen auf das Abhalten der Versammlung. Am Sonntag Nachmittag sprach Kuer in Hilsdorf, einem Dorfe auf der Grenze zwischen dem 17. und 14. Wahlkreise. Trotz ganz erbärmlichen Wetters (Regen und Sturm) war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt.

Auch im Chemnitzer Wahlkreise war die Feier diesmal sehr reg. Gegen 2000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder, hatten sich nachmittags im Feldschlösschen eingefunden, wo Schippel die Festrede hielt. Abends fanden in allen verfügbaren Sälen Versammlungen statt, die sämtlich überfüllt waren. Hier sprachen Schippel, Lorenz, Emil Riemann, Kraus und Ender. Alle Ausflüge, An- und Versammlungen im Freien hatte die Amtshauptmannschaft im voraus verboten. Trotzdem und trotz des regnerischen Wetters fanden sich am Sonntag noch überall die Genossen zu zwangslösen Unterhaltungen zusammen. Im ganzen war die diesjährige Maifeier die glänzendste aller bisherigen.

Leipzig. (Ausführlicher Bericht.) Die Maifeier verlief hier imposanter denn je. Die Unternehmer der Tischlerbranche hatten gegenüber der Forderung der Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai einen Ring gebildet. Trotzdem legten in 14 der größten Fabriken gegen 800 Mann einhellig am 1. Mai die Arbeit nieder. Zu den Tischlern kamen noch die Klempner, ein Theil der Bauarbeiter u. s. w., so daß die Theilnahme an der Arbeitruhe weit größer als in früheren Jahren war. Aus allen Stadtvierteln strömten morgens die Genossen, von bestimmten Polizeibeamten geleitet, nach dem Promenadenring der inneren Stadt und zogen, immer von Polizei beschützt, durch die Hauptstraßen der inneren Stadt nach Stödtterth. Es waren nicht weniger als sechs berittene Schutzleute im Zuge, die mit den Polizeibeamten zu Fuß von dem Polizeidirektor, dem Polizeihauptmann und zwei Polizeilieutenants überwacht wurden. In dieser Weise ging es bis zur Stadtgrenze. Auf Stödtterth für war keine Polizei ausgedient und auf dem großen Festplatz, auf dem sich mindestens 10 000 Menschen eingefunden hatten, promendirten nur zwei Gendarmen. Reichstags-Abgeordneter Förster hielt in der geräumigen Festhalle das Referat. Während seiner Rede waren aus den umliegenden Fabriken die ruhiggeschwärmten Arbeiter herbeigeeilt, um auch an der Maifeier theilzunehmen. Eine Resolution, die sich mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse einverstanden erklärte



und den Achtstundentag forderte, wurde einstimmig angenommen, sowie eine Deputation von drei Mann gewählt, die beim Stadtrat dahin vorstellend werden soll, daß die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter verkürzt werde. (Der Stadtrat hat beschlossen, die Deputation zu empfangen.) Die abziehenden Genossen wurden durch immer neue Scharen ersetzt, ebenso waren die Abendsammlungen — 19 an der Zahl — gut besucht. Es mögen über 35000 Menschen in Leipzig und Umgegend an der Demonstration für den Achtstundentag teilgenommen haben.

**Tiefenfurt in Schlesien.** Am 1. Mai fand hier ein gemeinsames Beisammensein statt, zu dem viele hunderte von Genossen und Genossinnen sich einfanden. Am Sonntag sprach Schels aus Breslau in gut besuchter Versammlung unter reichem Beifall über die Bedeutung des 1. Mai und die gegenwärtige politische Lage. Alles verlief in musterhafter Ordnung.

**Koburg.** Am 1. Mai gut besuchte Versammlung; Referent Walter. Am 3. Mai früh Ausflug von 3—400 Personen nach Niederfüllbach, wo man unter Vorantritt der Stadtkapelle und unter dem Donner von Böllerschüssen, die von den Landbewohnern abgefeuert wurden, seinen Einzug hielt. Am Abend war fest im Schießhausaal zu Koburg. Das große Lokal war überfüllt. Walter's Festrede fand begeisterten Beifall. Trotz der starken Beteiligung ist die ganze Feier ohne jeden Zwischenfall verlaufen.

Im Wahlkreis **Höchst-Ilfingen-Dornburg** wurden am 1. Mai in Dornburg zwei Versammlungen mit Behrens und Brulmann als Referenten, in Höchst (Referent Reichstags-Abgeordneter W. Schmidt-Prankfurt) und Oberursel (Referent Beters) je eine Versammlung unter starker Beteiligung abgehalten. 40 Mann, meist Schreiner, ließen in Höchst die Arbeit ruhen. Für die in Frankfurt a. M. arbeitenden Genossen aus dem Wahlkreis, die nur Sonnabends nach Hause fahren, war in Frankfurt a. M. eine Versammlung arrangiert, wo Reichstags-Abgeordneter Brühne sprach. Der Saal war überfüllt. Am 3. Mai fand in Oberursel ein von 1000 Personen besuchtes Volksfest statt, ebenso in Steinbach, einem im Taunus gelegenen beschönen Orte. Da in den preussischen Orten des Taunus die Kirche ihre Säle verweigert hatten, war der Besuch in Steinbach um so stärker. Aus der ganzen Umgegend waren die Genossen mit ihren Familien herbeigekommen, insgesamt 1200 Personen. Die Festrede hielt Brühne.

**Kaiserlautern in der Rheinpfalz.** Am 1. Mai früh Ausflug unter schwacher Beteiligung, abends dagegen lebhafter Besuch der Volksversammlung; beim Konzert am Abend des 2. Mai waren die großen Räumlichkeiten der Löwenburg dicht gefüllt und die Volksversammlung, die am 3. Mai auf dem Wiesenthaler Hof für die Landbevölkerung abgehalten wurde, hatte ebenfalls zahlreiche Teilnehmer. Insgesamt haben weit über 1000 Personen an der Maifeier teilgenommen. Alles verlief in musterhafter Ordnung.

**Zur Maifeier in der Schweiz** wird uns ferner geschrieben: In St. Gallen redete vor 500 Mann Genosse Teulich, in Chur Pfarrer Pfleger, in Schaffhausen Genosse Bullschleger, in Luzern Martens, in Aarau Fürholz, in Olten Kestler, in Grenchen Biolley und Conzett, letzterer am Abend auch in Solothurn. Es scheint, daß in manchen Orten das schlechte Wetter auf die Beteiligung der Arbeiter an der Maifeier doch nachteiligen Einfluß geübt hat, wie es natürlich den Verlauf der Feier selbst aller Orten stark beeinträchtigte. In anderen Orten, wie z. B. in Winterthur, war dagegen die Beteiligung der Arbeiter doppelt so stark, als in allen früheren Jahren.

**Italien.** Derselbige Versammlungen auf den Straßen und Plätzen — wie das sonst in Mailand üblich war — wurden diesmal nicht abgehalten, denn in der Verfolgung der Sozialisten unterscheidet sich das Ministerium Rudini nicht im geringsten von dem verstorbenen Ministerium Crispi und Sammlungen im Freien waren streng verboten worden. Natürlich war der Zulauf zu den von der sozialistischen Partei veranstalteten geschlossenen Versammlungen, in welchen Snocchi-Viani, Turati, Ciccotti u. s. w. über die Bedeutung des 1. Mai sprachen, um so größer. Um 2 Uhr nachmittags begab sich eine Kommission von 25 Delegierten der Arbeitskammer zum Bürgermeister mit einer Denkschrift, welche die Mindestforderungen zur Besserstellung der arbeitenden Klassen enthielt. Der Bürgermeister versicherte, daß in den von der Stadt abgekauften Baukontrakten der jetzt geltende Mindesttarif für Maurer von 2,80 Lire Tagelohn (2,25 M.) auf 3,50 Lire (2,80 M.) erhöht worden sei, und daß es jetzt Sache der Arbeiter sei, ihn durchzuführen; sie sollten eben für weniger nicht arbeiten. Die Forderungen betreffend den obligatorischen Unterricht und die Speisung armer Schulkinder versprach er zu prüfen und dem Stadtrat vorzulegen. Die gleichfalls geforderte Herabsetzung der Preise für Arbeiter-Fahrtarten (im Pferdebahnbetrieb) sei in dem mit der Pferdebahn-Gesellschaft abgeschlossenen neuen Kontrakte durchgesetzt worden. Unter den vielen sozialistischen Mai-Festsetzungen, die hier herausgegeben wurden, ragt besonders die von dem Bunde der Eisenbahnarbeiter veröffentlichte Festschrift „10 Maggio“ hervor, die schätzenswerthe Verse und Artikel und das vollständige Protokoll des hochwichtigen dritten Kongresses (der in Bologna stattfand) enthält. Auf den Straßen herrschte sowohl am Tage, als auch am Abend eine musterhafte Ruhe und Ordnung; heiter und frohlich ging es dagegen in den Versammlungsräumen der verschiedenen Arbeitervereine zu. Ein zahlreiches Publikum wohnte der Aufführung des Gelegenheitsstückes „10 Maggio“ im Theater des Vereins für moderne Kunst bei; das interessante zweiatte Stück, welches Pier Ambrogio Thomas zum Verfasser hat, hatte bei einem von dem genannten Verein veranstalteten Wettbewerb den Preis davongetragen.

Auch in allen übrigen Städten Italiens nahm die Maifeier einen würdigen Verlauf. In Rom verging der Tag ruhig. Viel Leben herrschte in den Vergnügungslökalen der Vorstädte. Gearbeitet wurde nur an einigen im Bau begriffenen Häusern und in mehreren Werkstätten. Obwohl kein Mensch daran dachte, die Arbeitenden zu fördern, hielt es die Regierung doch für nötig, alle Polizeistationen mit Gendarmen und Carabinieri zu versehen, und die Banken und die öffentlichen Gebäude wurden so aufmerksam bewacht, als hätte eine große Revolution mit Staub und Pflandern vor der Thür. Alle Arbeitervereine hatten Festversammlungen veranstaltet, in welchen eine von dem Vollzugsausschuß der Arbeitskammer aufgesetzte Tagesordnung votiert wurde.

Die Berichte aus allen Theilen des Landes beweisen, daß die Maifeier in ganz Italien einen glänzenden Verlauf hatte.

**Spanien.** Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten ist der 1. Mai in ganz Spanien in ruhiger, der Bedeutung des Tages angemessener Weise gefeiert worden. Die Arbeit ruhte nur in wenigen Fabriken und Werkstätten, denn das winzige Häuflein der armen spanischen Genossen ist zu sehr von den Kapitalisten abhängig, als daß man an eine energische Durchführung der Arbeitseinstellung am 1. Mai hätte denken können. Ähnliches wird aus allen anderen Industriezentren Spaniens gemeldet. In Barcelona fand die Festversammlung im Teatro-Circo statt; auch hier waren viele Frauen als Teilnehmerinnen erschienen, ein erfreulicher Beweis dafür, daß die sozialistischen Ideen bei uns auch schon das weibliche Geschlecht ergreifen haben. Viele Arbeiterfamilien machten am Nachmittag Ausflüge aufs Land. Abends wurde das Drama „Una Uelga“ (Ein Streik) aufgeführt. In Bilanueva (Provinz Barcelona) ruhte die Arbeit in sämtlichen Fabriken, und die städtischen Gebäude hatten Flaggenschmuck angelegt. In Bilbao kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und der Zivilgarde. Mehrere Grubenarbeiter hatten in durchaus ruhiger Weise versucht, auf arbeitende Kameraden im Sinne der Niederlegung der Arbeit einzuwirken, und wurden dafür von der Zivilgarde

mit Revolvern und Säbeln angegriffen. Es entspann sich ein Handgemenge, wobei ein Polizist verwundet wurde. In Cadix und El Ferrol verlief das Fest in der größten Ordnung. In La Coruna feierten fast sämtliche Arbeiter. In Mataro wurden zwei Meetings veranstaltet, in den meisten Fabriken und Werkstätten und auf allen Bauten ruhte die Arbeit. In Valencia ward nur in wenigen Werkstätten gearbeitet.

**Portugal.** Die am 1. Mai von den Eissabonner sozialistischen Arbeitern veranstalteten Kundgebungen trugen einen würdigen Charakter zur Schau. Auch in allen anderen größeren Städten Portugals verlief das Fest der Arbeiter in derselben oder in ähnlicher Weise. Die Zahl der portugiesischen Genossen ist vorläufig noch unbedeutend, aber die kleine, wachere Schaar entfaltet bereits eine rege Thätigkeit und hat den herrschenden Klassen sehr viele Zugeständnisse abgezwungen. Als ihren Hauptgegner betrachten die portugiesischen Sozialisten den Klerus, mit welchem sie beständig im Kampfe liegen, weil er, wie überall auf die Verdummung des Volkes hinarbeitet.

**Rumänien.** Bukarest, 2. Mai. (Fig. Ber.) Die hiesigen deutschen und slavischen Arbeiter hielten am 1. Mai eine von ca. 300 Personen besuchte Versammlung ab. Nachmittags fand ein geschlossener Zug mit Fahnen und Gesang in einen Garten statt und nach gemüthlichem Beisammensein begaben sich die Feiern in noch größerer Zahl bei Abenddämmerung in geschlossenem Zuge ins Vereinslokal zurück. Die Feier durch Arbeitsruhe bedeutet einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den früheren Jahren und ist zu hoffen, daß in den nächsten Jahren der Arbeiterfeiertag fast allgemein durch Arbeitsruhe gefeiert wird. Die rumänischen Genossen veranstalteten am Sonntag, den 3. Mai, einen großartigen Umzug durch die Stadt mit darauffolgendem Gartenfest.

**Schweden.** Göteborg, 4. Mai. (Fig. Bericht.) Die Maidemonstration fand hier am 3. Mai statt und verlief zu unserer vollen Zufriedenheit. Die Feier war so großartig wie noch nie. Auf dem Plage waren circa 7—8000 Personen anwesend, im Zuge zählte man 13 Fahnen und 3 Musikchöre.

## Gewerkschaftliches.

**Aufruf an alle in der Musikinstrumenten-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands,** insbesondere an die Klavier-, Klaviatur- und Pianomechanik-Arbeiter! Schon die dritte Woche währt unser Ausstand und wie es scheint, ist das Interesse der Kollegen außerhalb Berlins nicht so, wie es sein sollte. Gegenwärtig streiken nahezu 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich auf 96 Fabriken verteilen. Nur noch bei 12—15 Firmen wird gearbeitet. Die beiden Organe des Unternehmertums, die Berliner und Leipziger „Instrumenten-Zeitung“, suchen die Sache natürlich so darzustellen, als wären nur einzelne unbedeutende Fabriken von dem Ausstand betroffen und als wären selbst dort nur einzelne Arbeiter an dem Ausstand beteiligt. Kollegen! Die Wahrheitsliebe unserer Gegner kennzeichnet sich schon dadurch, daß in den genannten Unternehmer-Organen der Streik bei Weitem nicht erwähnt wird, trotzdem von 400 Arbeitern dieser Fabrik 250 und zwar die tüchtigsten Kollegen ausständig sind. 70 Fabriken, die je 15—70 Arbeiter beschäftigten, liegen gänzlich still. Kollegen! Seid versichert, die Unternehmer sind nicht von der siegesgewissen Stimmung durchdrungen, die unter den Streikenden herrscht. Der Fabrikantentum, von dem es immer heißt, seine Mitglieder befinden sich in voller Uebereinstimmung miteinander, zeigt mächtige Risse und wird vielleicht schon in ein paar Tagen auseinander plagen. Es ist ja auch lächerlich, von Uebereinstimmung zu reden, wo jeder von den Ringlumpen nur den einzigen Wunsch hegt, seinen Konkurrenten baldigt am Boden zappeln zu sehen; denn der wahre Zweck des Ringes ist, das Absatzgebiet der Kleinbetriebe an sich zu ziehen und die seit Jahren schon unliebsamen Konkurrenten zu beseitigen. Doch uns Arbeitern soll dieses Spiel gleichgültig sein. Wir haben vor allen Dingen darauf zu achten, daß keiner von uns fahrlässig wird, und daß wir fest an unseren Forderungen halten. Wir, die Ausgesperrten und Streikenden, sind auf einen heißen Kampf gefaßt; mögen auch die Repressalien des Unternehmertums noch so verwerflich sein, wir Arbeiter werden ihnen zu begegnen wissen. Nun, deutsche Berufsgenossen, Ihr alle wißt, es ist der erste große Kampf seit dem Bestehen der modernen deutschen Musikinstrumenten-Industrie, den wir führen. Man hat ihn uns aufgezwungen durch die brutale Ausrückung. Von einem Jurist kann keine Rede sein. Jetzt gibt es aber auch vor allem, daß jeder Kollege außerhalb Berlins sich bewußt wird, daß die Aufmerksamkeit sämtlicher deutschen Fabrikanten auf Berlin gerichtet ist, um, wenn wir unterliegen würden, Euch dann die Ehre und das bischen Bewegungsfreiheit noch mehr zu beschneiden. Umsonst muß es Eure Pflicht sein, daß jeder, soweit es in seinen Kräften steht, sein Theil dazu beiträgt, um uns materiell zu unterstützen. Gedankt, es sind 3500 Streikende und Ausgesperrte; rechnet Frauen und Kinder dazu, so haben wir ca. 12000 Menschen vor uns, denen das zum Leben nöthigste verabreicht werden muß. Wenn wir nur wollen, können wir es. Darum Kollegen von außerhalb, laßt nicht lange auf Euch warten, erwache jeder und greife in die Tasche, denn schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Alle Anfragen und Geldsendungen sind zu richten an K. Kleinlein, Raunynstr. 27, bei Senke.

Die Lohnkommission der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins.

Die Unternehmungskommission in der Berliner Musikinstrumenten-Industrie beabsichtigt, eine schwarze Liste sämtlicher ausländiger Arbeiter und Arbeiterinnen herauszugeben. Erst sperren die Herren vom Geltsack die Arbeiter aus, weil sie von der günstigen Konjunktur auch etwas Vortheil haben wollen, und nachdem durch jenen brutalen Willkürakt der Streik provoziert ist, werden die tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich einfach ihrer Haut wehren, durch die schwarze Liste noch in Acht und Bann gethan und sozusagen für ewige Zeiten unter eine Kontrolle gestellt, wie sie schikanöser nicht gedacht werden kann. Und das geschieht in demselben Reich, wo gegen die Arbeiter bei der geringsten Kleinigkeit häufig die Gesetze aufs schärfste ausgelegt und angewendet werden. Ist denn der Begriff Berufsverleumdung nur zu ungunsten der Arbeiter deutungsfähig?

**Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins!** Unsere Forderungen sind bewilligt bei den Firmen: Kunze u. Sohn, Schulze, Kubitz, Schmöchel u. Komp., v. Köhden (Mechanik), Schutte u. Komp., Max Dreger u. Komp., Wiesner (Mechanik), Doerholtshaus, Groß, Grütze, Hoffmann u. Komp., Herbig, Fürstberg, Harmonie, Bist, Güttschow, Schmidt u. Sommerfeld, Westermayer, Wittig, Köhler (Mechanik). Alle übrigen Firmen haben nicht bewilligt, was sowohl die Kollegen, wie unsere nächsten Berufsverwandten, die Tischler, beachten mögen.

Die Lohnkommission.

**Achtung, Metallarbeiter!** Wegen der Maifeier sind in den im folgenden genannten Werkstätten die Arbeiter entlassen und bis zum 5. Mai ausgesperrt. Die Arbeiter der betreffenden Firmen haben nun erklärt, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihnen Genehmigung widerfahren ist. Die Entlassungen wurden vorgenommen bei Schaffer u. Dehmann, Chaussestr. 40; Frister, Lindenstr. 23; Schlüter, Brandenburgstr. 19; G. Heinz, Wasserthorstr. 8; Thieleke, Wasserthorstr. 62; Heinge, Brandenburgstr. 75; Rärnberg, Prinzenstr. 25; Kraas, Gitschinerstr. 81; Kramme, Gitschinerstraße; Stabenow, Gröbstraße 9; Christ, Brandenburgerstr. 111; Krone, Elisabethstr. 80; Ritter, Deantienstraße 9; Krone u. Co., Staalschreiberstr. 18;

Kräger, Sebastianstr. 74 und Alte Jakobstr. 85. Lehmann, Albalberstr. 72. Sauer, Stalgerstr. 82. Rübiger, Stalgerstr. 125. Insgesamt sind dies 18 Werkstätten mit 389 Arbeitern. Kollegen, Metallarbeiter aller Branchen! Haltet den Zug fern und agitirt für die Donnerstag Tag stattfindenden Versammlungen. (Siehe Inserat in heutiger Nummer.) Erscheint Mann für Mann! Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Vereins.

**Achtung, Schuhmacher!** In der Ballschuh-Fabrik von Reink in Berlin, Schillingstr. 12, ist infolge von Misshandlung und Lohnminderungen ein Streik ausgebrochen. Die Agitationskommission der Schuhmacher Berlins.

**Achtung, Bauarbeiter Berlins!** Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 5. Mai ist das Streikbureau aufgehoben. Da jedoch die Lohnkommission bestehen bleibt, sind sämtliche Korrespondenzen an Unterzeichneten zu richten. Im Auftrag der Lohnkommission: G. Gutsch, Pödlersstr. 64.

**Aufruf an alle im deutschen Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter**

Geschäfts-, Haus-, Komptoirdiener, Packer, Markthelfer, Ausläufer, Speicher-, Expeditions- und Kellerarbeiter, Koll- und Geschäftskutscher, Möbeltransport-Arbeiter, Fuhrleute und verwandte Berufsgenossen!

Kollegen! Am 24. und 25. Mai d. J. wird in Halberstadt im Odeum der H. Veruslongreß der Handels-Giltsarbeiter Deutschlands abgehalten. Dieser Kongress hat die Aufgabe, die noch an vielen Orten herrschende Unklarheit über Agitation und Organisation durch gemeinsame Aussprache zu beseitigen. Ferner soll berathen werden, in welcher Weise wir die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit unseres Berufes am besten fördern können. Weiter stehen viele Kollegen heute noch unter der Gesinde-Ordnung. Die Wohlthat des Gewerbegerichtes ist ihnen infolge dessen entzogen, wie beispielsweise in München und Koburg, während in anderen Orten bereits seit langem das genaue Gegenheil der Fall ist. Der Kongress hat dagegen energig Stellung zu nehmen und den Kollegen Mittel und Wege anzugeben, diese mißlichen Verhältnisse zu ändern. Der Kongress muß in Betracht der für unseren Beruf hochwichtigen Tagesordnung von allen Orten, wo organisierte Kollegen vorhanden sind, beschickt werden.

Die Kollegen an denjenigen Orten, wo noch keine Organisationen bestehen, ersuchen wir, zur Gründung von Organisationen und zur Beschickung des Kongresses möglichst bald überall öffentliche Versammlungen einzuberufen.

Wegen der nöthigen Information resp. wegen des Agitationsmaterials wolle man sich an die unterzeichnete Adresse wenden. Wir bitten besonders die Vorstehenden der Gewerkschaftskartelle, unsere Kollegen bei der Agitation möglichst zu unterstützen.

Zur schnellen Erledigung der Arbeiten ist es notwendig, daß schon jetzt die provisorische Tagesordnung des Kongresses in öffentlichen Versammlungen diskutiert wird. Wir schlagen als Tagesordnung vor: 1. Bericht der Agitations-Kommission. 2. Rassenbericht, 3. Rechenschaftsbericht, 4. Der gegenwärtige Stand der Sozialreform im Handels- und Transportgewerbe. 5. Die Gesinde-Ordnungen und ihr Einfluß auf unseren Beruf. 6. Wie gestalten wir in Zukunft unsere Organisation und Agitation? 7. Unsere Taktik. 8. Hochpresse. 9. Der internationale Arbeiter- und Gewerkschaftskongress in London. 10. Allgemeines und Anträge.

Weiteren Vorschlägen zur Tagesordnung wird gern entgegengekommen.

Wir machen nochmals ausdrücklich aufmerksam, daß, um jede Verwirrung mit den verschiedenen Vereinsgesetzen zu vermeiden, die Erörterungen über Kongressfragen nur in öffentlichen, nicht etwa in Vereinsversammlungen stattfinden dürfen.

Alle Anfragen zc. sind an Karl AlboIdt, Berlin C, Auguststr. 88, zu richten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Von den Tischlern in Halle a. S. haben 119 ihre Forderungen bewilligt bekommen. 188 stehen noch im Streik, Zugung ist fernzuhalten.

Die Zimmerer Deutschlands werden ersucht, Dortmund zu meiden, wo sich die Zimmerer seit dem 20. April im Streik befinden. Durch Fernhalten von Zugung wird es möglich sein, die gestellten Forderungen durchzubringen. Sämtliche kleinen Meister und Bauunternehmer haben bewilligt. Die größeren sind hohnmüthiger, sträuben sich hauptsächlich gegen Verkürzung der Arbeitszeit von 10<sup>1/2</sup> auf 10 Stunden und versuchen, ihre Arbeitskräfte von außerhalb zu ersetzen. Sendungen sind zu richten an Ferd. Walter, Dortmund, Rurfürstenstr. 16.

Der Tischlerstreik in Dortmund dauert fort; von 113 Ausständigen streiken noch 83, die übrigen sind theils abgereist, theils anderweit in Arbeit getreten. Von den größeren Firmen hat noch keine bewilligt.

Der Malerstreik in Gessenkirchen ist vorläufig für beendet erklärt. Es ist kein voller Sieg erreicht worden, aber doch ist der Lohn von 85 auf 88 und 40 Pf. gestiegen.

Sämtliche Metallschleifer der Firma F. W. Busch in Lüdenscheid haben wegen Lohnminderungen gekündigt. Herr Busch versucht, Arbeiter von auswärts zu bekommen, weshalb der Zugung fernzuhalten ist. Der Vorstand des Schleifer-Vereins.

Der Schuhmacherstreik in Elmshorn dauert fort. In der Verhandlung zwischen beiden Theilen lieferte der Vertreter der Arbeiter auf grund der Lohnbücher den Nachweis, daß der Durchschnittslohn für Schuhmacher in Elmshorn 18,84 M. beträgt, während die Fabrikanten den Durchschnittslohn auf 16,50 M. festsetzten. Nach weiteren Verhandlungen gaben die Fabrikanten die Erklärung ab, für bestellte Arbeit 5—7 pCt. Lohnminderung, aber für Versandarbeit keinen Aufschlag bewilligen zu wollen. Der Ausgleich ist hieran gescheitert.

Die Maurer Gera sind in den Streik getreten. Zugung ist streng fernzuhalten.

Eine neue Organisation der Lohnknecht und Lohnknechtin ist in Kopenhagen gegründet worden. Sie hat zum Zweck die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Auch die Einrichtung eines Stellenvermittlungsbureaus wird angestrebt. Die bereits bestehenden Vereinigungen der Lohnknecht und Lohnknechtin, die sich vorzugsweise mit Unterstüßungsangelegenheiten befassen, werden durch die neue Organisation nicht beeinträchtigt, sondern ergänzt werden. Diefelbe wird alle sachlich angelegten Angehörigen der in Rede stehenden beiden Berufe ohne weitere Formalitäten aufnehmen.

Streiks in England 1895. Die „Labour Gazette“ giebt folgende vorläufige Zusammenstellung über die englische Streitbewegung im verfloffenen Jahre: Es kamen 772 Arbeitsausstände vor, woran 248 500 Personen beteiligt waren. Es bedeutet dies gegenüber dem Jahre 1894 eine Abnahme, wo 1061 Streiks (924 245 Beteiligte) zur Kenntniss des Labour Department gelangten. Ueber den Ausgang der Ausstände giebt folgende Tabelle Auskunft:

|                                 | 1893 | 1894 | 1895 |
|---------------------------------|------|------|------|
| erfolgreiche Streiks            | 62,9 | 22,1 | 20,1 |
| theilweise erfolgreiche Streiks | 24,7 | 34,2 | 41,9 |
| verlorene Streiks               | 12,2 | 42,1 | 31,4 |
| Streiks unbekanntem Resultat    | 0,2  | 1,6  | 6,6  |



## Verfassungen.

Die Verhältnisse der Partei-Zeitungs-Expedition für Noabit bildeten den Gegenstand der Verhandlungen einer Parteiverammlung, die am Mittwoch in der Kronenbrauerei tagte. Vor einigen Wochen wurde bekanntlich der bisherige Expediteur Hempel seines Amtes enthoben, weil während seiner Geschäftsführung Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollen. Zur Untersuchung dieser Angelegenheit wurde in der vorigen Versammlung eine Kommission eingesetzt, welche nun, wie die Berichte, nach eingehender Revision, die sich auf die letzten drei Monate erstreckte, ermittelt hat, daß für Januar und Februar die Ueberschüsse zwar verspätet abgeliefert worden sind, sonst jedoch alles in Ordnung war. Der vom Monat März verbliebene Ueberschuß von 82,60 M. war dagegen nicht vorhanden. Auch die in den ersten 6 Tagen des Monats April erzielte Einnahme von 97 M. fand sich nicht vor. Ferner hat sich herausgestellt, daß die Verwaltung der Noabit Expedition sich theurer stellte, als die der anderen Bezirke des 6. Wahlkreises, was auch auf Schuld des Expediteurs zurückgeführt wird. Nach Ansicht des Referenten liegen zweifellos Unregelmäßigkeiten vor, und rechtfertigt sich daher die Entfernung Hempel's durch die Revisoren. Auf sein Verlangen erhält Hempel noch sein Gehalt für einen halben Monat, und für 5 Monate Miethsentschädigung. Das Verhalten Hempel's gegenüber den Revisoren sei entschieden zu tadeln, und müsse man mit solchem Genossen tabula rasa machen. Wie in der vorigen Versammlung berief sich Hempel auch diesmal darauf, daß er nur sein Gehalt im voraus den Einnahmen entnommen habe. Eine Unterschlagung oder sonstige Unredlichkeit seinerseits liege daher nicht vor. Einzelne Redner traten der Auffassung Hempel's bei und suchten ihn zu rechtfertigen. Die meisten stimmten dagegen den Darlegungen der Kommission zu und verurtheilten Hempel's Handlungsweise. Folgende Resolution wurde gegen 10 Stimmen angenommen: Die Parteiverammlung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß Hempel die Expedition nicht im Interesse der Partei verwaltet hat. Sie erklärt das Vorgehen der Kommission gegen Hempel für gerechtfertigt und ist willens, die Expedition einem andern Genossen zu übertragen. Die Versammlung erklärt Hempel für unwürdig, einen Vertrauensposten in der Partei zu bekleiden. Ferner verpflichten sich die Genossen, noch wie vor die Parteie Expedition zu unterstützen. Zum nunmehrigen Expediteur wurde Genosse Ankers mit 95 Stimmen gewählt gegen 80, die für Grefschke abgegeben wurden. Zu Revisoren für die Expedition wählte man die Genossen Bachmann, Stehr und Weise.

**Ethische Gesellschaft.** In der Generalversammlung, die am 22. April tagte, wurde vom Kassirer der Bericht vom ersten Quartal vorgelesen. Danach beliefen sich die Einnahmen auf 622 M. und die Ausgaben auf 457 M. Die hierauf vollzogene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Dame erster, Lamm zweite Vorsitzender; Gath, Schriftführer; Schäfer, Kassirer; Heide, Rentant. Vom 1. Juli ab führt der Verein den Namen Bildungsverein Mehr Licht, früher ethische Gesellschaft.

**Im Deutschen Holzarbeiter-Verband (Bezirk Süd-Südwest)** sprach am 27. April Genosse Faber in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Hierauf wurden einige Erfahrungswahlen vollzogen. Zum Beitragsammler bestimmte die Versammlung das Mitglied Köster und in die Werkstatt-Kontrollkommission delegierte man Ernst Berger. Zur Besprechung ihrer Werkstattangelegenheiten waren die Tischler aus der Werkstatt von Cassow und Wert eingeladen. In beiden Werkstätten wurden wieder Ueberstunden gemacht, trotzdem gerade der letzte Streik diese Unsitte ausmerzen wollte. Es wurde deshalb in der Versammlung eine heftige Kritik an dem Verhalten der betreffenden Arbeiter geübt und dabei betont, daß leider auch in der Werkstatt von Wenzels Nachfolger, Wessels, ähnliche Zustände herrschen. — Zum Schluß machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die nächste Vertrauensmänner-Sitzung am 6. Mai im Lokal von Zubeil, Lindenstr. 106, stattfindet.

**Vom Vertrauensmann der Metallarbeiter.** Genosse Stahr berichtet uns in bezug auf den Versammlungsbericht der Metallarbeiter in Nr. 102 des „Vorwärts“, daß er keineswegs für den Berliner Metallarbeiter-Verband in der betreffenden Versammlung Propaganda gemacht habe, da ihm auch seine Stellung ein derartiges Auftreten verbiete. Wohl aber habe er sich energisch dagegen gewandt, daß in der Versammlung überhaupt die Organisationsfrage erörtert wurde.

**Die freie Vereinigung der selbständigen Barbier- und Friseur** hörte am 27. April die Fortsetzung des von ihrem Mitgliede Grindel so interessant behandelten Themas: Die geschichtliche Entwicklung des Barber-, Barbier- und Friseur-Gewerbes. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß ein ausführlicher Bericht dieser Vorträge in nächster Zeit im Fachorgan erscheint.

**Im Verband der Gold- und Silberarbeiter** sprach am 27. April Herr Walzel Manasse in einem beifällig aufgenommenen

menen Vortrage über das Thema: Krieg dem Krieg. Nach dem zur Verlesung gelangten Kassirerbericht hat der Verein im ersten Quartal eine Einnahme von 873,90 M. und eine Ausgabe von 528,45 M. zu verzeichnen. Hierauf berichtet Henning über die Frequenz auf dem Arbeitsnachweis, dem sich eine eingehende Besprechung der Zustände bei der Firma Martin Lange, Seydelstr. 13, anschloß. Besonders wurde über die dort übliche Behandlung geklagt, die vor kurzem drei Arbeiter veranlaßte, die Arbeit niederzulegen. Aus der Fabrik von Kraus theilte man mit, daß dort eines Sonntags von 8 Uhr morgens bis 1/29 Uhr abends gearbeitet wurde, und lasse auch hier die Behandlung viel zu wünschen übrig. Zum Schluß erfuhr der Vorsitzende die Anwesenheit, rege für den Verband zu wirken, dann würden diese Zustände aufhören. Die nächste Versammlung findet am 1. Juni statt.

**Die Korbmacher** verhandelten am 28. April über die von der Kommission ausgearbeiteten Statuten des zu gründenden Lokalvereins. Der Entwurf wurde nach den Beschlüssen der Kommission angenommen und der wöchentliche Beitrag auf 10 Pf. normirt. Eine Kommission von 7 Mitgliedern erhielt den Auftrag, schon jetzt Mitglieder aufzunehmen und führt der Verein den Namen: Verband aller in der Korbmacherei beschäftigten Arbeiter. Aufnahmen werden von Brückner, Hauschild, Vogl, Martin, Schwedler, Fischer und Bunge vollzogen.

**Schöneberg.** In der Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins am 4. d. Mts. referirte Genosse Ernst Ost über die Kampfe der Arbeiter. Dem Vortrag folgte eine recht animirte Debatte, an der sich u. a. die Genossen Schubert, Knäuper, Kleinschmidt beteiligten. Unter Verschiedenem wurde definitiv festgesetzt, daß das Stiftungsfest des Vereins am 21. Juni bei Ringenberg in Bilmersdorf stattfinden soll. Die Billets sind im Preise von 4 Pf. zu verabsolgen. Als Thema der nächsten Versammlung wählte man: Die Programme der verschiedenen Parteien.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Süd-Ostschule, Waldemarstr. 14: Deutsch. Literatur des neunzehnten Jahrhunderts. (Ausschleiere.) Herr Heinrich Schulz. — Nord-Ostschule, Waldemarstr. 17a: Geschichte. (Neuere Geschichte von der Reformation bis zur Gegenwart mit besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Sozialismus und der politischen Parteien Deutschlands.) Herr Dr. C. Dinn. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Selbstlesermaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

**Arbeiter-Jugendklub Berlin und Umgebung.** Sonntagabend 8 Uhr. — Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedr. Rortum, Mantelstr. 49, u. 22.

**Arbeiter-Kinderklub Berlin und Umgebung.** Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Rottbuser Damm 72.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Donnerstag, den 7. Mai  
**Schauspielhaus.** Lannhäuser.  
**Schauspielhaus.** Ein Staatsstreich.  
**Deutsches Theater.** Die Weber.  
**Festung-Theater.** Waldmeister.  
**Berliner Theater.** Der verlorene Sohn. Hierauf: Ich heirathe meine Tochter.  
**Neues Theater.** Tata-Loto.  
**Residenz-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater. Der Hungerleider.  
**Schiller-Theater.** Antigone.  
**Bellevue-Theater.** Die Reise um die Erde in 80 Tagen.  
**National-Theater.** Das Räthchen von Heilbronn.  
**Theater Unter den Linden.** Der Vogelhändler.  
**Adolph Ernst-Theater.** Das flotte Berlin.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Lämmer. Vorher: Jankeufelchen.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**National-Theater.**  
Grosse Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Volks-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Das Räthchen von Heilbronn.  
Schauspiel in 5 Akten von E. v. Kleist.  
Regie: Fritz Schäfer.  
Morgen: Gastspiel der Frau Sophie Burka: Rabale und Liebe.

**Alt-Berlin**  
unter dem Großen Kurfürsten.  
Täglich:  
Nachmittags 3 Uhr: Wendischer Jagd- und Beutegug.  
Abends 8 Uhr: Bei günstiger Witterung: Wendischer Brautzug.  
**Drei Musikkorps.**  
Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin. Volksbelustigungen. Seiltänzer. Zauberei u. Irngarten. Diorama u. c.  
Eintritt: 25 Pfg.  
ohne jede weitere Nachzahlung.

**Theater Alt-Berlin.**  
Täglich 2 Vorstellungen.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr u. Abds. 7 1/2 Uhr:  
Die schwere Noth.  
Von Ernst Freyher von Wolzogen.  
Musik von Adolf Nohr.  
Märkisches Ringelreihen.  
Die zwanzig Pferde aus dem Reitinstitut der Gebürde Beerwamm.  
Billetverkauf in den Niederlagen von Löser & Wolf und in der Zentral-Buchhandlung (Rudolf Engländer), Zentral-Hotel.

**Möbel,** gebrauchte, kauft Barow, Hofenthaletstr. 18.

**Schiller-Theater.**  
(Wallner-Theater.)  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Antigone. (Frau Clara Meyer a. G.)  
Freitag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Zum 31. Male:  
**Das flotte Berlin.**  
Grosse Ausstattung. Gesangsposse in 3 Akten von Leon Treptow und Ed. Jacobson.  
Duplets und Quodlibets von G. G. ö r h.  
Musik von G. Steffens.  
2. Akt: „Alt Berlin.“  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Kaufmann's Variété-Theater**  
Königsstraße, Colonnaden.  
Das neue Programm mit 22 Nummern  
Die Verte aller Clowns  
**Willy Agoston**  
Barna als Rattenfänger v. Hameln.  
Die lustvolligen Dorina  
Die Tenzelspiele von Suri Suri  
Ferner Auftreten des gesammten Künstler-Ensembles.  
**Voranzeige!**  
Demnächst: Eröffnung des neu renovirten Sommergartens mit 2000 Menschen fassend. Auf der Sommerbühne: Große Vorstellungen, Garten-Concerte, 2 Kapellen.  
Den verehr. Vereinen empfehle mein Etablissement und Garten zur Abhaltung von Sommerfesten und Matineen zu den kulantesten Bedingungen.

**Reichshallen** Concert-Saal u. Garten.  
Reizigerstraße, am Dönhofsplatz.  
Täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
Zum Schluss: Ganz neu!!  
**Alle fünf Barrisons**  
Hochdrastisches Ensemble.  
Anfang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr, Entree 50 Pf.  
Von 12—4 Uhr: Vorzüglicher billiger Mittagstisch.

**Passage-Panopticum.**  
Gähter  
**Harem**  
aus der afrikanischen Stadt Kayrowan.  
Haremfrauen und Kinder, Tänzerinnen, Sängerinnen, Eunuchen und Sklaven.

**Möbel,** gebrauchte, kauft Barow, Hofenthaletstr. 18.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.

**Wissenschaftl. Theater**  
abends 8 Uhr.  
Invalidenstr. 57/62, Lehrt. Stadtbahnh.  
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.  
Wissenschaftl. Vorträge abends 8 Uhr.  
Näheres die Tagesanschlüge.

**Castan's Panopticum.**  
165 Friedrichstraße 165.  
**Das Bärenweib**  
phänomenales Naturspiel aus den Felsenbergen New-Mexico's!  
Illusionen — Kasperle-Theater — Damen-Kapelle — Irngarten.

**Kinematograph**  
(lebende Photographien)  
Entree 50 Pf.  
Von morgens 10 bis abends 10 Uhr.  
Unter den Linden 21.

**Apollo-Theater**  
und Concert-Garten  
Friedrichstraße 218. Dir. J. Glück.  
Sensationeller Erfolg!  
**Salerno,**  
Rolph Arras, Robert Steidl, Henry Bender  
und sämtliche Kunstkräfte  
1. Rang.

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. Auf d. Vorstellung 8 Uhr.  
In Vorbereitung:  
**Die Spree-Amazonen.**  
Gesangsposse in 1 Akt, mit vollständig neuer Ausstattung.

**Olympia Riesentheater**  
Olympia  
Alexanderstr., Ecke d. Magazinstr.  
4000 Personen fassend. Die 2500 Quadratmeter große Bühne ist von jedem Platz des Theaters aus vorzüglich zu übersehen. Der „Orient“ ist das größte Schauspiel der Welt und es mußte daher in Berlin ein eigenes riesengroßes, 12000 Quadratmeter fassendes Theater erbaut werden. Preise der Sitzplätze inkl. Garderobe: Orchester-Loge M. 3,10, Parquet-Loge M. 4,10, Boulevar M. 3,10, Parquet 2 M. 10 Pf.  
Parterre-Sitz (Mitte) M. 1,60, Parterre-Sitz (Seiten) M. 1,10, Entree zum Garten-Concert inkl. Parterre-Stehplatz, soweit der Raum es gestattet, M. 0,50, Operngläser und Textbücher je 20 Pf.  
Pfundleiche, Dranienburgerstr. 55, part.

**Alcazar.**  
Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).  
Neu! **Aurora,** Neu!  
Posse mit Gesang in 1 Akt.  
**Miss Galuba,**  
die reizende Taubenkönigin,  
das berühmte  
**Barna Duo.**  
Auf. Wochent. 8 U. Entree: 10 Pf.  
Sonnt. 7 U. Entree: 50 Pf.  
R. Winkler.

**Bolossy Kiraly's Orient.**  
(Eine Mission nach dem Osten.)  
Das größte Schauspiel der Welt.  
● Prachtvollste Ausstattung.  
● Wunderbare Original-Musik.  
● Entzückende Scenerien.  
● Unvergleichliches Ballet.  
● Ca. 1000 mitwirkende Personen.  
● Leuchtende Wasser-Schauspiele.  
Zweimal täglich Vorstellungen!  
von 8—7 und 9—11 Uhr Abends.  
● Garten-Concert der 80 Mann starken Kapelle.  
**Eröffnung Mitte Mai.**

Ein grosser Posten  
**Steppdecken**  
echt Wollatlas (reine Wolle)  
Größe 150 x 200, Stck. 7,50 M.  
ca. 1000 Stück schwere buntfarbige  
**Normal-Schlafdecken**  
mit kleinen Maschinenslocken,  
in reizenden Jacquard-Mustern,  
Größe 150 x 200 cm.  
per Stück 4,50 M. sonstiger Preis 9 M.  
Reine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.  
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**  
Berlin S., Oranienstr. 158.

**Fruchtweine**  
Johannbeerwein, roth u. roth, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein  
pro Glas  
10 Pfenning  
1/10 Liter.  
Kohlhölle  
der Berliner Groß-Debitateure  
Berliner Gewerbe-Kustallung  
**Eugen Neumann & Co.**  
Elektrische Eisenbahn, Hallesche 4.  
(Marinenschauspiele).

**Bettfedern,** dreifach gewinnte neue, vorzügl. füllend, Pfund 60, 70, 80 Pf.  
Goldbannen, Silber, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
Goldbannen, Silber, 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Defikation und Restauration  
ist wegen Uebernahme eines Theaters zu jedem annehmbaren Preise sofort zu verkaufen. Emil Tsch, Fürbringerstraße 14. 19146

**Unerreicht billig!**  
**Teppiche** in klein. fehlern in größter Auswahl von 3,50 M. an  
empfehle b. Alt. Teppich-, Gardinen-, Möbelstoff- u. Portieren-Geschäft M49/4 Berlins

**Otto Büchler,** Königstr. 26, Ecke Klosterstraße.  
Versand-Abtheilung D.

**Kostenfreie**  
ärztliche Behandlung Minderbemittelter. Täglich 3—5 Uhr. Neue Königstraße 22, I. 47082

Allen Parteigenossen empfehle meine  
**Glaserei u. Bildereinrahmung.**  
Lager aller Arten Bilder in Stahl- und Kupferstich, Oelgemälde u. s. w. Bilder und Rasten von Engel, Saffale, Marx u. s. w. in allen Größen. Nach auswärts bitte Preisliste zu verlangen. Ganz besonders zu empfehlen  
Festbild vom 1. Mai.  
**Carl Scholz, Glasermstr., Wrangelstr. 32.**

**Ermäßigte Fleischpreise!**  
Schweinefleisch 50 Pf., bei 5 Pfd. Abnahme 45 Pf., Hammelfleisch 50 Pf., Kalbfleisch 40 Pf., Piesen 45 Pf., Schweineköpfe mit Waden 30 Pf.  
**P. Eichler, Stralan Nr. 48.**

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß-, Bairisch Bier** und **gr. Preisgeschäft.** Reichhalt. Frühtrud von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. 4977L  
**H. Stramm, Restaurat., Ritterstr. 123.**

**Brockhaus' Lexikon, Meyer, Bücher jeder Wissenschaft kauft**  
Antiquariat Kochstr. 56.

**Brennspiritus**  
pr. Liter 20 Pf. Simbeer u. Kirsch, garant. rein, pr. Liter 1 M.  
Sämmtliche feine Tafel-Liqueure, sowie alle Effenzen zur Selbstbereitung von Liqueuren z. den billigsten Preisen.  
**Liquenrjabrik M. Schufftan**  
Kosenstr. 18. — Kaufhaus Stettin.

**LINOLEUM-RESTE,**  
Linoleum-Teppiche, auch etwas fehlerhafte, Wachstuchreste, Gummi-Fischdecken sehr billig Grüner Weg 102, part.

**Milchkübel,**  
Kanon, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen  
**Jordan,**  
Klein Markus - Straße Nr. 29



# Spezial-Ausstellung

# KAIRO

!! Von 7 Uhr abends ohne Gewerbe-Ausstellungs-Billet zugänglich !!

Waffensammlung Sr. Hoheit d. Chediwa. — Ausstellungen d. ägyptischen Staatsbehörden. — Salon bedeutendster Orientaler.  
!! Hofkapelle des Vicekönigs unter Leitung des Majors Falis Bey !!  
Rioson-Arena mit Monstre-Aufzügen von ca. 600 Arabern, Fellachen, Pferden, Kameelen etc.  
Entree 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Ellittag (Dienstag) 1 Mk.

## Ostbahn - Park

Rüdersdorferstr. 71. Am Küstriner Park.  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Concert von der 24 Mann starken Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn P. Nimschoek.  
Kaffeeküche 3-5 Uhr. — Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier gratis.  
Volksbelustigungen jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.  
Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen.  
H. Jmbs.

**5000 Pfund lebend frische Zander**  
stelle ich mit **30 Pfg.** per Pfund in meinem neu-eröffneten Laden-Geschäft  
**16. Dragoner-Str. 16**  
am Donnerstag, Freitag u. Sonnabend d. Woche z. Verkauf.  
**Otto Gundermann, Fisch-Grosshandlung.**

**Künstl. Zähne.**  
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.  
Zahlszahlung pr. Woche 1 M.

**Muskel-Birthsjahrt**  
verkaufe sofort spottbillig, vollständige Wohn- u. Schlafzimmers-Einrichtungen, darunter 8 Fenster neue Gardinen, Brautleuten geeignet. Frau Büttner, Köpnickstr. 141, Vorderhaus 1. Etage.

## Möbel-Kaufgelegenheit,

passendste Gelegenheit für Brautleute, Gneisenaustr. 15, portiere, in der Möbelfabrik sollen ca. 200 komplette Wohnungs-Einrichtungen, verleben gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Zehlszahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Besonders billig sind die an Herrschaften kurze Zeit verlebene gemessene Möbel. Kleiderständer 15, Küchenspinde, Kommode 12, Bettstelle mit Matratze 18, Aufbaum-Kleiderständer 30 Mart, Muschel-Kleiderständer und Vertikons 30, französische Wuscheltischchen mit Matratzen 45, Säulen-Kleiderständer 45 Mart, Trümeaug mit Stufe 60, Wäschegarnituren 60 Mart, neue, hochlegante Garnituren 100 Mart, Buffets, Goullensische, Paneeleltopas mit Sattelstücken und Wuscheltischen in allen Farben, Damen- und Herrenschreibtische. Bekannte Möbel werden unentgeltlich 3 Monate auf meinen Aufwahrungsspeicher aufbewahrt, durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt. 4231\*

## Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise.  
Sämmtliche Fabrikations-Artikeln.  
**Heinrich Franck,**  
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

## Deutscher Porter.

Deffert- u. Malzkrautbier 1. Ranges.  
Brauerei Burghalter, Potsdam,  
gegr. 1736, besond. f. Blutarme, Brustkr., Bleich-, Wöchn., Refou. u. d. leicht bekömm., nahrhaft kräftigste Bier. — Ist blutbildend, besch. dess. Gesichtsfarbe u. Gewichthzun. über-rasch. 14 Hl. drei, 50 Hl. zehn Ml. erll. In Geb. (1/4, 1/8, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. billiger. Allein-Ver-kaufsst. f. Berlin u. Provinz: Porter-fellerei Ringler, Berlin, Brunnen-straße 152. Nicht Flaschenzahl, Quali-tät entscheidet!



## Möbel-Ansverkauf

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königs-straße 69, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, verleben gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 50, 100, 200 Mart abzugeben. Zehlszahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mart, Kommoden, Küchenspinde 12, Aufbaum-Kleiderständer 30, Vertikons mit Matratzen 18 Mart, Sophas 25, Säulenständer, Kleiderständer, hochlegant 60, Trümeaug mit Säulen und Krustgläsern 60, Herrenschreibtische, Wäschegarnituren 60 Mart, Paneeleltopas 75 Mart, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mart. Bekannte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufwahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach auswärts. 4881\*

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-ziehen, Zahnreinigen, Herodöden bei Bestellung umsonst.  
Gudel, Dauscherplatz 2, Elsfasserstr. 12

## Achtung!

**Lederarbeiter (Portefeuille)**  
In der Lederwaarenfabrik von Hey-mann u. Komp. ist der Vertrauens-mann gemässregelt worden. Es haben alle Arbeiter einmüthig die Arbeit niedergelegt.  
Es ist Pflicht eines jeden, den Zuzug fernzuhalten.  
Allen Verwandten, Freunden und Kollegen, die meinen lieben unvergesslichen Mann, den Steinheil Robert Richter zu seiner letzten Ruhestätte be-gleitet haben, meinen innigsten Dank. Die tieftrauernde Wittwe u. Kinder.  
Die der Frau Blümel zugefügte Ver-leidigung nehme erneuolt zurück und erkläre sie als eine achtbare Frau.  
Wilhelm Anton, Langestr. 15.  
Trauring am Sonntag verloren. Gegen Belohnung abzugeben b. Radtke, Blumenstr. 89. 13106

**Zur Etablierung.**  
Eine vollständige Wascheinrichtung **billig zu verkaufen.**  
Bringmaschinen, Schieferplättbretter, Waschgefäße, Plättelisen, Plättische, Ladentische, Stühle, Repositorien, Komptoirstühlen, wie 500 Duzend Kragen, Manschetten, Serviteurs u. im ganzen oder einzeln. 13186  
Zufmann, Lindenstr. 111, S. 1 Tr.

**Möbel-Ausverkauf**  
des Möbelspeichers Rosenthalerstr. 14. Wegen ganz bedeutender Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verkaufe ich mein Waaren-lager zu noch nie dagewesenen Preisen voll-ständig aus. Zum Umzuge und für Bran-kante ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben. Ausstattungen, sowie einzelne Stücke bediegen und billigst einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unnötige Kapuzenreden blenden, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur bediegenen Möbeln und anerkannt billigen Preisen. Durch Einkauf von 9 großen Möbelstücken zu günstigen Bedingungen verkaufe ich ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbel-händler. Auch großes Lager gebrauchter und verlebene gemessene Möbel zu wahren Spottpreisen. Kleiderständer 15 Mart, Aufbaum-kleiderständer 30, Wuscheltischchen, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprungfedermatratze u. Kellertisch 18, Spiegel 9, Stühle 2, Aufbaum-trümeaug mit Stufe 60, Wäschegarnitur 60, neue, hochlegante Wäschegarnitur 105 Mart, hoch-legante Aufbaum- und Mahagoni-Möbel spott-billig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Zehls-zahlung. Brautleute, welche ihre Möbel bei mir kaufen, erhalten ein Hochzeitsgeschenk gratis. Kein Abzahlungsgeschäft. Eigene Tapezier- u. Tischlerwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Bekannte Möbel können kostenfrei auf meinen Lagerstücken 3 Monate liegen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne (ausser trans-portirt und aufgestellt, auch nach auswärts)

**Sonnabend: Koffer-Verkauf.**  
Alte Jakobstr. 57/59.

**Arbeitsmarkt.**  
Ein tüchtiger **Goldschnittmacher**  
auf Schrag- und Zierschnitte findet gute dauernde Beschäftigung. Reise wird vergütet. Offerte mit Zeugnissen an **Arnold Melchior, Luxuspapier-Fabrik, 89/6 Fredericia in Dänemark.**

**Rührige Acquisiteure.**  
in Berlin u. Vororten, bei höchster Provision, (Abschluss u. laufende) sucht gut eingeführte alte deutsche Feuer-versich. Ges. Offerten sub 385 E. O. an Robert Erner u. Co., S. W. 68.  
Geübte M<sup>r</sup>

**Mutternpresse**  
finden dauernde und lohnende Be-schäftigung. „Archimedes“ Akt.-Ges. Breslau.  
Wollponpon-Arbeiterinnen verl. Hirschfeld, Stralauerstr. 57.  
Aufwärts f. Pappenburg, Brückenstr. 10b.  
Outförmischer verl. Zul. Lampe, Grünstr. 5-6. 13126  
Verfälscher verl. Rixdorf, Schweidter-str. 27. 13006

**Lithograph**  
als Sojus z. Ausbeutung e. Neuerung gesucht. Kapital bis 1000 M. erwünscht, doch nicht Bedingung. Offert. J. Meyer, Pankadenstr. 47.

Für die hiesigen Leser liegt der heutige Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterien vom gestrigen Tage bei.

## Männer! Achtung! Frauen!

Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in Schneider's Salon, Selterstr. Nr. 15:  
**Große öffentliche Volksversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Wilhelm Liebknecht über: „Die Proletarierin und die Gesetzgebung.“ 2. Diskussion.  
Zellerfassung findet statt.  
Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht  
Die Einberuferin: Frau Mesch.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Branchen der Parquetbodenleger.  
Freitag, den 8. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schöning, Köpnickstr. Nr. 68:  
**Parquetbodenleger-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Die Lage unseres Streiks. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.  
284/1 Der Vertrauensmann.

**Metallarbeiter.**  
Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr:  
**Bier öffentliche Versammlungen**  
in folgenden Lokalen:  
**Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.**  
Referent: Otto Naether,  
**Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.**  
Referent: Paul Litfin,  
**Henke's Salon, Raunynstraße 27.**  
Referent: Alwin Körsten,  
**Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.**  
Referent: Ludwig Stopsack.  
Tagesordnung in allen Versammlungen:  
1. Stellungnahme zu der durch die Bühnenmänner veranlaßten Aussperrung von 500 Kollegen wegen der Feier des 1. Mai.  
2. Der Streik der Mechaniker. 3. Verschiedenes.  
In allen Versammlungen werden Gelder kassirt, sowie Karten und Listen ausgegeben.  
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.  
Otto Naether, N., Anklamerstr. 44.

## Tapezieren.

Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ebert, Kommandantenstraße 72:  
**Oeffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Arbeits-Einstellung sämtlicher Kollegen bei den Firmen Max Godenheim und Leo Meyer, Bellealliancestraße 84.  
2. Vortrag des Kollegen Häberle aus Hamburg. 3. Diskussion.  
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Der Bevollmächtigte.

**Maler.**  
Freitag, den 8. Mai 1896, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Stramm, Ritterstraße 123:  
**Werkstattvertrauensmänner-Sitzung.**  
Es ist unbedingt notwendig, daß sämtliche Werkstätten vertreten sind. Die Werkstatt-Vertrauensleute der Firma Schmitt & Pachel sind besonders eingeladen und verlangen wir deren Erscheinen, namentlich der Kollege Bennike möge nicht fehlen.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung fehle keiner der Belegirten.  
Die Lohnkommission.

**Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.**  
Freitag, den 8. Mai, vormittags 10 1/2 Uhr:  
**Anherordentliche General-Versammlung**  
bei Wernau, Schwedterstraße 23.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl zum Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
279/8 Der Vorstand.

## Schöneberg.

Sonnabend, 9. Mai, abends 8 Uhr, bei Obst, Brunenwaldstr. 110:  
**Volks-Versammlung.**  
Endgiltige Beschlußfassung über die Parteispedition.  
Das Comité.

**Zur gefälligen Kenntnissnahme!**  
Ich bezahle schon seit Jahren den tarifmäßigen Lohn. Und Versehen fehlte mein Name in der Sonntagliste.  
**Cigarren-Fabrik A. Paulick.**  
Berlin, Kastanien-Allee 33.  
12885

**Frischen Maitrank**  
ausgezeichnet im Geschmack, à Flasche 50 Pf. erll.  
Johannisbeer-Wein, weiß und roth. 47901\*  
Heidelbeer-Wein, Stachelbeer-Wein, ganz vorzügl. Dessertwein, à Fl. 75 Pf.  
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin  
**Eugen Neumann & Co.**  
6a Belle-Alliance-Platz. 81 Neue Friedrichstr. 8 Oranienstr. 29 Genthinerstr. Niederlage in Potsdam, Bäckerstr. 7.

Unbemitt. Ruslkunter. „K“ Postamt 79.

## Hanke's Brot-Bäckereien

liefern das größte Roggenbrot, welches seit Jahren in verschiedenen Stadttheilen Berlins durch Größe und besonders schönen Geschmack anerkannt worden ist.  
Außerdem auffallend große Stollen und Rapstuchen, welche nur mit reiner Naturbutter gebacken werden, sowie Backwaare 5 St. 10 Pf.

- 1. Bäckerei Alte Schönhäuserstr. 39/40.
- 2. " " Köpnickstr. 23.
- 3. " " Dresdenerstr. 104.
- 4. " " Greifswalderstr. 12.
- 5. " " Gellnowstr. 8-9.
- 6. " " Grünbergweg 63.
- 7. " " Gartenstr. 194.
- 8. " " Kolbergerstr. 1.
- 9. " " Holzmarktstr. 20.
- 10. " " Jakobstr. 174. 50272\*

## Wo steht

das Geheimniß? Im Einkauf der Waaren von großen Posten auf Auktionen und Konkursmassen. Daher bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe: Hochelegante Herren-Sommer-Paletots von 9 M. 75 Pf. an, Damen-Mäntel, Capes u. einzelne Röcke von 3 M. 50 Pf. an, Hochseine Rock- und Jaquet-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an, Herren-Hosen von 2 M. 75 Pf. an, Kellner-Hosen, Westen u. Jaquets von 4 M. 75 Pf. an, Leder- u. Arbeits-Hosen zu 2 M. 35 Pf. Herren-Jaquets, Westen u. Röcke in allen Größen, Knaben- u. Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Kessel, Operngläser, Revolver, Leuchtinge, Stockfinten, Harmonikas, Geigen, Trommeln, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen. 49798\*

**Gustav Lucke, Waarenhaus,**  
131. Oranienstr. 131.

## Möbel-Ansverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königs-straße 69, sollen ca. 200 Wohnungs-Einrichtungen, verleben gemessene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 50, 100, 200 Mart abzugeben. Zehlszahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung. Kleiderständer 15 Mart, Kommoden, Küchenspinde 12, Aufbaum-Kleiderständer 30, Vertikons mit Matratzen 18 Mart, Sophas 25, Säulenständer, Kleiderständer, hochlegant 60, Trümeaug mit Säulen und Krustgläsern 60, Herrenschreibtische, Wäschegarnituren 60 Mart, Paneeleltopas 75 Mart, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mart. Bekannte Möbel können drei Monate kostenfrei auf meinem Aufwahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach auswärts. 4881\*

**Achtung!**  
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-ziehen, Zahnreinigen, Herodöden bei Bestellung umsonst.  
Gudel, Dauscherplatz 2, Elsfasserstr. 12